

**7. Internationaler
Kongress
Renovabis**

Suche nach Heimat

Migration in Europa

**28. bis 30. August 2003
in Freising**

Dokumentation



Internationale Kongresse Renovabis
7/2003

7. Internationaler Kongress
Renovabis
2003

Suche nach Heimat

Migration in Europa

Veranstalter und Herausgeber:
Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Redaktion: Christof Dahm; Gestaltung: Thomas Schumann

© Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa,
Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising.

ISBN 3-88916-246-0

Zu beziehen durch:
MVG Medienproduktion und Vertriebsgesellschaft mbH
Postfach 10 15 45, 52015 Aachen
Telefon 0 18 05 / 309-111 (*0,12 € pro Minute*)
Telefax 02 41 / 47 98 67 45
E-Mail: info@eine-welt-mvg.de

Bestellnummer: 3 518 04

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Die hier abgedruckten Beiträge sind autorisiert. Sie stimmen nicht unbedingt und in jedem Fall
mit der Meinung des Veranstalters und der Teilnehmer des Kongresses überein.

Umschlag: Grafik-Design Willweber, München
Herstellung: Vollnhals Fotosatz, Neustadt/Do. - Mühlhausen

INHALT

Vorwort	9
---------------	---

I. ANSPRACHEN UND GRUSSWORTE

<i>P. Dietger Demuth CSsR, Freising:</i> Begrüßung der Kongressteilnehmer.....	13
<i>Friedrich Kardinal Wetter, München:</i> Eröffnung des 7. Internationalen Kongresses Renovabis.....	17
<i>Staatssekretärin Erika Görlitz, München:</i> Grüße der Bayerischen Staatsregierung.....	22
Grüßworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 7. Internationalen Kongresses.....	25
Eröffnung der Ausstellung „Roma in Europa“.....	45
<i>P. Dietger Demuth CSsR, Freising:</i> Schlusswort.....	57

II. SCHLAGLICHTER – REFERATE – PODIUMSGESPRÄCHE

<i>Schlaglichter zu Beginn des Kongresses</i> <i>Bischof Joseph Werth SJ, Novosibirsk</i> <i>Rossitza I. Dikova, Sofia/Münster</i> <i>P. Stjepan Kušan SJ, Zagreb.....</i>	63
<i>Miloslav Kardinal Vlk, Prag:</i> Migration in der Tschechischen Republik und im östlichen Europa – Herausforderung für Kirche und Gesellschaft.....	73

Dr. Walter Schwimmer, Straßburg:
Migration in Europa – Chance oder Gefahr? Analysen und
Konzepte aus der Sicht des Europarates..... 87

Moderiertes Gespräch:

Migration in Europa – Analyse und Herausforderung
Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (Leitung)
Dr. Walter Schwimmer, Straßburg
Miloslav Kardinal Vlk, Prag..... 99

Weihbischof Dr. Josef Voß, Münster:

Migration und Migranten in Deutschland. Rechtliche
Situation – caritative Praxis 113

Podiumsgespräch:

Migration und Migranten in Deutschland
Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster (Leitung)
Priv.-Doz. Dr. Hacik Gazer, Halle
Gudrun Schneeweiß, München
Weihbischof Dr. Josef Voß, Münster..... 133

Schlaglichter am Ende des Kongresses

Hana Bínová, Prag
Lahira Sejfića, Tuzla
Ansgar Trautmann, Münster..... 152

Podiumsgespräch:

Migration auf europäischer Ebene – Anfragen an die politische
und kirchliche Praxis
Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (Leitung)
Gabriele Erpenbeck, Hannover
Prof. Barbara John, Berlin
Dr. Vladimir S. Malachov, Moskau
Weihbischof Dr. Pero Sudar, Sarajevo..... 161

III. BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

Arbeitskreis 1

Millionen auf dem Wege.

Russland nach dem Zerfall des Sowjetimperiums..... 183

Arbeitskreis 2

Wer – wie – wohin?

Die Situation der Migranten auf dem Balkan..... 186

Arbeitskreis 3

„Draußen vor der Tür“

Staaten an der künftigen Ostgrenze der Europäischen Union..... 191

Arbeitskreis 4

Das Schicksal der Armenier im 20. Jahrhundert als Fallbeispiel 194

Arbeitskreis 5

Zur Situation der Roma in Mittel- und Osteuropa..... 197

Arbeitskreis 6

Gelockt – verlockt. Jugend in Mittel- und Osteuropa..... 201

Arbeitskreis 7

Frauen als Hauptbetroffene der Migration..... 206

Arbeitskreis 8

Filmvorführung: „Der chinesische Markt“ 209

Liste der Referenten und Moderatoren..... 211

Vorwort

Während des 20. Jahrhunderts mussten Millionen von Menschen in Europa ihre Heimat verlassen. Kriege, Hungersnöte, wirtschaftliche Notlagen und politische Unterdrückung waren und sind Ursachen dafür, dass bis heute und sicherlich auch in Zukunft Menschen zur Migration gezwungen werden. Mehr als je zuvor wird es sich dabei um ein globales Phänomen handeln. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union nimmt das Phänomen „Migration“ neue Dimensionen an, da sich sowohl in den Beitrittsländern als auch in den Staaten, die (vorläufig) außerhalb der Europäischen Union bleiben, die Problematik noch schärfer stellt als im westlichen Europa.

Gerade in den Ländern, in denen Renovabis tätig ist, gibt es Migration in unterschiedlichster Gestalt. Deshalb hat der 7. Internationale Kongress Renovabis unter dem Titel „Suche nach Heimat. Migration in Europa“ versucht, sich dem vielgestaltigen Problemfeld anzunähern und damit auch zur Versachlichung einer oft emotional aufgeladenen Diskussion um Migration beizutragen. Die vorliegende Dokumentation enthält die Grundsatzreferate, Beiträge der Podien, Diskussionsbeiträge aus dem Auditorium sowie Berichte zu den Arbeitskreisen. Im Rahmen des Kongresses fand außerdem eine Ausstellung zum Thema „Roma in Europa“ statt, die beispielhaft am Schicksal einer Volksgruppe Migrationsschicksale zeigte. Texte und ausgewählte Bilder der Ausstellung sind ebenfalls im Band wiedergegeben. Allen Mitwirkenden des Kongresses sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Die Probleme der Migranten in Europa werden die Staaten der Europäischen Union in den kommenden Jahren noch stärker als bisher beschäftigen. Am 17. Juni 2004 ist es in Deutschland zu einer Einigung über das seit dem Jahre 2001 in Vorbereitung befindliche Zuwanderungsgesetz gekommen. Ob es tatsächlich alle offenen Fragen löst, muss die Zukunft erweisen. Die Kirchen haben sich, wie in der Dokumentation vielfach zum Ausdruck kommt, konstruktiv an der Debatte um dieses Gesetz beteiligt und werden auch künftig engagiert für die Rechte der Migranten eintreten. Vielleicht kann auch der vorliegende Band Anstöße zu weiteren Diskussionen vermitteln.

Freising, im Juni 2004

Christof Dahm, Redaktion

Foto: Ludwig Unger



I. Ansprachen und Grußworte

Begrüßung der Kongressteilnehmer

Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, feiert dieses Jahr ihr zehnjähriges Bestehen und lädt nun schon zum siebten Mal zu einem Internationalen Kongress ein. Als Geschäftsführer habe ich die Ehre, Sie hier auf dem traditionsreichen Freisinger Domberg zu begrüßen. Die Verbundenheit der Kirche von München und Freising drückt sich in der Anwesenheit von Friedrich Kardinal Wetter aus. Als Repräsentant der Deutschen Bischofskonferenz wird er nachher den Kongress offiziell eröffnen. Herzlich willkommen, Herr Kardinal!

Ich bin auch sehr dankbar, dass wir in diesem Jahr wieder Gäste des Domgymnasiums sein dürfen.

Rund 320 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind aus 22 Ländern angereist – 100 aus Mittel- und Osteuropa –, um sich mit dem Thema „Suche nach Heimat. Migration in Europa“ zu beschäftigen und den Kongress als Forum des Dialogs zu nutzen. Papst Johannes Paul II. hat in seiner Botschaft zum diesjährigen Welttag der Migranten und Flüchtlinge gesagt: „In der heutigen Welt ist Migration zu einem weitverbreiteten Phänomen geworden, das alle Nationen entweder als Herkunfts-, Durchgangs- oder Aufnahmeland berührt.“ Für Europa wird von Zahlen zwischen 50 und 60 Millionen Migranten ausgegangen. Weltweit zählt man etwa 175 Millionen Migranten, d. h. ein Drittel sind in Europa. Pat Cox, der Präsident des Europäischen Parlaments, bezeichnet Migration als „eine der zentralen und auch explosivsten Fragen der politischen Tagesordnung in Europa“. Aber nicht nur für die Politik, sondern besonders auch für die Kirchen stellt die Tatsache, dass viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen, meist aber unfreiwillig, ihre angestammten Wohnstätten verlassen und an

andere Orte ziehen, eine immense Herausforderung dar. Wir von Renovabis werden in der Projektarbeit und im Gespräch mit unseren Partnern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa immer wieder mit Fragen und Problemen der Migration konfrontiert. Deshalb sind wir sehr daran interessiert, uns mit Ihnen zusammen diesem Thema in den kommenden Tagen über unterschiedliche Zugänge anzunähern, es aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und zu diskutieren. Dazu konnten wir eine Reihe namhafter Referenten gewinnen. Als erstes möchte ich hier Miloslav Kardinal Vlk, den Erzbischof von Prag, willkommen heißen. Des weiteren begrüße ich Herrn Weihbischof Josef Voß, den Vorsitzenden der Kommission für Migrationsfragen der Deutschen Bischofskonferenz, sowie den Generalsekretär des Europarats, Dr. Walter Schwimmer.

Politiker und Experten aus der europäischen Metropole Brüssel, aus Bund und Ländern sind unserer Einladung hierher gefolgt. Ihnen allen spreche ich meinen herzlichen Willkommensgruß aus. Als Vertreterin der bayerischen Staatsregierung begrüße ich Frau Staatssekretärin Erika Görnitz. Mein Gruß gilt außerdem den anwesenden bzw. angekündigten Vertretern der diplomatischen und konsularischen Korps von Bosnien und Herzegowina, Polen, Tadschikistan und Georgien. Besonders freue ich mich, dass der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Weißrussland sich als Mitwirkender zur Verfügung gestellt hat. Herr Dr. Frick, herzlich willkommen! Für die Verbundenheit der Stadt Freising mit Renovabis steht die Anwesenheit von Herrn Bürgermeister Fritz Forster, den ich ebenfalls mit Dank willkommen heiße.

Ein besonderer Gruß gilt zunächst allen Vertretern der katholischen Kirche, darunter auch den Mitgliedern der unierten Kirchen. Erfreulicherweise sind wieder viele Bischöfe aus Mittel- und Osteuropa angereist. Nennen möchte ich Erzbischof Ivan Jurković, Apostolischer Nuntius in Weißrussland, Erzbischof Tadeusz Kondrusiewicz, den Vorsitzenden der Russischen Bischofskonferenz, und Erzbischof Ivan Devčić von Rijeka, Kroatien. Ich begrüße besonders auch Frau Äbtissin Agnes Timár von den Zisterzienserinnen in Kismaros in Ungarn. Unter uns ist weiterhin der Generalsekretär des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), Dr. Aldo Giordano. Herzlich willkommen sage ich an dieser

Stelle auch den Gremienmitgliedern von Renovabis und natürlich meinem Vorgänger, Pater Eugen Hillengass. Ich möchte erwähnen, dass ihm vor nicht allzu langer Zeit die Ehrendoktorwürde der Universität Eichstätt verliehen worden ist.

Grüßen möchte ich weiterhin die Repräsentanten zahlreicher katholischer Organisationen, die mit Renovabis in vielfacher Weise verbunden sind. Stellvertretend genannt seien das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dessen Generalsekretär Dr. Stefan Vesper unter uns weilt, die Vertreter von Caritas und Kirche in Not/Ostpriesterhilfe.

Ein herzliches Willkommen gilt allen Repräsentanten der Orthodoxen Kirchen, mit denen Renovabis schon seit Jahren auf vielfältige Weise zusammenarbeitet. Namentlich begrüßen möchte ich Erzbischof Jonathan von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche aus Cherson sowie den Metropoliten Galaktion von der Bulgarischen Orthodoxen Kirche aus Stara Zagora. Weiterhin gelten meine Grüße auch allen anderen Teilnehmern aus den Orthodoxen Kirchen. Unsere Gäste aus den Evangelischen Kirchen begrüße ich ebenfalls sehr herzlich. Namentlich möchte ich Frau Diana Auwärter von unserer evangelischen Schwesterorganisation „Hoffnung für Osteuropa“ willkommen heißen.

Aus nah und fern haben Renovabis Grußbotschaften erreicht, in denen dem Kongress ein guter und erfolgreicher Verlauf gewünscht wird und die Bemühungen um das Thema Migration gewürdigt werden. Besonders erwähnen möchte ich die Grüße des Apostolischen Nuntius Giovanni La Jolo, die ich gleich noch verlesen* werde, das Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, des Vorsitzenden des Trägerkreises von Renovabis, Joachim Kardinal Meisner, des Vorstehers der Orthodoxen Kirche in Weißrussland, Metropolitan Filaret von Minsk und Sluzk, des Metropoliten Augustinus von Deutschland, des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox,

* Text des Grußwortes auf S. 35f.

Foto: Rolf Bauerdick



des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, des EU-Kommissars Günter Verheugen, von Hans-Gert Pöttering, dem Vorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, und Angela Merkel, der Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Wir haben einige der Grußworte hinten an einer Stellwand aufgehängt, sodass Sie sie dort nachlesen können.

Hinweisen möchte ich noch darauf, dass morgen um 17.30 Uhr im unteren Foyer im Neubau des Kardinal-Döpfner-Hauses im Rahmen einer kleinen Vernissage eine Fotoausstellung des Journalisten Rolf Bauerdick zum Thema „Roma in Europa“ eröffnet wird. Die Ausstellung wird bis zum 6. September zu sehen sein, und ich möchte sie Ihnen wärmstens empfehlen. Nähere Informationen finden Sie in Ihrer Tagungsmappe.

Nun wünsche ich uns allen Gottes Segen für ein gutes Gelingen des Kongresses, anregende Gespräche und neue Anstöße für die künftige Arbeit.

Friedrich Kardinal Wetter, München

Eröffnung des 7. Internationalen Kongresses Renovabis

Mit großer Freude heiße ich Sie alle zum 7. Internationalen Renovabis-Kongress auf dem Freisinger Domberg herzlich willkommen. Der Kongress steht in diesem Jahr unter dem Thema „Suche nach Heimat – Migration in Europa“.

Die Arbeit von Renovabis, das Interesse an der Thematik des Kongresses und vielfältige, lebendige Beziehungen zueinander haben uns hier in Freising, dem Geburtsort unseres Bistums, zusammengeführt. Sie alle sind hier willkommen, und wir freuen uns auf den Gedanken- und Erfahrungsaustausch, der uns gegenseitig bereichern soll.

„Herzlich willkommen!“, dieser Gruß begegnet uns überall: an den Einfahrten zu unseren Städten, in Hotels und Tagungshäusern, bei Veranstaltungen der verschiedensten Art. In diesem Willkommensgruß liegt die Zusage, dass wir geachtet und von unseren Gastgebern geschätzt werden. Er signalisiert Interesse an uns und drückt die Freude an der Begegnung aus. Doch gilt diese Zusage wirklich allen, die zu uns kommen?

Fast 60 Millionen Menschen leben in Europa außerhalb ihrer Geburtsnation, weltweit sind es annähernd 200 Millionen Menschen. Die Gründe für diesen Migrationsprozess sind vielfältig: Beruf, wirtschaftliches Auskommen, Sehnsucht nach persönlicher Entfaltung, Krieg, Flucht und Vertreibung. So vielfältig die Gründe und Motive für das Verlassen der angestammten Heimat sind, so verschieden fällt entsprechend die Aufnahme aus: von freudig und erwartungsvoll, über zähneknirschend, bis zur Verweigerung und Ablehnung. Der zunehmend freie und globale

Fluss von Waren, Dienstleistungen und Kapital und nicht zuletzt kriegerische Auseinandersetzungen haben zu größeren Wanderungsbewegungen der Menschen geführt.

Dieser Wanderungsdruck entsteht nicht nur innerhalb der einzelnen Kontinente, sondern reicht über Kontinente hinaus. Die Einführung einer Greencard in Deutschland für hochspezialisierte Fachleute der Elektronikbranche ist nur ein Beispiel für eine gewollte Migration. Aber nicht nur Fachkräfte werden zu Um- und Nachzügen veranlasst. Auch Menschen in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern und aus politisch instabilen bis menschenverachtenden Regimen suchen Zuflucht und Auskommen in wirtschaftlich und politisch attraktiveren Staaten (siehe Analyse in „Erklärungen der Kommissionen der DBK 25 – Leben in der Illegalität in Deutschland“, S. 12-14). Eine realistische Sicht der politischen, ökonomischen und zunehmend auch ökologischen Ursachen, der persönlichen und gesellschaftlichen Beweggründe, der Bedingungen in den Einreiseländern und der Folgen für die Herkunftsländer tut Not. Dies sowohl im Hinblick auf die Migranten selbst, als auch auf die Menschen, die sie zurücklassen, und jene, die sie in ihr Gemeinwesen aufnehmen.

Wie dringend die Aufgabe ist, die sich uns hier stellt, wird allein schon an folgender Beobachtung deutlich: Die Hälfte der Weltbevölkerung muss gegenwärtig von weniger als zwei Dollar pro Tag leben und voraussichtlich bis 2010 wird sie nur noch eingeschränkt Zugang zu Frischwasser für Ernährung und Landwirtschaft haben. Es trifft zu, was Papst Johannes Paul II. in seiner diesjährigen Botschaft zum Welttag der Migranten und Flüchtlinge einleitend sagt: „In der heutigen Welt ist Migration zu einem weitverbreiteten Phänomen geworden, das alle Nationen entweder als Herkunfts-, Durchgangs- oder Aufnahmeland berührt.“

Millionen Menschen sind auf der Suche nach einer neuen Heimat, weil ihnen ihre angestammte Heimat nicht mehr der Raum ist, in dem sie leben und sich entfalten können. Der Mensch braucht einen Raum, der ihm Geborgenheit schenkt: er braucht einen Ort, wo der Baum seines Lebens Wurzel fassen kann und ihm Halt und Sicherheit gibt. „Ubi bene, ibi patria“, sagt das lateinische Sprichwort, „Wo es mir gut geht, wo ich leben kann, dort ist meine Heimat, dort bin ich zuhause.“

Wenn ein Mensch in seiner angestammten Heimat nicht mehr zuhause sein kann, sucht er sich notgedrungen eine neue Heimat. Und weil viele von diesem Los betroffen sind, führt dies zu einer Völkerwanderung. Diese Völkerwanderung wird anders verlaufen als die Völkerwanderung am Ausgang der Antike, aber sie kommt.

Vor wenigen Tagen war in der Presse zu lesen, dass Deutschland, Griechenland, Italien und Spanien zu den geburtenärmsten Ländern der Welt gehören. Der Mangel an Lebensmut und Lebenskraft führt zu einem demographischen Vakuum. Dieses Vakuum bleibt nicht leer. Der Druck von außen ist zu groß. Wenn, wie ich schon sagte, die Hälfte der Weltbevölkerung gegenwärtig von kaum zwei Dollar pro Tag leben muss, dürfen wir sicher sein, dass viele von ihnen, die dazu noch die Kraft haben, kommen und das Vakuum ausfüllen werden. Die 200 Millionen, die jetzt schon nicht mehr in ihrem Geburtsland leben, zeigen: Die Völkerwanderung hat schon begonnen; sie wird sich lange hinziehen. Uns stellt sich dabei die Aufgabe, dem sich durch die Migration verändernden Europa ein menschliches Gesicht zu geben.

Diese Aufgabe spricht Papst Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Welttag der Migranten und Flüchtlinge eindringlich an. Er schreibt: „Es betrifft Millionen von Menschen und stellt eine Herausforderung dar, der sich die pilgernde Kirche im Dienst an der gesamten menschlichen Familie stellen und der sie im evangeliumsgemäßen Geist umfassender Nächstenliebe begegnen muss.“¹ Es handelt sich also um ein Problem, das die gesamte Menschheit betrifft und auch das helfende Handeln der Kirche herausfordert. Renovabis stellt sich dieser großen, epochalen Aufgabe, nicht nur durch diesen Kongress, sondern vor allem auch in der täglichen Arbeit in ökumenischer Offenheit über nationale Grenzen hinweg.

Dies ist besonders wichtig, da vielfach gerade in Europa das Phänomen der Migration überwiegend nur unter rein ordnungspolitischen Gesichtspunkten behandelt wird. Diskutiert wird der „Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung“, die „Kriminalitätsbekämpfung“ thematisiert oder die personelle und technische Ausstattung bei der Grenzsicherung geplant.²

¹ Botschaft zum Welttag der Migranten 2003 (24. Oktober 2002), Nr. 1.

² Vgl. die Analyse in: Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung. (Erklärungen der Kommissionen der Deutschen Bischofskonferenz, Nr. 25), S. 40 ff.

So wichtig ordnungspolitische Überlegungen sind und berechtigte Anliegen widerspiegeln, muss ihnen doch eine grundsätzliche ethische und damit auch anthropologische Reflexion vorausgehen. Nur diese kann eine solide Basis und fundamentale Orientierung für die menschengerechte Klärung offener Fragen geben.

Wir Christen orientieren uns an der Heiligen Schrift. Gleichwohl geht es beim Menschenbild und den ethischen Prinzipien menschlichen Handelns nicht um eine Sondermeinung der Christen. Unser Verständnis des Menschen gründet in der biblischen Glaubenstradition, ist aber für alle Menschen gültig und verbindlich. Gott hat den Menschen als sein Abbild geschaffen und ihm damit eine Würde verliehen, die niemand antasten darf. Dieses Menschenbild, das die unverlierbare Würde des Menschen beinhaltet, ist allem staatlichen und gesellschaftlichem Handeln vorgängig und nimmt es in Pflicht. Das deutsche Grundgesetz bekennt sich zu dieser Verantwortung vor Gott und den Menschen und erklärt deshalb: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Der Schutz der unantastbaren Menschenwürde ist im Gottesbezug verankert und kann letztlich nur durch ihn begründet werden. Dies ist auch ein Grund, warum der fehlende Gottesbezug in der geplanten europäischen Verfassung von Seiten der Kirche beklagt wird, nicht um des Christentum, sondern um des Menschen willen.

Das Alte Testament zeigt uns, dass das Phänomen der Migration von Anfang an dem Gottesvolk vertraut war.

Die Kommission für Migrationsfragen der Deutschen Bischofskonferenz analysiert die biblischen Überlegungen und Argumente zu diesem Thema und stellt fest: „Der Mensch ist Geschöpf Gottes, nach seinem Bild geschaffen. In jedem Menschen sieht der Gläubige das Antlitz Gottes. Jeder Mensch ist deshalb, unabhängig von seiner Herkunft und seinem rechtlichen Status, einmalig und in dieser Einmaligkeit Maßstab jedes zwischenmenschlichen und staatlichen Handelns.“³

³ Ebd., S. 36.

Im Neuen Testament entdecken wir, dass Christus alle Spaltungen und Trennungen der Menschheit überwindet und die Menschen zur Gemeinschaft ruft. „Die Einheit der Menschen im neuen Menschen Jesus Christus wird der Maßstab für das Leben der christlichen Gemeinden und das Handeln der Christen überhaupt.“⁴ Als Christen sind wir aufgerufen, diese Einheit und Gemeinschaft zu gestalten. „Solidarisch handeln ist oft nicht leicht“, sagt Papst Johannes Paul II. und fordert deshalb „die Abkehr von einer Haltung der Verslossenheit, die in vielen heutigen Gesellschaften subtiler und durchdringender geworden ist.“⁵ Renovabis leistet durch seine konkrete Arbeit und seine Aktionen dazu einen wichtigen und vorbildlichen Beitrag.

Neben all den Schwierigkeiten dürfen wir aber auch die positiven Aspekte nicht übersehen. Auch dies ein Anliegen des Papstes seit vielen Jahren. Durch die Aufnahme von Menschen anderer Herkunft bietet sich auf neue Weise für einzelne Gemeinden wie für die Ortskirchen die Möglichkeit, die Katholizität der Kirche zu erfahren und zu leben. Die Begrenzung der Gemeindezugehörigkeit auf ethnische oder andere äußere Merkmale würde eine Verarmung aller Beteiligten bedeuten.⁶

In der Charta Oecumenica haben sich die Kirchen Europas dazu verpflichtet, gemeinsam dazu beizutragen, dass Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig aufgenommen werden (Charta Oecumenica, III.8). Die Arbeit von Renovabis und dieser Kongress bieten und die Gelegenheit, diese Verpflichtung mit Leben zu erfüllen. Beides ist ein wichtiger Beitrag zum Aufbau einer „Kultur der Aufnahme“ in Europa, wie sie Papst Johannes Paul II. im nachsynodalen Schreiben „Ecclesia in Europa“ als Auftrag für Kirche einfordert.⁷

Geben wir Europa ein menschliches Gesicht. So wünsche ich Ihnen einen guten Verlauf dieser Tage. Seien Sie alle nochmals herzlich willkommen.

⁴ Ebd.

⁵ Botschaft (wie Anm. 1), Nr. 3.

⁶ Ebd., Nr. 2.

⁷ Ecclesia in Europa, Nr. 101.

Staatssekretärin Erika Görnitz, München

Grüße der Bayerischen Staatsregierung

Für die Einladung zum 7. Internationalen Kongress Renovabis danke ich Ihnen sehr herzlich. Ich freue mich, Sie alle heute hier in Freising begrüßen zu dürfen, und möchte Ihnen an dieser Stelle die herzlichsten Grüße von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber überbringen. Er kann leider aus terminlichen Gründen heute nicht selbst anwesend sein.

„Suche nach Heimat. Migration in Europa“ – mit diesem Motto stellt sich der Kongress auch in diesem Jahr in der traditionsreichen Domstadt einem sehr anspruchsvollen Thema. So bietet die Solidaritätsaktion Renovabis bis zum 30. August die Gelegenheit, mit über 300 Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Kirche aus dem In- und Ausland über ein brennendes Kernproblem der Gegenwart zu sprechen.

Vieles in Europa befindet sich im Umbruch, ständig gilt es, die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam zu bewältigen. Die durch die Kriege des vergangenen Jahrhunderts verursachte Teilung unseres Kontinents zu überwinden, ist dabei nur eine von vielen Zukunftsaufgaben. Gleichzeitig steht die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union an. Seit März haben sich nun auch die Menschen in Malta, Slowenien, Ungarn, Litauen, Slowakei, Polen und Tschechien für ein eindeutiges „Ja zur EU!“ ausgesprochen. Damit bekommt die europäische Dimension der Integration von Menschen, Traditionen und politischen Systemen eine neue Tragweite, die uns alle, aber gerade auch Renovabis, vor neue Aufgaben stellt.

Integration braucht einen langen Atem und Geduld – und vor allen anderen Dingen, ist sie eine Aufgabe, die wir gemeinsam anpacken müssen. In diesem Zusammenhang freue ich mich sehr darüber, dass sich Renovabis dem Phänomen Migration zuwendet, das nahezu in allen europäischen Staaten immer mehr an Brisanz gewinnt.

- Migration ist kein neues Phänomen – ganze Kontinente sind mit den Nachkommen von Migranten bevölkert, die heutzutage viel zahlreicher als die Nachkommen der Ureinwohner sind. Auch die großen Weltreligionen basieren unter anderem auf Sinnbildern für Migration, Vertreibung oder Flucht.
- Migration nimmt aber zu – so sind derzeit europaweit etwa 56 Millionen Migranten auf der Suche nach einer neuen Heimat, nach Schutz und Zuflucht.

Die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa macht mit ihren Kongressthemen auf die wichtige Rolle und den Beitrag der Kirchen aufmerksam. So hebt sie u. a. die Verantwortung der Kirchen bei der oft schwierigen Suche nach Heimat hervor. Dieser Kongress ist ein offenes Forum für die Christen in Ost- und Westeuropa. Hier haben alle die Chance, durch persönlichen Kontakt und im Dialog miteinander Perspektiven für die Zukunft der Kirchen Europas zu entwickeln.

Wichtige, zukunftsweisende Fragen stehen zur Diskussion. Es ist an der Zeit, dass wir alle uns Gedanken darüber machen: „Suche nach Heimat. Migration in Europa“. Wer könnte ein besserer Ansprechpartner bei der Suche nach Heimat sein als die Kirchen Europas?

Der deutsche Schriftsteller Johann Heinrich Jung-Stilling (1740–1817) hat es auf den Punkt gebracht:

*„Die beiden schönsten Dinge sind die Heimat,
aus der wir stammen,
und die Heimat,
nach der wir wandern.“*

In diesem Sinne wünsche ich Renovabis, der 1993 von der Deutschen Bischofskonferenz ins Leben gerufenen Solidaritätsaktion mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, für ihren 7. Internationalen Kongress viel Erfolg und allen Kongressteilnehmern schöne und erfahrungsreiche Tage hier in der alten Domstadt Freising.



Friedrich Kardinal Wetter fühlte sich unter dem Himmel mit der Osteuropa-Landkarte im neuen Renovabis-Messepavillon sichtlich wohl. Mit Klaus Nöscher aus dem Weltkirchereferat der Erzdiözese München und Freising sowie Burkhard Haneke und Thomas Schumann von Renovabis (von rechts) betrachtete der Kardinal die Präsentation.

Foto: Thomas Pinzer



Der aus einem kreuzförmigen Fundament erwachsende Ausstellungsstand bot einen hübschen Blickfang in der Aula des Domgymnasiums, die die Kongressgäste schon seit Jahren zu schätzen wissen.

Foto: Unger

**Grußworte an die
Teilnehmerinnen und Teilnehmer
des 7. Internationalen
Kongresses Renovabis**

Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten

Der russische Schriftsteller Andrej Sinjowski, der vor wenigen Jahren in Paris starb, hat einmal gesagt: *„Heimat ist kein geographischer Begriff. Man trägt sie in sich selbst.“* Europa ist ein Stück Heimat. Eine Heimat, die sich nicht territorial verorten lässt, sondern die auf gemeinsamen geistesgeschichtlichen, religiösen und kulturellen Traditionen beruht.

In Europa können alle Bewohner der EU-Mitgliedsländer eine Heimat finden. Auf dem 7. Internationalen Kongress Renovabis diskutieren sachkundige Vertreter aus Kirche, Politik und Gesellschaft, wie das geschehen soll. „Suche nach Heimat. Migration in Europa.“ ist ein vielgestaltiges Thema – es könnte aktueller nicht sein.

Am 1. Mai 2004 wird die Europäische Union 25 Mitgliedstaaten mit 447 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürgern haben. Bürgerinnen und Bürger, die zum Teil auf eine private und berufliche Perspektive in den jetzigen Mitgliedsstaaten der EU hoffen. Über ihre Zahl sind sich die Experten nicht einig – unbestritten aber ist: Mit der EU-Osterweiterung erhält das Phänomen „Migration“ eine neue Dimension.

Durch die Beitrittsentscheidungen der zehn neuen Mitglieder gilt die Personenfreizügigkeit – nach sinnvollen Übergangszeiten – auch für die neuen Unionsbürger- und -bürgerinnen. Daraus ergeben sich vielfältige Chancen, die wir nutzen müssen. Erfahrungen aus vorangegangenen Erweiterungsrounden zeigen: Vor allem junge und qualifizierte Arbeitnehmer werden sich dafür entscheiden, in die bisherigen Mitgliedsstaaten zu wandern. Ihre Kreativität und ihre Fähigkeiten können die Innovationskraft unserer Gesellschaft voranbringen.

Trotz dieser Chancen sind die Menschen in den bisherigen EU-Mitgliedsländern oft verunsichert: Sie fürchten um ihre Arbeitsplätze. Deshalb müssen mittel- und langfristige Probleme der Zuwanderung, der demographischen Entwicklungen und des Zusammenlebens von Migranten und Einheimischen zügig erörtert und gelöst werden. Hier kommt vor al-

lem der verbesserten Integration von Neubürgern eine entscheidende Rolle zu.

Und es muss gewährleistet sein, dass es in der aktuellen Arbeitsmarktsituation – mit über vier Millionen Arbeitslosen – zu keiner freizügigeren Regelung für Zuwanderung aus nichteuropäischen Ländern kommt. Regelungen, die die Ängste der Menschen vor unkontrollierter Zuwanderung schüren würden und Integration erschweren.

Eine Europäisierung der Zuwanderungspolitik darf es nicht geben. Es drohen Pauschallösungen, die die Belange der einzelnen Mitgliedsstaaten nicht ausreichend berücksichtigen: Zuwanderung aus nichteuropäischen Ländern bedarf einer Lösung, die die spezifische nationale Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssituation im Blick hat. Wer das außer Acht lässt, nimmt bewusst möglichen sozialen Unfrieden in Kauf.

Die Diskussionen um die Schwierigkeiten der EU-Osterweiterung dürfen uns eines allerdings nie vergessen lassen: Die Freude über ein geeintes Europa. Uns gelingt etwas, wovon unsere Väter und Großväter nur geträumt haben: Die Überwindung der künstlichen Teilung Europas ist in greifbare Nähe gerückt. Aus unserem Kontinent, der in der Vergangenheit so oft Schauplatz grausamer Konflikte, Kriege und politischer Spaltung gewesen ist, können wir ein gemeinsames Europa schaffen und damit eine Erfolgsgeschichte fortsetzen.

Die Renovabis-Kongresse sind eine Veranstaltungsreihe, von der stets geistige und kulturelle Impulse ausgegangen sind. Die Diskussionsteilnehmer, die sie in den letzten Jahren gewinnen konnten, haben in Deutschland die Meinungsbildung maßgeblich mitbestimmt. Und sie haben stets ihre besondere Aufgabe als Christen im europäischen Einigungsprozess wahrgenommen.

Die europäische Diskussion braucht den christlichen Blickwinkel. Denn er trägt dazu bei, sich über die gemeinsame europäische Wertebasis zu verständigen. Eine Wertebasis, die auch für Migranten aus Osteuropa geistige Heimat sein kann.

Der 7. Renovabis-Kongress bietet eine notwendige Plattform, um sich über normative, religiöse und kulturelle Fragen der EU-Osterweiterung auszutauschen, um Fragen zu stellen, zu debattieren und auch um Antworten zu finden. Ihnen stehen informative Tage und anregende Gespräche bevor. Alles Gute!

Dieter Althaus

Grußwort des Vorstehers der Griechisch-Orthodoxen Metropolie von Deutschland und des Exarchats von Zentraleuropa des Ökumenischen Patriarchats

Als Folge von zwei Weltkriegen war das 20. Jahrhundert geprägt von Flucht, gewaltsamer Vertreibung, von Deportation und Völkermord. Das wirkt bis in unser Jahrhundert nach. Es gibt eine weltweite Migration von Millionen von Menschen, die eine neue Heimat suchen, in der sie in Frieden und Freiheit, in Sicherheit und ohne wirtschaftliche Not leben können.

Die kommende Erweiterung eines Vereinten Europa wird diesen Drang zur Wanderung nur verstärken. Allein in Europa werden auch künftig Hunderttausende unterwegs sein, werden Hilfe und Beistand brauchen. Insbesondere sind die Christen nach verantwortungsvoller Solidarität mit den Migranten einerseits, aber auch mit denen gefragt, die in den festgefühten Verhältnissen ihrer Heimatländer weiterhin leben.

Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken, versteht es wie jedes Jahr, so auch 2003 Menschen um sich zu sammeln, die mit allen Kräften an der Lösung der anstehenden Probleme bereit sind zu arbeiten.

Die Griechisch-Orthodoxe Metropolie von Deutschland, die in harter Arbeit mit Gottes Hilfe eine Kirche in der Migration aufbauen durfte, weiß, wie viele Opfer an Kraft, Zeit und Geld, wie viel Liebe und Geduld notwendig sind, um Hilfe zu leisten und den Einsatz für die Mitmenschen zum Erfolg werden zu lassen. So sind wir voller Verständnis für alle Bemühungen von Renovabis. Und ich bedauere es zutiefst, dass ich aus Termingründen nicht an der diesjährigen Tagung in Freising teilnehmen kann. Den Veranstaltern der Tagung, allen Referenten und Teilnehmern wünsche ich den gnädigen Beistand des dreieinigen Gottes, damit alles Tun den Empfängern und auch den Wirkenden zum Segen gereiche!

*Metropolit Augoustinos von Deutschland
und Exarch von Zentraleuropa*

Grußwort des Präsidenten des Europäischen Parlaments

Ich bedaure sehr, das ich anlässlich des 7. Internationalen Kongresses von Renovabis nicht bei Ihnen sein kann. Das Europäische Parlament verfolgt mit großer Aufmerksamkeit Ihre Tätigkeiten, vor allem was die Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa betrifft. Die Erweiterung der Union ist das vorrangige Anliegen meiner Präsidentschaft, und ich beglückwünsche Sie zu allen Vorhaben und Partnerschaften, die Sie erfolgreich mit diesen Ländern entwickelt haben.

Das Thema „Migration“ ist eine der zentralen und auch explosivsten Fragen der politischen Tagesordnung in Europa. In den Mitgliedstaaten der Union debattieren Regierungen und Oppositionen unablässig darüber, wie mit der Einwanderung von Menschen aus Drittstaaten nach Europa umzugehen ist. Das Europäische Parlament spricht sich für einen unionsweit harmonisierten und ausgewogenen Ansatz in dieser Frage aus.

Im Jahre 1999 wurde auf der Tagung der Europäischen Staats- und Regierungschefs in Tampere ein sehr ehrgeiziges Programm festgelegt, mit dem eine wirkliche gemeinsame Politik in den Bereichen Asyl und Einwanderung ins Leben gerufen werden sollte. Heute kann man feststellen: einiges ist erreicht worden, doch vieles bleibt noch zu tun.

Auf dem Europäischen Gipfeltreffen von Thessaloniki am 19. Juni wurde das Thema von den EU-Staats- und Regierungschefs erneut diskutiert. Als Basis diente die Mitteilung der Kommission über Einwanderung, Integration und Beschäftigung, in der vorgeschlagen wird, auf europäischer Ebene eine Strategie zu verabschieden mit dem Ziel, die integrationspolitischen Bemühungen der Mitgliedstaaten besser zu koordinieren und zu fördern. In Thessaloniki habe ich im Namen des Europäischen Parlaments die europäischen Staats- und Regierungschefs aufgefordert, einen Zeitplan für die Beschlüsse festzulegen, die bis Mai 2004 entsprechend dem Programm von Tampere zu fassen sind.

Selbstverständlich hat sich auch der Europäische Konvent zur Zukunft Europas in seinen Arbeiten an einer Verfassung der Europäischen Union

mit diesem für die europäischen Bürger zentralen Thema auseinandergesetzt. Er hat in seinem Schlusstext die Schaffung einer spezifischen verfassungsmäßigen Rechtsgrundlage vorgesehen, auf die sich die Politik der Union zur Integration derjenigen Drittstaatsangehörigen, welche sich rechtmäßig in der Union aufhalten, gründen kann. Des weiteren wird eine Rechtsgrundlage vorgesehen, welche strafrechtliche Sanktionen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung festlegt.

Europa soll keine Festung werden. Europa ist ein Kontinent, der im Begriff ist, sich nach den historischen Teilungen der letzten fünfzig Jahre wieder auszusöhnen, und der im Prinzip bereit ist, diejenigen aufzunehmen, die innerhalb seiner Grenzen legal wohnen und arbeiten wollen. Um dies zu ermöglichen, muss sich Europa folglich gemeinsame Regeln in den Bereichen Asyl und Einwanderung geben.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Veranstaltung!

Pat Cox

Grußwort des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland

Im Namen des Rates der EKD grüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 7. Internationalen Kongresses der Aktion Renovabis sehr herzlich und richte Ihnen die besten Wünsche aus.

Der diesjährige Kongress Renovabis greift ein Thema auf, das unsere Solidarität mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa vor eine besondere Bewährungsprobe stellt. Durch die bevorstehende Erweiterung der Außengrenzen der Europäischen Union nach Osten werden Staaten neu in die Gemeinschaft hinzukommen, auf denen neben vielen anderen Problemen auch die Aufnahme und Integration von zuwandernden Menschen lastet. In Deutschland wie in allen EU-Mitgliedsländern haben die Fragen der Migration in den zurückliegenden Jahren für stark beachtete öffentliche Diskussionen gesorgt. Dabei haben die Kirchen wichtige Impulse gegeben. Parallel ist der Prozess einer Angleichung der Rechtsetzung in den Bereichen Asylgewährung, Flüchtlingsschutz und Arbeitsmigration auf europäischer Ebene weiter vorangeschritten und lässt seinen Abschluss bereits erkennen. Dieser Prozess ist von den Kirchen aufmerksam begleitet und kommentiert worden.

Der Wille, unter allen Umständen die Kriterien zur Aufnahme in die Europäische Union zu erfüllen, darf nicht dazu führen, dass die osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten die Hauptlast gerade in so zentralen Fragen wie Asyl und Zuwanderung aufgebürdet bekommen. Hier ist die gemeinsame diakonische und seelsorgerliche Verantwortung von Christen aus den verschiedenen Traditionen und Konfessionen herausgefordert, die sich auch darin zeigen könnte, bürgerschaftliches Engagement zu fördern und zivilgesellschaftliche Strukturen über die Kirchen und Gemeinden zu schaffen. Nirgends ist der ökumenische Konsens größer als beim Thema Migration. Daran erinnert das nach wie vor richtungweisende Gemeinsame Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist“ von 1997.

Ich bin zuversichtlich, dass sich dieser Grundkonsens auch im Verlauf des 7. Internationalen Kongresses Renovabis widerspiegelt. Von daher habe ich die begründete Hoffnung, dass die Beratungen konstruktive Perspektiven eröffnen werden, die einer Lösung der vielfältigen, mit der Migration in Europa verbundenen Probleme dienlich sind.

Manfred Kock

Grußwort des Apostolischen Nuntius*

Als in Osteuropa und im östlichen Mitteleuropa das kommunistische Herrschaftssystem zusammengebrochen war, wusste man, dass die hinterlassenen Schäden nicht nur materieller Art waren. Durch die Missachtung der Würde der menschlichen Person waren die Fundamente der Gesellschaft weitgehend zerstört und die Menschen auch geistlich verarmt. Trotz der neu entflammten Hoffnung auf eine bessere Zukunft war klar, dass die Menschen in den betroffenen Ländern auch Hilfe von auswärts brauchten, um das geistige und materielle Vakuum auszufüllen, das das totalitäre System hinterlassen hatte. Solidarität der Christen war gefragt.

Schon lange vor der „Wende“ hatten deutsche Katholiken ihre Glaubensbrüder im Osten auch materiell unterstützt. Auf Anregung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) riefen die Bischöfe im Jahre 1993 in Verbundenheit mit den Menschen in Osteuropa die Solidaritätsaktion *Renovabis ins Leben*, um „die Christen in Mittel- und Osteuropa bei ihren Bemühungen um die Verkündigung des Evangeliums und bei der Erneuerung der Gesellschaft in Gerechtigkeit und Freiheit zu unterstützen.“

Das Werk der geistigen und materiellen Wiederherstellung der ehemals kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas ist noch lange nicht beendet, vielfältige Aufgaben bleiben für *Renovabis* noch zu tun. Sein 7. Internationaler Kongress widmet sich dem Thema *Suche nach Heimat. Migration in Europa*, ein Thema, das gerade durch den Beitritt vieler dieser Länder zur Europäischen Union neue Dringlichkeit und Bedeutung gewinnt und noch lange aktuell bleiben wird. Die sachkundigen Teilnehmer am Kongress werden die Problematik, die sich aus der Tatsache der Migration für die arbeitssuchenden Menschen, aber auch für die Staaten im westlichen Europa ergibt, eingehend erörtern und Wege für die Beseitigung oder wenigstens Minderung der bestehenden Besorgnisse und Ängste zu finden suchen.

* Das Grußwort wurde von Pater Demuth im Anschluss an seine Begrüßungsworte verlesen.

Der Heilige Stuhl hat diese Bemühungen, die ganz im Sinne des Heiligen Vaters sind, immer begrüßt und unterstützt.

Ein besonderes Anliegen ist es für mich, ein konkretes Beispiel anzuführen, das mir diese Bemühungen persönlich vor Augen gestellt hat: Wie Sie wissen, wurde der Pavillon des Heiligen Stuhles auf der EXPO 2000 in Hannover einer Gemeinde in Liepaja in Lettland als künftiges Pfarrzentrum geschenkt. Renovabis hat die Überführung des Pavillons an seinen endgültigen Bestimmungsort und seine dortige Neuerrichtung organisiert und finanziert. Ich möchte dafür den deutschen Katholiken und insbesondere den Verantwortlichen von Renovabis nochmals meinen herzlichen Dank aussprechen.

Ich wünsche allen Kongressteilnehmern Erfolg bei ihrem Bemühen um solidarische Hilfe für die Menschen im östlichen Europa. Der Apostolische Segen, den ich Ihnen im Auftrag des Heiligen Vaters übermittle, begleite Ihre Arbeit und mache sie fruchtbar.

Giovanni Lajolo

Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Vom 28. bis 30. August 2003 richtet die Aktion Renovabis zum 7. Male ihren Internationalen Kongress in Freising aus. Als wichtiges Forum des Gesprächs zwischen Ost und West in Europa hat diese Zusammenkunft mittlerweile große Anerkennung und Wertschätzung gefunden. Nicht zuletzt ist der Kongress ein Ausdruck für das Bemühen der Kirche, die lebendige Hoffnung des Glaubens in das Ringen um Zukunft und Identität Europas einzubringen.

Besondere Bedeutung hat der Renovabis-Kongress auch für die Begegnung mit den Brüdern und Schwestern aus den Kirchen der Orthodoxie. Uns allen steht vor Augen, dass wir den kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Prozessen in Europa das Signum des Christentums nur einprägen können, wenn wir zum gemeinsamen Zeugnis fähig sind.

Das gilt auch für die schwierigen Fragen der Wanderung, mit denen sich der diesjährige Kongress befasst. Er steht unter dem Motto „Suche nach Heimat. Migration in Europa“. In den vergangenen Jahren sind die Grenzen in Europa insgesamt durchlässiger geworden – eine Entwicklung, die sich infolge des Beitritts einer ganzen Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten zur Europäischen Union in der näheren Zukunft noch weiter vertiefen wird. Dies ist zunächst einmal ein Grund für große Dankbarkeit. Denn es eröffnen sich damit neue Freiheitsräume für die Menschen und Chancen zu Begegnung und Austausch. Zugleich herrschen mancherorts aber auch Sorgen. Viele in den westlichen und südlichen Ländern befürchten, eine große Zahl von Arbeitsmigranten könnte die eigenen Wirtschafts- und Sozialsysteme weiter unter Druck setzen. Aber auch die Beitrittsländer werden aller Voraussicht nach mit vermehrter Zuwanderung zu tun bekommen. Nicht selten wird dort besorgt gefragt, wie die Gesellschaften mit ihrer oft noch fragilen Ökonomie und der fehlenden Erfahrung bei der Integration von Einwanderern diese Herausforderung bewältigen können. Die Länder, die auf absehbare Zeit nicht der Europäischen Union beitreten können, wiederum fürchten, nunmehr erst recht von der

europäischen Entwicklung abgekoppelt zu werden und sich hinter einem neuen Eisernen Vorhang wieder zu finden.

Diese und noch viele weitere Fragen – z. B. solche, die mit der Migration aus anderen Weltgegenden in Zusammenhang stehen – sind uns heute aufgegeben. Die hier erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Diskussionen erfordern ein großes Maß an Umsicht und Sachkundigkeit. Gerade für die Christen und die Kirche stellt sich dabei die Aufgabe, die Belange der Menschen in den Mittelpunkt zu rücken und humane Lösungen für die vielfältigen Probleme anzumahnen. Denn überall in der Welt sind Migranten eine besonders gefährdete Gruppe. Von den Alteingesessenen werden sie oft als Bedrohung des eigenen Status, des wirtschaftlichen Wohlergehens oder auch der kulturellen Identität wahrgenommen. Gerade deshalb gehört die geistliche und soziale Begleitung der Zuwanderer und das öffentliche Eintreten für ihre unveräußerlichen Rechte zum unverzichtbaren Zeugnis der Kirche.

Ich bin gewiss: Über all dies wird beim 7. Internationalen Kongress von Renovabis in profunder Weise nachgedacht werden. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und in besonderer Weise den Referenten und Organisatoren möchte ich meine herzlichen Grüße ausrichten. Ich wünsche dem Kongress ein gutes Gelingen und reichen Ertrag.

Karl Kardinal Lehmann

Grußwort des Erzbischofs von Köln

Europa ist im Wandel begriffen. Das zeigt sich einerseits darin, dass die Europäische Union, die in den vergangenen Jahrzehnten de facto aus Westeuropa bestand, eine längst fällige Osterweiterung erfährt. Andererseits aber werden auch die Menschen in Europa immer mobiler. Unzählige verlassen ihre Heimat, weil sie sich anderswo bessere Lebensbedingungen erhoffen. Das Phänomen der „Migration“ nimmt neue Dimensionen an. Die damit verbundene Entwurzelung der Menschen wirft Probleme auf, deren Tragweite weithin nicht erkannt wird.

Hinzu kommt eine sich breit machende Entwurzelung und Orientierungslosigkeit auf geistiger Ebene. Symptomatisch ist dafür das Ringen um den Gottesbezug in der europäischen Verfassung. Dass die europäische Kultur in Ost und West zutiefst durch das Christentum und den damit verbundenen Werten geprägt ist, wird von verantwortlichen Repräsentanten der Europäischen Union vernachlässigt, vergessen oder geleugnet. Dabei wissen wir: Nur wer Gott kennt, kennt auch den Menschen. Gottvergessenheit führt zu Menschenvergessenheit. Wenn sich Europa von seinem christlichen Fundament los löst, werden die Menschen in Europa darunter schwer zu leiden haben. Das haben die Europäer in Ost- und Mitteleuropa in den Jahrzehnten kommunistischer Regime am eigenen Leib bitter erfahren müssen. Gebe Gott, dass sie mit der Osterweiterung nicht vom Regen in die Traufe kommen. Garantie für den notwendigen Respekt vor der Würde des Menschen gibt nur der Respekt des Menschen vor Gott. „Wie im Himmel, so auf Erden“, ist die biblische Faustregel für ein gesegnetes Zusammenleben und Zusammenwohnen der Menschen.

Ich wünsche dem Kongress Renovabis einen guten und für alle Beteiligten segensreichen Verlauf. Dazu grüßt Sie in herzlicher Verbundenheit

Joachim Kardinal Meisner

Grußwort des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland

Derzeit sind 175 Millionen Frauen, Männer und Kinder auf der Flucht. Sie suchen in anderen Ländern Schutz vor Armut, Krieg und Bürgerkrieg, politischer, religiöser und ethnischer Verfolgung bis hin zum Völkermord. Während des Krieges auf dem Balkan haben wir dies im vergangenen Jahrzehnt auch in Europa erleben müssen.

Auf der Grundlage unserer europäischen Werte sollen Minderheiten geschützt sein, soll niemand seine Herkunft verleugnen und seine kulturelle oder religiöse Identität aufgeben müssen. Die Europäische Menschenrechtskonvention und insbesondere der künftige Verfassungsvertrag der Europäischen Union bieten hierfür eine gute Basis. In diesem Sinne unterstützt die Solidaritätsaktion „Renovabis“ der deutschen Katholiken mit beispielhaftem Engagement Menschen in Mittel- und Osteuropa beim Aufbau einer gerechteren und menschenwürdigen Gesellschaft.

Damit aus der Fremde eine Heimat wird, bedarf es verlässlicher Grundlagen, ausreichenden Schutzes und einer offenen, toleranten Gesellschaft. Dies zu schaffen, ist eine dauerhafte Aufgabe der Politik, aber auch aller anderen gesellschaftlichen Akteure. Gerade die Kirchen wirken im grenz- wie konfessionsübergreifenden Dialog, in der öffentlichen Debatte wie im praktischen Handeln mit, damit das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein und eine gerechte Teilhabe so umfassend wie möglich durchgesetzt wird.

In diesem Sinne wünsche ich den Veranstaltern, Teilnehmern und Gästen des 7. Internationalen Kongresses Renovabis 2003 interessante Diskussionen und ein gutes Miteinander.

Gerhard Schröder

Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg

Der 7. Internationale Kongress Renovabis steht unter dem spannenden Motto „Suche nach Heimat. Migration in Europa“. Allen Teilnehmern und Besuchern der Veranstaltung sende ich herzliche Grüße nach Freising.

Der Kongress, der von der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa veranstaltet wird, hat sich zu einer wichtigen Institution entwickelt. Von hier gehen fruchtbare Impulse aus, die in die jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa hineingetragen werden. Gerade durch den Glauben und die Unterstützung der Kirche schaffen dort viele Menschen einen Neuanfang und schöpfen Kraft und Mut für ihren weiteren Weg.

Besonders hervorzuheben ist, dass sich die Teilnehmer des Kongresses der aktuellen gesellschaftlichen Probleme annehmen und diese offen diskutieren. Mit der Erweiterung der Europäischen Union sind wir alle vor große Herausforderungen gestellt. Dabei spielt die Frage der Migration eine große Rolle. Es ist wichtig, sich auf allen Ebenen dieser Thematik anzunehmen. Die Teilnehmer des Kongresses machen Mut, sich für ein geeintes und menschliches Europa mit aller Kraft einzusetzen. Mein herzlicher Dank gilt allen Veranstaltern und Helfern, ohne deren großes Engagement die Durchführung eines solchen Kongresses nicht möglich wäre. Ich wünsche der Veranstaltung einen guten Verlauf und allen Teilnehmern interessante und bereichernde Begegnungen und Diskussionen.

Erwin Teufel

Grußwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages*

Wer kennt sie nicht, die Landkarten von unserem Kontinent, auf denen mit fetten Pfeilen Wanderungsströme abgebildet werden? Sie wollen darüber informieren, dass Menschen aus vielen Teilen der Welt nach Europa einwandern oder innerhalb Europas unterwegs sind. Doch diese Karten haben immer auch etwas Bedrückendes, denn sie ähneln den Aufmarschplänen historischer Schlachten. Über die Motive der Menschen, ihre Heimatländer zu verlassen und in der Fremde ihr Glück zu suchen, verraten die Grafiken nichts. Sie sagen auch nichts darüber, wie begrenzt die Möglichkeiten sind, in den Ländern der Europäischen Union ein Bleiberecht zu bekommen.

Migrationserfahrungen sind Grenzerfahrungen – für die Migranten und ihre Angehörigen, aber auch für die aufnehmende Gesellschaft. Neu ausgelotet und verschoben werden nicht nur geographische, sondern vor allem auch kulturelle, wirtschaftliche, soziale und persönliche Grenzen. Die Suche nach Heimat hat viele Gesichter und Facetten. In Europa leben heute schon 56 Millionen Menschen außerhalb ihrer Geburtsnation, weltweit sind es 175 Millionen. Das entspricht etwa 3 Prozent der Weltbevölkerung. Und die aktuellen Prognosen besagen, dass Wanderungsbewegungen auf lange Zeit anhalten und sich sogar noch verstärken werden.

Von dieser Entwicklung kann und darf unsere Gesellschaft nicht unberührt bleiben. Migration stellt eine große Herausforderung für Kirche und Gesellschaft dar, denn sie rührt immer an menschliche Schicksale und damit auch an unsere eigene Verantwortung. Ich bin froh, dass Renovabis diese wichtige Herausforderung erkannt und angenommen hat – in der täglichen ökumenischen Arbeit, aber auch darüber hinaus. Der im August 2003 veranstaltete Internationale Renovabis-Kongress zum Thema „Su-

* Aus Termingründen konnte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse zum Kongress kein Grußwort zur Verfügung stellen. Stattdessen hat er oben stehende Zeilen dem Dokumentationsband zur Verfügung gestellt, wofür ihm herzlich gedankt sei.

che nach Heimat. Migration in Europa“ fand große Resonanz. Immerhin nahmen 320 Gäste aus 23 Ländern an den Beratungen teil. Das Hauptaugenmerk des Kongresses galt Osteuropa. Besprochen wurden Erfahrungen aus dem Alltag der Migranten und konkrete Projekte zur Verbesserung ihrer Integration als einem der Pfeiler des sozialen Zusammenhalts moderner Gesellschaften. Aber auch die Bekämpfung der Ursachen von Migration wurde leidenschaftlich diskutiert. Renovabis sprach sich dafür aus, auch künftig in Zusammenarbeit mit den Partnern vor Ort dafür Sorge zu tragen, dass Menschen in ihrer angestammten Heimat menschenwürdig leben können, damit sie auch dort eine Zukunft für sich und ihre Familien sehen. Mit seinem Engagement in Sachen Migration trägt Renovabis dazu bei, dass unser Kontinent keine abgeriegelte Festung wird, sondern seine Verantwortung wahrnimmt für mehr Gerechtigkeit und Frieden auf der ganzen Welt. Ich bin dankbar für dieses beispielhafte Engagement und wünsche der Solidaritätsaktion der Katholiken auch künftig viel Erfolg.

Wolfgang Thierse

Grußwort des Kommissars der Europäischen Union für Erweiterung

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Veranstaltern und Förderern des 7. Internationalen Kongresses Renovabis übermittle ich meine herzlichen Grüße und Glückwünsche zum zehnjährigen Bestehen.

Wenn der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 zehn neue Staaten beitreten werden, so handelt es sich dabei um weit mehr als die Erweiterung eines großen Wirtschaftsraums. Dies ist ein historischer Schritt hin zur Einigung Europas, ein entscheidender Schritt hin zur Schaffung eines europäischen Raumes der Stabilität und Sicherheit, des Friedens und Wohlstands.

Die Europäische Gemeinschaft versteht sich vor allem auch als eine Wertegemeinschaft, die den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist. Damit verbindet sich eine Grundhaltung, die gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Traditionen der werdenden Mitglieder in unsere gesellschaftliche Wirklichkeit miteinzubeziehen und als Bereicherung annehmen zu wollen.

Wie Christen einen solch bedeutsamen Prozess begleiten und fördern können, ist beispielhaft im Leitsatz Ihrer Organisation festgehalten: „Dass Menschen in Ost und West voneinander lernen, miteinander glauben, und so eine vertrauensvolle Nachbarschaft entsteht.“ Christliche Gemeinschaften und Kirchen sind ein ganz wesentlicher Bestandteil der Zivilgesellschaft, die deren Klima nachhaltig beeinflussen und eine Integration neuer Mitglieder erleichtern können.

Mit dieser Ermunterung wünsche ich Ihnen eine angenehme, bereichernde und fruchtbare Arbeit beim 7. Internationalen Kongress in Freising und alles Gute bei der weiteren Arbeit von Renovabis.

Günter Verheugen

Eröffnung der Ausstellung „Roma in Europa“



Nach dem Ende des Kosovo-Krieges traf die Angehörigen des Volkes der Ashkali und der Roma die Rache albanischer Nationalisten.

In willkürlichen und unkontrollierten Gewaltausbrüchen vertrieben sie viele Tausend Roma, nachdem sie deren Häuser angezündet und niedergeissen hatten. Das Foto zeigt einen der letzten Zigeuner aus der nordkosovarischen Stadt Pejá im ausgebrannten Haus seiner ehemaligen Nachbarn.



Wandernomaden auf dem Weg zurück in ihr Zeltlager in der Nähe der nordrumänischen Stadt Marghita



Der Journalist Rolf Bauerdick zählt zu den profiliertesten Vertretern seines Faches. Seine Reportagen über bedrohte Völker sind bereits in zahlreichen Zeitschriften und Fachorganen erschienen und haben ihm internationale Anerkennung gebracht. Anlässlich des 7. Internationalen Kongresses Renovabis wurde im Kardinal-Döpfner-Haus in Freising eine Foto-Ausstellung zum Thema „Roma in Europa“ gezeigt, Frucht mehrerer Reisen Rolf Bauerdicks durch alle Teile Europas. Einige Aufnahmen sind nebenstehend wiedergegeben.

Dr. Ulrike Götz, Freising*

Einführung in die Ausstellung

Liebe Ausstellungsbesucher, Herr Pater Demuth, Herr Bauerdick, meine Damen und Herren, ich freue mich, dass ich eingeladen worden bin, als Kunsthistorikerin und für die Stadt Freising einige kurze Worte zur Ausstellungseröffnung zu sprechen. Lassen Sie mich zunächst die herzlichen Grüße der Stadt Freising und speziell von Herrn Oberbürgermeister Thahammer überbringen.

Es ist der Stadt Freising ein großes Anliegen, den guten, freundschaftlichen Austausch mit dem Domberg und den dort beheimateten kirchlichen Einrichtungen beständig zu pflegen und zu vertiefen. Der Domberg, an dem das Herz Freising vor fast 1300 Jahren zu schlagen begann, ist bis heute wesentlicher Ort der Identifikation für diese Stadt, die Domtürme bleiben – auch in Zeiten des Flughafen-Towers – ihr besonderes Wahrzeichen. Zum Profil des Dombergs wiederum gehört, dass hier seit 1993, also seit genau zehn Jahren, die Geschäftsstelle der deutschlandweiten

* Dr. Ulrike Götz ist Kulturreferentin der Stadt Freising.

Solidaritätsaktion Renovabis beheimatet ist. Nicht nur Weihenstephan oder die großen Firmen am Ort, gerade auch Renovabis trägt dazu bei, dass Freising sich mehr und mehr international vernetzt. Der Blick ist dabei vor allem nach Osten und Südosten gerichtet. Auch das hat in der alten Bischofsstadt Freising eine Tradition, die bis ins frühe Mittelalter zurückreicht. Zugleich ist die nach Osteuropa gerichtete Aufmerksamkeit, wenn man die Entwicklung des Kontinents bedenkt, von höchst aktueller und zukunftsweisender Bedeutung.

Die internationale Ausrichtung von Renovabis wird nach außen besonders sichtbar, wenn alljährlich im Herbst, heuer zum 7. Mal, der große Renovabis-Kongress stattfindet. Die Stadt Freising begrüßt dieses alljährliche Ereignis nachdrücklich. Die vielen Gäste aus nah und fern sind in der Domstadt herzlich willkommen. Von besonderer Bedeutung erscheint schließlich auch, dass die Veranstalter jedesmal bemüht sind, durch das eine oder andere Veranstaltungselement die fachlich nicht involvierte Öffentlichkeit in Freising und darüber hinaus mit am Ereignis teilnehmen zu lassen.

Das Motto des diesjährigen Kongresses lautet „Suche nach Heimat – Migration in Europa“. Und eine besondere Einladung nach außen, sich diesem Thema zu nähern, ist die begleitende Ausstellung „Roma in Europa“ hier im Kardinal-Döpfner-Haus. Es handelt sich um eine Foto-Ausstellung, eine Auswahl von ca. 45 Schwarz-weiß-Aufnahmen, die einem riesigen Pool von 15.000 Bildern zum Thema entnommen ist. Der Schöpfer der Bilder ist der Journalist Rolf Bauerdick, der für viele renommierte Zeitschriften und Magazine schreibt, in diesem Zusammenhang aber eben auch das Medium der Fotografie für sich entdeckt hat und auch schon mehrmals, darunter in München, als Fotograf ausgestellt hat. Das „Bildwerk“ zum Leben der Roma erwuchs über einen langen Zeitraum, im Lauf von 12 Jahren, von 1990 bis 2002. Die Fotos entstanden in zahlreichen Ländern v. a. Südost- und Südeuropas.

„Roma in Europa“ – „Roma“ meint hier im weiteren Sinn all jene Ethnien, die im deutschen Sprachraum unter dem Sammelnamen „Zigeuner“ begriffen werden. Es geht um jene Gruppe von Menschen, die man ge-

meihin und geradezu klischeehaft mit dem Phänomen von Wanderungsbewegungen und von Nichtsesshaftigkeit verbindet, im Deutschen gibt es ja auch die Wortbildung vom „fahrenden Volk“. Tatsächlich scheint aber das Unterwegssein dieser Menschen weniger in einer kulturellen Tradition begründet zu sein, sondern oft erzwungenermaßen zu erfolgen durch Armutsdruck, Diskriminierung und Vertreibung.

Nun – Sie haben sicher bereits einen Blick auf die im Haus aufgehängten Fotos geworfen. Was sagt man nun vor solchen Bildern? Da mein Beitrag als eine kurze Einführung mit entsprechend bescheidener Vorbereitung gedacht war, kann und möchte ich nur einige Gedanken, die mich mehr oder weniger spontan beim Betrachten überkamen, als Einstieg in die Ausstellung anbieten.



Ein Mädchen spielt mit einer Puppe, die sie auf der Müllhalde von Oradea gefunden hat. Weil sie selbst in den ärmsten Roma-Vierteln Oradeas keinen Platz fanden, zogen ganze Familienclans schon vor zwanzig, dreißig Jahren auf die Müllhalde der rumänischen Stadt. Heute leben 120, manchmal sogar 200 Zigeuner mitten im Müll.

Foto: Bauerdick

Wenn wir von Bild zu Bild wandern und diese Fotografien zum Leben der Roma anschauen, dann sind wir uns zunächst einmal sicher einig: Es springt dabei etwas auf den Betrachter über. Es wird etwas beim Betrachter in Bewegung gesetzt: er wird – auch im übertragenen Sinn – bewegt. Das hat wohl verschiedene Gründe.

Ich denke zunächst einmal – und das könnte man wohl sogar wahrnehmungspsychologisch untermauern –, dass die Darstellung von Menschen und vor allem von Gesichtern immer einen besonders schnellen Weg zum Betrachter findet, einen schnelleren als etwa die Darstellung einer Landschaft oder von Gebäuden oder von sonstigen Objekten. Der Mensch ist sich selber, seiner eigenen Gattung, eben doch besonders nahe und reagiert instinktiv auf das Bild vom Menschen.

Wie freilich die Menschen, wie die Gesichter auf diesen Fotos im einzelnen ausschauen, wie sie sich präsentieren und in welchem Umfeld, das ist uns fremd, für uns Menschen in Mitteleuropa sogar von geradezu bizarrer Fremdheit: Eine Frau schiebt einen Kinderwagen durch den Müll. Ein Tanzbär wird an der Kette vorgeführt. Alte Menschen sitzen in Winterkleidung um einen Ofen.

Aber gerade dieses Fremde und Bizarre, das Abweichen von dem für uns Normalen, ist es andererseits auch wieder, das uns aus der Reserve lockt: Wir sind überrascht, neugierig, fasziniert, unsicher, bestürzt.

Zugleich mit dem, *was* dargestellt ist, berührt uns besonders tief, *wie* es sich zeigt: Da ist eine so große innere Intensität in den Darstellungen, in den dargestellten Menschen und Szenen, eine so große Intensität von Leben und von Gefühlen: von Freude, von Leid, von Hingabe, von Traurigkeit. Alles ist so tief und ursprünglich und unverstellt: Die Wildheit, mit der das steigende Pferd den Karren mit sich reißt, und der Genuss, den der lachende Insasse dabei empfindet; die hilflose Verzweiflung des kranken Kindes, dem die Fliegen auf dem Gesicht sitzen; der hingebungsvoll nach oben gerichtete Blick der Frau mit dem Rosenkranz in den Händen.

Sogar das gelegentliche Pathos im Habitus und im Mienenspiel hat etwas Ernstes und Ehrliches, ist nicht zu vergleichen mit den routinierten Posen,

in denen sich die westliche Gesellschaft mit Vorliebe auf Fotos präsentiert. Nichts auch von der Glätte und der gestylten Einförmigkeit, auf die man sich hier bis zum Überdruß so gerne trimmt.

Die Wucht der Bilder entsteht natürlich nicht einfach von selber, sondern liegt wesentlich in der Arbeit des Fotografen begründet, der die angemessene Annäherung an die Porträtierten sucht, dann das Motiv, den Ausschnitt, die Beleuchtung, die Bildschärfe, die Farbigkeit wählt. Natürlich sind diese Bilder keine statistischen Bestandsaufnahmen, sondern das, was hier gezeigt wird, hat mit innerer Beteiligung und mit künstlerischer Gestaltung zu tun. Und wie immer, wenn die Kunst beherrscht wird und aus tiefer Ehrlichkeit heraus entsteht, bedeutet der Einsatz der Mittel nicht Verfälschung der Wahrheit, sondern Verdeutlichung der Wahrheit.

So sieht sich also der Betrachter vor diesen Bildern einer Fülle von sich widersprechenden Gefühlen ausgesetzt. Da ist die Faszination an der Kraft der Bilder, am Extrem der dargestellten Situationen, am Fehlen jeglichen Mittelmaßes. Da ist das sich Mithineingenommenfühlen in die Lebens- und Emotionstiefe der Bilder: die Mit-Freude über das Glück und die Lebensfülle, die aus vielen der Bilder spricht; und zugleich das Mit-

Die fünfjährige Buba Gabor neben dem Ofen in der stillgelegten Schule des kleinen siebenbürgischen Weilers Wolken-dorf. Die Chance, dass Buba je eine Schule besuchen wird, ist sehr gering.

Foto: Bauerdick





Vernissage zur Fotoausstellung mit Schwarz-Weiß-Motiven aus dem Roma-Millieu in allen Teilen Europas.

Foto: Ludwig Unger

Leid, das Erschrecken und die Betroffenheit über die Beeinträchtigung des Lebens und die Verhärmung, die ebenfalls zu sehen sind. Und da ist, denke ich, auch die Verunsicherung über die Gemengelage dieser Gefühle, dieses Ineinander von Sich-Freuen und Mit-Leiden, von Faszination und Bestürzung.

Die Bilder selber wollen wohl nicht vorschreiben, wie man vor ihnen zu fühlen hätte, und beinhalten vermutlich auch noch keinen konkreten Handlungsappell. Was sie in jedem Fall tun: Sie berühren und bewegen uns. Sie öffnen etwas von diesen Menschen hin zu uns, sie öffnen uns hin zu ihnen. Und das ist schon sehr viel.

Ich denke, die Ausstellung „Roma in Europa“, die den Renovabis-Kongress begleitet, kann auf ihre Weise einiges im Sinne dessen bewirken, was das Anliegen von Renovabis und das Anliegen des Kongresses ist.

Eröffnung der Ausstellung

Verehrte Herren Bischöfe, liebe Frau Dr. Götz, lieber Herr Direktor Anneser, lieber Herr Bauerdick, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir freuen uns sehr, Ihnen bei diesem Kongress die Suche nach Heimat auch visuell-künstlerisch nahebringen zu können.

Ich selber finde diese Ausstellung jedenfalls wohltuend neben den Vorträgen in der Kongressaula und den Diskussionen in den Arbeitskreisen. Und es ist ein Glücksfall, dass wir Ihnen so einzigartige Bilder über das Leben der Roma zeigen können.

Herr Bauerdick hat – so spürt man es beim Anblick seiner Bilder – keine schnellen Fotos zu bloß kurzfristigen Dokumentationszwecken geschossen. Er hat vielmehr mit dem künstlerischen Mittel der ausdrucksstarken Schwarzweiß-Fotografie über Jahre hinweg ihm liebgewordene Menschen „auf-gehoben“ und diese Bilder leidenschaftlich gesammelt – quasi für das ganz persönliche, behutsam bewahrte Erinnerungsalbum.

Der Künstler zeigt seine Hauptdarsteller ohne Schnörkel, ungeschminkt – so wie sie sind. Dass Roma-Frauen, -Männer und -Kinder eher extrovertierte Menschen sind, half ihm dabei. Wir sehen deshalb häufig starke, selbstbewusste Persönlichkeiten.

Und er zeigt die Menschen so, wie sie gerne gesehen werden wollen. Rolf Bauerdick bildet wohlwollend ab. Dazu bedarf es einer großen Nähe – vielleicht auch einer Seelenverwandtschaft. Rolf Bauerdick kennt jeden seiner Protagonisten beim Namen, weiß um deren Schicksale und achtet ihre Lebensweise.

Ihm liegt daran, ihre Herzen und ihre Seelen aus den Bildern sprechen zu lassen, und Herzen und Seelen auch beim Betrachter zum Schwingen zu bringen. Wer weiß, vielleicht haben die Roma Herrn Bauerdick ja bereits in ihre Sippen, in ihre Familien aufgenommen: dann gehörte er zu dem, was Roma wohl am ehesten als *Heimat* ausmachen.

Die Bilder aus der wohl reichhaltigsten Sammlung zu diesem Thema in Deutschland sind nun hier im Haus in einer Auswahl zu betrachten. Dafür danken wir dem Kardinal-Döpfner-Haus, dessen Direktor, Herr Pfarrer Guido Anneser, auch hier unter uns ist.

Nur einmal waren diese Bilder in der Region vorher bereits schon einmal zusehen, im Münchner Kulturzentrum „Gasteig“, und sie ernteten überregional großes Interesse und viel Lob. In Norddeutschland gab es einige wenige Gelegenheiten, die Bilder von Rolf Bauerdick zu sehen. Wie ich gehört habe, soll demnächst erst ein Bildband erscheinen, bevor weitere Ausstellungstermine folgen.

Herzlich danke ich Herrn Rolf Bauerdick für dieses kulturelle und anregende i-Tüpfelr bei unserem Kongress. Ich danke auch Frau Dr. Ulrike Götz von der Stadt Freising für ihren Vortrag und ihre Bemerkungen über die Brücken zwischen Renovabis, Kardinal-Döpfner-Haus und dem Kulturschaffen in Stadt und Landkreis. Ebenso gilt mein Dank der Liga-Bank, die diese Ausstellung spürbar gefördert hat. Herr Matthias Hoffmann, unser Kundenberater von der Münchner Bankfiliale, ist eigens gekommen.

Schließlich danke ich den Musikanten des „Duo Bazardilo“, Herrn Emmerich Eiler (Balalaika), Herrn Fritz Bader (Akkordeon) sowie Silvester Denk (Geige) für die Zigeunermusik, interpretiert von Musikern aus Bayern.

Hiermit erkläre ich die Ausstellung für eröffnet.



Viele Kongressgäste ließen sich die Ausstellungseröffnung im Foyer des Kardinal-Döpfner-Hauses nicht entgehen. Bayerische Zigeunermusik untermalte die Vernissage. Unten: Fotograf Rolf Bauerdick, Dr. Ulrike Götz von der Stadt Freising und Renovabis-Hauptgeschäftsführer P. Dieter Demuth Fotos: Pinzer





Foto: Pinzer

Schlusswort

Wir stehen am Ende des 7. Internationalen Kongresses Renovabis. Viele Dinge wurden berichtet, referiert, angemahnt und diskutiert. Ich kann noch kein umfassendes Resümee ziehen, aber möchte doch einen kurzen Rückblick halten und noch einmal stichwortartig einiges aufgreifen, was mir zum Thema „Suche nach Heimat. Migration in Europa“ wichtig geworden ist.

Zunächst: Migration ist ein weltweites Phänomen, das alle Völker angeht. Wir alle hier sind davon auf die eine oder andere Weise betroffen. Wir müssen diese Realität zur Kenntnis nehmen und uns den damit verbundenen Herausforderungen stellen. Dabei ist es schwer, Migration genau zu definieren, denn es ist ein Phänomen mit ganz unterschiedlichen Gesichtern und Facetten.

Unser Thema hieß „Migration *in* Europa“, und doch kamen wir nicht umhin, auch von der Migration *nach* und *aus* Europa zu sprechen. Europa darf keine geschlossene Festung werden. Europa muss – wie es im nachsynodalen Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“ heißt – „ein offener und gastfreundlicher Kontinent“* sein. Es gilt, im globalen Kontext Verantwortung zu übernehmen und statt Abschottung gegen Zuwanderer die Probleme der Migration, insbesondere der Integration, zu gestalten. Es ist klar, dass es hier ohne länderübergreifende Ansätze und Zusammenarbeit nicht gelingen kann, Lösungen zu finden.

Wiederholt wurden Chancen und Gefahren der Migration angesprochen, ihre Ursachen, die Push- und Pull-Faktoren und besonders auch die Folgen der Abwanderung für die Herkunftsländer. Ebenso haben wir uns mit dem Problem des illegalen Aufenthalts in einem Land beschäftigt und den Schwierigkeiten, wenn gesetzliche Rahmenbedingungen den humanen

* Ecclesia in Europa, Nr. 111.

Umgang mit Migranten erschweren oder verhindern. In allen Fragen wurde ein Plädoyer für eine pragmatische Vorgehensweise ausgesprochen.

Als Christen sehen wir in jedem Menschen das Ebenbild Gottes. Dies ist letztlich der Grund, dass die Würde des Menschen nicht von seinem rechtlichen Status in einem Land abhängt. Aufgabe der Christen ist nicht nur, im Einzelfall Nächstenliebe und Barmherzigkeit gegenüber Migranten zu üben, sich in Seelsorge und Caritas zu engagieren, sondern auch, sich strukturell für Gerechtigkeit und eine humane Praxis einzusetzen. Dazu ist es unabdingbar, dass die Kirchen sich in die gesellschaftliche und politische Diskussion einmischen und eine Anwaltsfunktion für die Armen, Schwachen, für Flüchtlinge und Fremde übernehmen. Sie müssen dabei die Bedürfnisse und Interessen aller im Blick haben: der Migranten selbst, der Herkunfts-, Transit- und Zielländer. Außerdem können die Kirchen zur gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung, insbesondere zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit und Vorurteilen beitragen.

In Schlaglichtern haben wir ganz persönliche Erfahrungen von Menschen mit Migration und der Suche nach Heimat gehört. Max Frisch hat einmal gesagt „Heimat sind die Menschen, die wir verstehen und die uns verstehen“. Heimatliche Gefühle können sich nicht nur mit einem Ort verknüpfen. Es gibt auch so etwas wie eine geistige und seelische Heimat. Dennoch scheint es in den meisten Menschen eine Sehnsucht nach einer besonderen Verbundenheit mit einem konkreten Teil dieser Erde zu geben. Auch für Renovabis ist es ein Anliegen, dazu beizutragen, dass Menschen in ihrer Heimat im lokalen Sinne bleiben können und sie nicht wegen Armut, Perspektivlosigkeit, Krieg, Vertreibung oder Katastrophen verlassen müssen.

Bleiben oder Gehen, welche Zukunftschancen habe ich in meiner Heimat? – mit dieser Frage beschäftigen sich ganz besonders junge Menschen. Und so lässt sich die Brücke schlagen zu unserem nächsten Internationalen Kongress Renovabis, dem wir vorläufig den Arbeitstitel „Zwischen Hoffnung und Resignation. Jugend in Mittel- und Osteuropa“ gegeben haben. Als Termin, den Sie sich bitte vormerken wollen, ist der 2.-4. September 2004 vorgesehen. Fühlen Sie sich jetzt schon herzlich eingeladen. Wir würden uns sehr freuen, Sie wieder hier auf dem Freisinger Domberg begrüßen zu können

In Ihren Tagungsunterlagen finden Sie einen Fragebogen, in dem wir Sie bitten, uns Ihre Eindrücke und Anregungen mitzuteilen. Unsere Bitte um Rückmeldung bezieht sich sowohl auf inhaltliche als auch auf organisatorische Fragen. Wenn Sie den Fragebogen nicht schon ausgefüllt haben, schicken Sie ihn bitte möglichst bis Ende September an uns zurück.

Abschließend möchte ich mich nochmals bei allen bedanken, die zum Gelingen unseres 7. Internationalen Kongresses beigetragen haben:

- den Referenten und Teilnehmern an den Podiumsdiskussionen,
- den Moderatoren im Plenum und in den Arbeitskreisen,
- Herrn Kardinal Wetter für die Eröffnung,
- den Zelebranten und Predigern in den Gottesdiensten: Kardinal Vlk, Bischof Kabashi, Erzbischof Devčić, Bischof Werth und Weihbischof Sudar,
- den Journalisten und allen anderen Vertretern der Medien,
- dem Direktor und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Domgymnasiums,
- Herrn Direktor Anneser und den Teams des Kardinal-Döpfner-Hauses, des Pallotti-Hauses Freising und des „Bayerischen Hofes“,
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Renovabis und besonders den Vordenkern und Vorbereitern des Kongresses: Dr. Albert, Prof. Bremer, Herrn Grycz, Herrn Haneke, Dr. Höynck, Prof. Sternberg, Dr. Oeldemann und vor allem Dr. Dahm als dem zuständigen Referenten in der Geschäftsstelle.

Ihnen allen danke ich für Ihr Interesse, Ihr Mitdenken und Mitdiskutieren. Wenn Sie den Austausch als Bereicherung erlebt haben und neue Anregung mit nach Hause nehmen können, hat der Kongress sein wesentliches Ziel erreicht. So wünsche ich Ihnen nun eine gute Heimreise und Gottes Segen für Ihr Wirken in den verschiedenen Bereichen, in denen Sie tätig sind.

Lassen Sie uns zum Schluss Gott danken. Gemeinsam wollen wir nun zum Abschluss den „Engel des Herrn“ beten.

Foto: Unger



II. Schlaglichter – Referate – Podiumsgespräche

Schlaglichter zu Beginn des Kongresses

Bischof Joseph Werth SJ, Novosibirsk

In der Geschichte Europas hat es bereits eine Periode der Völkerwanderung gegeben. Das war zur Zeit des Niedergangs des Römischen Reiches. Während des Niederganges des kommunistischen Reiches setzte ebenfalls eine Völkerwanderung ein: Ganze Völker wurden vertrieben und deportiert, und das wirkt sich bis heute aus. Mit der Unabhängigkeitserklärung der Sowjetrepubliken hörte die Diktatur der Russen dort auf, und die russische Bevölkerung ist zum Fremdling in jenen Ländern geworden. In den russischen Massenmedien wurde und wird immer noch gelegentlich über die Diskriminierung und Verfolgung der Russen in den baltischen Staaten berichtet, aber der Strom russischer Familien von dort nach Russland ist, soweit ich weiß, sehr gering. Umgekehrt wird fast nichts berichtet über den Zustrom aus den mittelasiatischen Staaten, aber gerade von dort kehren Millionen ihrer Bürger nach Russland zurück. In unseren sibirischen Gemeinden tauchen immer mehr Gläubige auf, die vom Nachbarstaat Kasachstan gekommen sind, darunter viele Polen. Es kommen aus Kasachstan auch Deutsche; diese gehen dann mehr in die deutschen Rayons im Altai und im Gebiet Omsk. Und die Russlanddeutschen sollen nun mein Thema sein.

Heute haben wir den 28. August. Für uns Russlanddeutsche ist es der schwarze Tag unserer Geschichte. Mit diesem Datum im Jahre 1941 wurde der Erlass des Obersten Sowjets über die Zwangsumsiedlung der Russlanddeutschen hinter den Ural unterzeichnet. Das Leitwort des diesjährigen Kongresses lautet „Suche nach Heimat. Migration in Europa“. Seit diesem 28. August 1941 ist das ganze russlanddeutsche Volk auf der Suche nach Heimat auf vielen Migrationswegen in Eurasien. Wenn ich in den neunziger Jahren die katholischen Gemeinden im Gebiet Krasnojarsk besuchte – damals waren es überwiegend Russlanddeutsche –, erzählten mir die alten Leute ihre traurige Geschichte. Am Ende fügten sie hinzu: „Es durften später alle heimfahren, es kamen ganze Züge und nahmen die

deportierten Litauer nach Hause mit, nur uns wollte niemand zurück in unsere Heimat bringen.“

Wie fühlt man sich, wenn man in der Haut eines Russlanddeutschen steckt? Wenn man als einzelne Person und als ganzes Volk auf der Suche nach Heimat ist? Dazu möchte ich aus meiner Kindheit erzählen: Im ersten Jahr der Grundschule konnte ich kein Russisch. Als wir, mein Freund und ich, uns einmal in der Unterrichtspause deutsch unterhielten, unterbrach uns die vorbeigehende Lehrerin barsch: „Deutsch könnt ihr zu Hause sprechen, hier aber, in der Schule, nur russisch!“ Das war im Jahr 1960. In der zweiten oder dritten Klasse haben wir über Alexander Newski gelesen, der die Ritter des Deutschen Ordens im 13. Jahrhundert beim Ladogasee schlug. Dabei erklärte uns die Lehrerin – mehr als die Hälfte der Klasse waren Russlanddeutsche –, das seien sozusagen ganz andere Deutsche gewesen als wir.

Das wirkt bis heute nach: Eine junge orthodoxe Frau kam in die katholische Kirche, um eine hl. Messe für den verstorbenen Großvater zu bestellen. Sie hatte öfters von ihrem Großvater geträumt und erzählte das der Großmutter. Diese sagte: „Du musst in die katholische Kirche gehen, denn dein Großvater war Deutscher und Katholik.“ Der arme Mann hatte sich sein ganzes Leben verbergen müssen; nicht einmal seine Enkel wussten, dass er ein Mensch ohne Heimat gewesen ist ...

Wie ist es, wenn die menschliche Natur ein Bedürfnis nach Heimat hat, dieses aber nicht stillen kann? Als Kind wollte ich nicht verstehen, wenn die Erwachsenen zum Beispiel bei der Arbeit im Garten öfters über den schlechten Erdboden seufzten: „Zu Hause hatten wir so gute Wassermelonen und Apfelbäume!“ Warum sind wir dann von zu Hause weg? Als Kind hätte ich stundenlang dem täglichen Abendgespräch des Vaters mit dem Onkel über die „guten alten Zeiten“ zuhören können. Und auch später noch als junger Priester im Jahr 1984, als ich zum ersten Mal das Wolgagebiet, unsere ehemalige Heimat besuchte, klopfte mein Herz jedes Mal stärker, auch wenn ich vom Flugzeug aus beim Landen in Saratow den vereisten Wolgastrom erblickte, wenn ich auf dem Weg die Schilder mit deutschen Namen sah (Stadt Engels, Stadt Marx). Und als mir das

Gelände, auf dem früher das Dorf meines Vaters stand, gezeigt wurde, da konnte ich mich nicht mehr gegen Tränen wehren.

Ende der achtziger Jahre träumten wir dann von der Wiederherstellung unserer Wolgadeutschen Republik. Da fuhren wir zum Beispiel über die drei Kilometer lange Brücke bei Saratow. In der Mitte der Brücke war ein Schild mit der Aufschrift „Stadt Engels“. „Jetzt sind wir schon in unserer Republik“, sagten wir und meinten das nicht als dummen Scherz. Wir genossen das vielmehr und kosteten es wenigstens in unserer Vorstellung und Phantasie als wenige Minuten des natürlichen Glückes von Menschen aus, die eine Heimat haben.

Jahrzehntelang warf das Schicksal die Russlanddeutschen hin und her: Heimat an der Wolga, im Kaukasus oder in der Ukraine; Deportation nach Kasachstan und Sibirien (für andere noch mit Zwischenstation im polnischen Warthegau oder Deutschland). Danach ab 1956 das Zusammenfinden in Ortschaften wie Karaganda; ab 1972 die Rückkehr einzelner Familien in das Wolgagebiet; dann nach Moldawien oder in das Baltikum, für manche als vorübergehende Aufenthaltsorte, weil es von dort aus leichter war, die große Reise in die historische Heimat Deutschland antreten zu können. Denkt nicht, dass die Ausreise so leicht war! Es passierte oft, besonders in den siebziger und achtziger Jahren, dass unsere Leute auf dem Flughafen in Moskau unwillkürlich ins Laufen kamen, so drängte es sie weg von dem Land, das sie verfolgt, gequält und fast umgebracht hatte, hin zu dem Land, aus dem ihre Vorfahren stammten. Ich sah aber auch andere Bilder: bittere Tränen beim Abschied; das gemeinsame schwere Schicksal bringt Menschen mehr zusammen und bindet sie fester aneinander. Als die große Auswanderungswelle die zusammengewachsenen Gemeinden (meistens auch Kirchengemeinden) in kurzer Zeit fast völlig auflöste, war das ein großer Schmerz für die Zurückgebliebenen und die Kirche.

Von den Problemen meiner Landsleute hier in Deutschland ist heute bekannt: Sie sind nicht in ein Märchenland ohne jede Unbequemlichkeit gekommen. Aber das Schwerste, das man beim ersten Blick vielleicht gar nicht sieht, ist, dass unsere Leute zwar in die historische Heimat gekom-

men sind, aber die meisten noch lange auf der Suche nach Heimat sein werden. Schon allein das, gäbe es keine anderen Probleme, ist ein übergroßer Schmerz. Und die erste oder auch die zweite Generation kommt von diesem Stachel nicht los! Hoffentlich werden die Enkel, die hier geboren werden, sich hundertprozentig in der neuen-alten Heimat wohl fühlen!

Es gibt eine ganze Reihe von bekannten Faktoren, die unsere Leute zur Auswanderung zwingen: die nicht abbrechen wollende Verfolgung, die ökonomische Lage, die Zusammenführung der Familien. Es gibt aber auch andere, weniger bekannte Faktoren. So äußerte sich zum Beispiel der Patriarch der Russischen Orthodoxen Kirche, Alexej II., während eines Besuches 1991 in Nowosibirsk über die Katholiken und gegen die Russlanddeutschen: „An der Wolga lebten vor dem Krieg Deutsche. Heute gibt es dort weder Deutsche noch Katholiken, wozu dann katholische Kirchen bauen? In Sibirien leben nur wenige Katholiken, aber die katholische Kirche schickt trotzdem große Kräfte hierher!“ Und das wurde stets wiederholt, sobald ein Bischof ernannt wurde, sobald Apostolische Administraturen gebildet wurden, sobald Diözesen errichtet wurden usw.

Der Russischen Orthodoxen Kirche haben wir es zu „verdanken“, dass ausländische Priester und Bischöfe ausgewiesen und den Katholiken ihre ursprünglichen Gotteshäuser nicht zurückgegeben werden. Die meisten Probleme, die wir in Russland haben, wurden durch die Russische Orthodoxe Kirche verursacht. Ich bin der Meinung, dass alles das den Wunsch meiner Landsleute zum Bleiben keinesfalls bestärkt. Inzwischen sind bereits fast zwei Millionen Deutsche ausgewandert.

Die Russlanddeutschen haben heute in Deutschland keinen guten Ruf mehr. Die Medien „schreien“ an jeder Ecke, sie seien Russen, seien Kriminelle, hätten mit der Mafia zu tun, würden besondere Privilegien genießen und die Sozialkassen plündern. Und was macht der Staat? Er stimmt dem stillschweigend zu, indem er das Einwanderungsgesetz immer neu formuliert, spricht: gegen die Russlanddeutschen ausklügelt. Wir Russlanddeutschen sind uns unserer Schwächen bewusst und schämen uns da-

für. Wir sind aber empört wegen der Lügen und wegen der Hetzkampagnen gegen uns. Staat und Medien müssten sich eigentlich schämen, dass sie so etwas tun. Die Wahrheit kommt sowieso irgendwann ans Licht. Aber dennoch sind die meisten meiner Landsleute dem deutschen Staat dankbar.

Der russlanddeutschen Volksgruppe geht es nicht gut, sie gleicht einem sinkenden Schiff. Und wenn jemand glaubt, man könne dem Sinkenden noch auf den Kopf schlagen, damit er schneller untergeht, dann könnte man das fast als ein Verbrechen ansehen.

Ich danke daher allen Institutionen und Privatpersonen, die sich meiner Landsleute annehmen. „... ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt 25, 35) und „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40), sagte Christus.

Rossitza I. Dikova, Sofia/Münster

Im Bulgarischen gibt es ein Wort wie „Heimatland“ nicht. Es gibt Wörter für „Vaterland“ und „Geburtsland“, Begriffe also, die für Orte stehen – von wo der Vater stammt, wo man geboren ist. Nach einem Israelaufenthalt hatte ich einmal einen Zwischenstopp in Ungarn und ging durch die Budapester Innenstadt. Als ich die Kirchen und die Architektur der Gebäude dort sah, kam mir zum ersten Mal im Leben der Gedanke: Eigentlich weiß ich nicht genau, wo ich zu Hause bin, aber auf jeden Fall ist es in Europa mit solchen Straßen und Plätzen.

Beheimatet sein, ist ein Prozess und kommt nicht von selbst. Es beginnt mit dem Fremd-Sein. Heute fühle ich mich in Deutschland zuhause. Das Land ist tatsächlich zu meiner Heimat geworden. Zunächst war es das eher nicht, vielleicht aber so etwas wie meine Freundin. Es fing mit einem langsamen Kennenlernen an – ein Prozess der gegenseitigen kulturellen

Annäherung, nicht nur von meiner Seite. So erfuhr ich ganz zu Beginn mit Erstaunen, dass Käsekuchen nicht bitter ist und nicht mit Schafskäse zubereitet wird wie bei uns, sondern etwas Süßes. Danach war noch den deutschen Freunden zu erklären, dass Bulgarisch und Russisch zwar das gleiche Alphabet haben – das kyrillische –, sie aber dennoch zwei Sprachen mit ganz verschiedener Grammatik sind. Nach und nach stellte sich eine lebendige Neugierde an dem Land und seiner Kultur ein, ein wirklicher Wissensdurst. Und durch die politischen Nachrichten und die regen Diskussionen mit den Kollegen ist man unbewusst bereits in die hiesigen Geschehnisse einbezogen.

Obwohl ich für das Studium der Theologie und der Rechtswissenschaften nach Deutschland gekommen war, stellte ich fest, dass mehr daran hing: eine Zeit persönlichen Wachsens. Meine Studienjahre in Deutschland haben mich sehr geprägt. Eingeschrieben war ich an den Hochschulen von Sofia, Heidelberg, Cambridge und Münster. Geboren wurde ich aber nicht in der bulgarischen Hauptstadt, sondern in Plovdiv. Die alte thrakische Stadt, in der römische und osmanische Kultur aufeinander treffen, ist die Welt meiner Kindheit. Bis heute liebe ich es, wenn ich dort bin, durch die kühlen kopfsteingepflasterten engen Gassen der Altstadt zu gehen und Erinnerungen wach zu rufen. Ich denke an die Treppen vor den bunten Häusern, auf denen ich als Schülerin unter dem Schatten eines Baumes meine Hausaufgaben geschrieben und die Touristen beobachtet habe. Bereits damals wünschte ich mir, eines Tages ihre Sprachen zu verstehen und ihre Länder besuchen zu können. Solche Erinnerungen wecken aber auch das Gefühl der Trauer, denn diese Vergangenheit kann nie wieder Gegenwart werden. Das sind Gedanken an eine nicht mehr erreichbare Kindheit, zu der ich keinen Zugang mehr zu haben scheine, denn alle meine damaligen Freunde sind seit langem ausgewandert in die USA und nach Spanien, meine Verwandten und engsten Freunde nach Israel. Mit vielen von ihnen – gerade der ganz jungen Generation – kann ich mich inzwischen nur noch auf Englisch verständigen.

Da gibt es keine gemeinsame Sprache mehr, die noch die Heimat ausmachen könnte. Heimat ist nicht mehr die heile Welt, in der es für mich klar war, also selbstverständlich, dass ich dort und nirgendwo sonst zu Hause

bin. Heute fühle ich mich viel mehr in meiner Stadt heimatlos, weil ich ohne Freunde bin.

Wenn ich meine Sprache zufällig in Deutschland auf der Straße höre, durchfährt es mich wie ein Blitz. Bulgarische Gerichte sind für mich ein Hauch von Heimat, und den teile ich gerne mit Leuten anderer Nationalitäten. Die bulgarische Literatur hat mich sehr geprägt, und ich freue mich, wenn ich ihre klassischen Werke auf deutsch entdecke und sie weiter verschenken kann, oder wenn Autoren wie die israelische Schriftstellerin Angelika Schrobsdorff über Bulgarien schreiben und es mir so ermöglichen, meine Gefühle über mein Land mit denen von Nichtbulgaren vergleichen zu können.

Das Gefühl von Heimat und Geborgenheit vermitteln mir vor allem die Freunde, die ich in der Welt gefunden habe. Meistens fühle ich mich gerade von Leuten mit ähnlichen Schicksalen und Erfahrungen angezogen, von Leuten, die ihrerseits mit anderen Kulturen konfrontiert worden sind – Menschen, die mir gegenüber freundlich sind und sich nicht auf Grund unserer unterschiedlichen Herkunft abgrenzen und sofort nach den Unterschieden suchen, bevor man ein ganz normales Gespräch geführt hat.

Der Apostel Paulus sagt: „Wenn ich mit Juden bin, bin ich wie ein Jude, wenn ich mit Griechen bin, bin ich wie ein Grieche“, so auch ich – wenn ich mit Bulgaren bin, bin ich eine Bulgarin, wenn ich aber mit Deutschen bin, habe ich Interesse an ihrer Kultur und Denkweise. Ich bin mit türkischen und armenischen Freunden zur Schule gegangen, habe mit ihnen gespielt und mit jüdischen Verwandten zusammen traditionelle Feste gefeiert und gelebt.

Meine Erfahrung ist die: Immer wenn man sich den Einheimischen gegenüber offen zeigt, trifft man auch auf Offenheit und Freundlichkeit, vorausgesetzt, man lässt sich selbst nicht von Vorurteilen leiten. Deswegen kann ich sagen, dass, wo immer ich war, ich auch zu Hause war, ob in Israel, in Amerika, in England, in Griechenland und heute in Deutschland. Und ich hoffe, mich eines Tages auch wieder in Bulgarien beheimaten zu können.

Etwas möchte ich noch zu Renovabis sagen. Das Leitwort „Heimatlos! mitten in Europa“ ist für mich wichtig, weil ich die Kirche als meine geistige Heimat ansehe. Ich bin erst vor zwölf Jahren Christin geworden. Diese Zeit als orthodoxe Christin habe ich vor allem außerhalb Bulgariens gelebt und die orthodoxe Kirche als eine Minderheitskirche erlebt, das bedeutet etwa auch: Liturgie in einer Garage oder in gemieteten Räumen eines Kindergartens. Oft feierte man in verschiedenen Sprachen, meist nicht auf Bulgarisch. Letztes Jahr kam ich in Münster, wo ich gerade erst hingezogen bin, ins Krankenhaus auf die Intensivstation. Alles war noch sehr neu für mich. Aber das Kreuz an der Wand hat mir Hoffnung und Trost gegeben. Den Menschen, die mir in dieser Situation geholfen haben – Bekannte und völlig Fremde – bin ich unendlich dankbar für den seelischen Beistand. So verstehe ich geistliche Heimat.

P. Stjepan Kušan SJ, Zagreb

Ich möchte kurz etwas aus meinem Arbeitsgebiet berichten. Der Jesuit Refugee Service kümmert sich u. a. in Südosteuropa um die illegalen Migranten. Es gibt ja zahlreiche Ursachen für das Phänomen „Migration“, worüber wir während des Kongresses sicher noch sehr viel hören werden. Oft wird bei den Überlegungen darüber vergessen, wie es um die persönliche Lage der Menschen bestellt ist. Wer denkt schon daran, dass es in Serbien und Montenegro noch immer eine halbe Million Flüchtlinge aus Kroatien, Bosnien und Kosovo gibt? Fast eine Million Bosnier sind noch nicht nach Hause zurückgekehrt. Man weiß nicht, dass es in Serbien über 600 so genannte Kollektivzentren, Flüchtlingscamps gibt. Es handelt sich meistens um Holzbaracken bankrott gegangener Baufirmen. Durchschnittlich leben in solchen Zentren 30 Menschen in einem Zimmer zusammen, und das seit 1995! Gemäß einer Statistik des UN-Flüchtlingshilfswerks möchten 62 % der Flüchtlinge in Serbien bleiben, 38 % möchten zurück nach Hause oder in ein drittes Land gehen. Viele haben einen kroatischen Pass und werden bald in die Länder der Europäischen Union überwechseln, besonders die jüngeren Menschen, die für sich keine Perspektive in Serbien und Montenegro sehen.

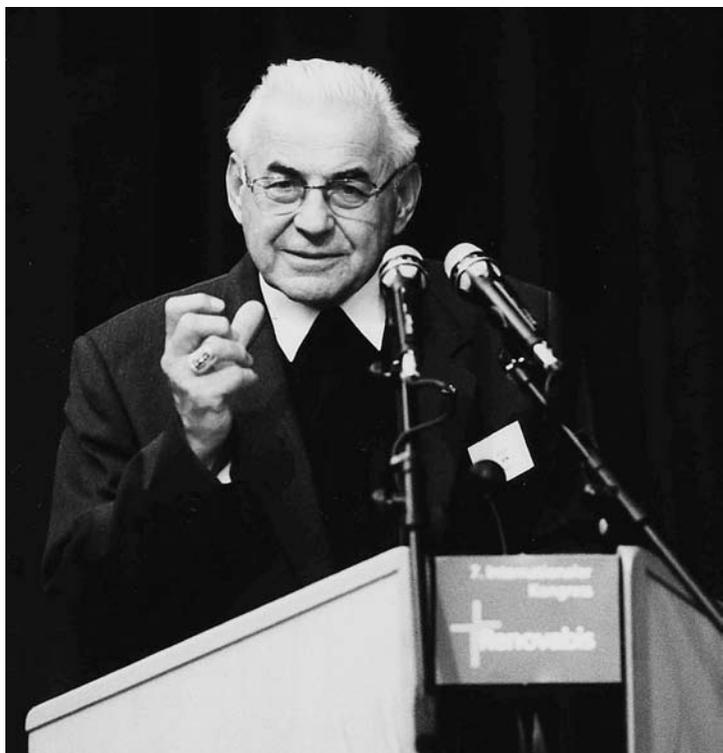
Man weiß nicht, dass die ethnischen Kroaten, die Bosnien oder Serbien während des Krieges verlassen haben, amtlich als „refugee migrants“ bezeichnet werden – so werden Flüchtlinge in Migranten „verwandelt“. Solche Emigranten machen die Hälfte der Bevölkerung in mehreren kroatischen Städten aus. Obwohl sie die gleiche Sprache sprechen, gibt es wegen des unterschiedlichen kulturellen Hintergrunds oft ziemliche Probleme. In diesen Städten beträgt die Arbeitslosigkeit 37 %, in anderen Gebieten bis zu 24 %. Im vergangenen Jahr sind 18.000 illegale Migranten beim Überschreiten der kroatischen Grenze gefasst und zurückgeschickt worden. Andere haben es geschafft und sind entweder in Deutschland oder in Österreich oder aber in einem slowenischen Gefängnis.

Wegen der illegalen Migranten wurden Abschiebgefängnisse in Rumänien, Kroatien, Slowenien und Albanien eröffnet. Die entsprechenden Gesetze sind in diesen Ländern auf Druck der Europäischen Union erlassen worden, nützen aber nichts, weil keiner von den Migranten die Absicht hat, in einem Durchgangsland zu bleiben und zu leben. Der Menschenschmuggel über die Grenzen wird von der Mafia organisiert. Die Mehrheit der illegalen Migranten aus islamischen Ländern kommen nach Kroatien oder Slowenien durch Bosnien und Herzegowina. Dieses Land ist das Land mit islamischer Kultur, das Europa am nächsten steht. So stand kürzlich in einer bosnischen Zeitung, dass in Tuzla in einem Müllcontainer 70 weggeworfene Pässe gefunden worden sind; die illegalen Migranten haben sie weggeworfen, um nicht zurückgeschickt zu werden. Etwa 800 Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo, denen die bisherige Hilfe des UN-Flüchtlingshilfswerks entzogen worden ist, haben vor einiger Zeit eine Stelle der mazedonisch-griechischen Grenze besetzt, wollen nach Griechenland und dann weiter Richtung Europa. Polizisten und Soldaten erlauben diesen Leuten nicht, die Grenze zu überschreiten. Sie können aber aus verschiedenen Gründen auch nicht mehr in den Kosovo zurück.

Man tut alles, um die Flüchtlinge und Vertriebenen von ihrem Heimatort fern zu halten. Zerstörte Häuser werden nicht repariert, verlassene staatliche Wohnungen sind privatisiert oder den Migranten der eigenen Gruppe zur Verfügung gestellt worden. Psychischer Terror spielt eine bedeutende

Rolle. Vor zwei Wochen wurden drei serbische Jugendliche in der zwischen Albanien und Serbien geteilten Stadt Mitrowitza getötet. Dafür wurden die Albaner verantwortlich gemacht. Der serbische Regierungspräsident hat vor zwei Tagen gesagt, Serbien habe das Recht, die Armee nach Kosovo zu schicken, um seine eigenen Leute zu beschützen. Soweit ich erfahren habe, wurde bei der Obduktion festgestellt, dass kein albanisches Maschinengewehr, sondern zu früh explodiertes Dynamit, mit dem die Jugendlichen Fische töten wollten, den Tod verursacht hat. Diese Tragödie wird zu politischen Zwecken missbraucht, und eine solche Situation macht eventuelle Rückkehrwillige unsicher – sie werden wahrscheinlich auch zu „refugee migrants“. Das soll als kurzer Blick in meine Arbeit genügen.

Foto: Pinzer



Migration in der Tschechischen Republik und im östlichen Europa – Herausforderung für Kirche und Gesellschaft

Für die Einladung zu diesem Kongress, der sich mit dem so wichtigen Thema der Migration beschäftigt, danke ich Ihnen sehr herzlich. Die Thematik betrifft natürlich auch die Gesellschaft und Kirche Tschechiens. Seit Ende der achtziger Jahre durchläuft die Tschechische Republik ebenso wie andere Länder Mittel- und Osteuropas einen tiefgreifenden Transformationsprozess. Unsere Länder haben sich von den diskreditierten politischen Systemen der Vergangenheit verabschiedet. Sie kämpfen an vielen Stellen aber noch mit ihren Folgen. Das Ziel aller Bemühungen ist der Aufbau einer erfolgreichen, demokratischen und pluralen Gesellschaft, die auf dem Prinzip der freien Marktwirtschaft gegründet ist.

Hauptphilosophie der Umgestaltung war, um es kurz zu fassen, der Gedanke, die vorliegenden Gesellschaften zu öffnen und umzuorientieren: weg von den früher nur miteinander kommunizierenden, aber in sich isolierten sozialistischen Ländern, außerdem eine grundlegende Umorientierung hin zum Westen, insbesondere in Richtung einer Zusammenarbeit mit den entwickelten europäischen Demokratien. Vor ganz neuen Herausforderungen standen und stehen auch wir als Christen, denn wir fragen uns natürlich, wie wir uns so in die Gesellschaft einbringen können, dass in ihr nicht nur die Werte der Wirtschaft gelten. Die Vollversammlung der Katholiken Tschechiens, die wir lange vorbereitet haben, dient unter anderem genau der Beantwortung dieser Fragen.

Migration als gesellschaftliche Realität in Mittel- und Osteuropa

Ein großer und wichtiger Bereich des gesellschaftlichen Lebens ist die Wirklichkeit der Anwesenheit von Zuwanderern, und dieser Wirklichkeit

müssen und wollen wir uns als Christen stellen. Papst Johannes Paul sagt es in seinem diesjährigen Wort zum Welttag der Flüchtlinge und Migranten ganz eindeutig, und das gilt auch für die Tschechische Republik: „In der heutigen Welt ist Migration zu einem weitverbreiteten Phänomen geworden, das alle Nationen als Herkunfts-, Durchgangs- oder Aufnahme-land berührt.“¹

Lassen Sie uns die konkrete Situation in der Tschechischen Republik betrachten:

Die massive internationale Migration ist eines der Phänomene, die eng mit dem politischen und ökonomischen Regimewechsel und den damit zusammenhängenden Strukturveränderungen verbunden sind. Es ist die Kombination verschiedener Faktoren, die die Entscheidung von Menschen beeinflussen, nach Tschechien zu kommen:

- die relative politische Stabilität unseres Landes,
- die geographische Lage am „Rand“ des klassischen Westens, der keine historischen Erfahrungen mit dem Kommunismus hat;
- und nicht zuletzt spielt natürlich auch die strenge Migrationspolitik unserer westlichen europäischen Nachbarn eine Rolle.

All diese Faktoren haben dazu geführt, dass eine „Migrationspufferzone“ zwischen West und Ost entstanden ist. Was ist darunter zu verstehen? Diese Zone ist flächenmäßig recht kompakt. Sie setzt sich zusammen aus Tschechien, Polen, der Slowakei und Ungarn – aus Ländern also, die trotz vieler Probleme die Transformation im Vergleich zu vielen anderen exkommunistischen Ländern relativ erfolgreich durchlaufen und gestaltet haben. Gerade die Länder dieser Pufferzone waren in der Lage, ziemlich gute Lebensverhältnisse für ihre Bevölkerung zu schaffen, und es kam deshalb trotz der einschneidenden Veränderungen nicht zu tieferen Brüchen.

In dieser „Migrationspufferzone“ gab es verschiedene Faktoren – Pull-Faktoren –, die die genannten Länder attraktiv gemacht haben und machen für Zuwanderer:

1 Botschaft von Papst Johannes Paul II. zum 89. Welttag der Migranten und Flüchtlinge 2003, Abschnitt I.

- Zum einen ist es die sozioökonomische Situation, einschließlich der Situation auf dem Arbeitsmarkt. Trotz Arbeitslosigkeit war es möglich, fremde Arbeitskräfte aufzunehmen und in den Arbeitsmarkt einzugliedern.
- Zum anderen gab es eine eher liberale Migrationsgesetzgebung und eine besonders großzügige Praxis gegenüber Immigranten, zumindest in den neunziger Jahren.
- Weiterhin spielte oft die ähnliche kulturelle Welt und Sprache als Pull-Faktor eine wichtige Rolle.

Zu diesen Hauptfaktoren kamen weitere hinzu, nicht zuletzt die Existenz bereits etablierter ethnischer Migrantenkommunitäten und der damit gegebenen sozialen Netze. Sie verstärken die weitere legale und illegale Zuwanderung in die Länder der genannten Zone, übrigens zusammen mit dem funktionierenden und sehr lebensfähigen nicht-formalen Sektor der legalen, halblegalen und illegalen Wirtschaft.

In der Logik dieser Entwicklung der Pufferzone liegt es, dass sie irgendwie ein neues Migrationssystem schafft. Und dazu gehört dann auf der einen Seite im Westen unter anderen Ländern Deutschland als *Durchgangs-* oder *Zielland* der Migration und auf der anderen Seite die Ukraine als wichtigstes *Herkunftsland*. Diese kompakte Pufferzone schafft die Bedingungen für intensive Transitbewegungen. Darunter sind die grenzüberschreitenden Bewegungen von Ost nach West genauso wie die zirkuläre Arbeitsmigration im Rahmen der Region zu verstehen.

Die Wanderungstrends in der genannten Pufferzone können meines Erachtens auch folgendermaßen charakterisiert werden:

1. In ihnen herrscht eine relativ große Unterschiedlichkeit, was die Immigrationstypen angeht.
2. Die Migration zeichnet sich in der Regel eher durch eine kürzere Aufenthaltsdauer aus, als dass es sich um eine langfristige Einwanderung handelt.
3. Darüber hinaus haben wir es mit einer relativ hohen Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen und einer eher kleinen Zahl von Einhei-

mischen zu tun, die im Ausland Asyl beantragen. Wie Sie wissen, zählt Tschechien für Deutschland zu den sogenannten „sicheren Drittländern“.

4. Die Zahl der wirklichen Auswanderer aus der genannten Länderzone hat sich stabilisiert und ist relativ gering.
5. Relativ hoch ist die Zahl der Transit-Migranten, die meistens illegal in die Zone gelangen mit dem Ziel, möglichst schnell in den „richtigen Westen“ zu kommen. Viele von ihnen missbrauchen dafür die Asylverfahren zum „Luftholen“ und verschwinden dann vor Beendigung des Verfahrens.
6. Eine hohe Attraktivität für Migranten besitzen die Hauptstädte beziehungsweise die Großstädte.

Den Ländern der genannten Zone ist noch eines gemeinsam: Das ist der Zuzug von Immigranten aus den entwickelten Demokratien, auch wenn ihre Zahl bisher eher marginal ist im Vergleich zum Zuzug von Migranten aus dem „Osten“. Darauf werde ich noch eingehen. Eher indirekt ist die Pufferzone durch den weiteren Zuzug von Juden beeinflusst, der allerdings deutlich nachgelassen hat, und durch die Migration von Deutschen, besonders aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Erwähnen möchte ich schließlich noch ein weiteres Migrationspotenzial dieses Typs, und zwar die Polen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und die Ungarn in Rumänien.

Was die Gestaltung der Migrations- und Integrationsprozesse angeht, verbindet die Länder der genannten Zone das gemeinsame Bemühen um eine weitere Harmonisierung der Migrationgesetzgebung und -praxis mit den Ländern der Europäischen Union. Das bedeutet – die Diskussion kennen Sie – eine Verstärkung des Trends zu schärferen Restriktionen.

Die mangelnde Erfahrung mit Migration führt in unseren Ländern logischerweise oft zu Problemen bei der Bewältigung und Gestaltung des Migrationprozesses. Ich will nur einige nennen:

- Wir haben immer noch immer Probleme mit der Migrationsstatistik.
- Die Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts, die mit Migration zu tun haben, ist noch mangelhaft.

- Die Unterstützung von Seiten der Wissenschaft und Forschung lässt bisher zu wünschen übrig.²

Zusammenfassend gesagt sind die Migrationstrends in den erwähnten Ländern der Pufferzone ähnlich. Dennoch sei auch auf Spezifika hingewiesen:

- In Polen finden wir beispielsweise eine typische traditionell höhere Mobilität in Bezug auf den Westen, und zwar sowohl, was die Dauermigration betrifft, als auch hinsichtlich zeitlich begrenzter Auswanderung.
- Die Slowakei stellte noch bis vor kurzem und stellt eigentlich bis heute einen gewissen Sonderfall dar. Sie hat eine deutlich geringere Attraktivität für Migranten – und zwar sowohl für legale als auch illegale Einwanderer – im Vergleich zu den drei übrigen Ländern.
- Demgegenüber haben wir in Tschechien im Vergleich die eindeutig höchste Zahl registrierter ausländischer Angestellter. (Wenn wir allerdings die Zahlen illegaler Migranten in dieser Zone mit in Betracht ziehen, werden sich die Zahlen wenigstens teilweise ausgleichen.)

Im Unterschied zu dieser Ländergruppe, destabilisierten und destabilisieren auch weiterhin lokale „Push-Faktoren“ die Bevölkerung in vielen der anderen Länder Mittel- und Osteuropas und drängen Menschen meistens in Richtung „Westen“. Die Gründe dieser Migrationsbewegungen liegen in der politischen Instabilität und hauptsächlich in den oft katastrophalen sozioökonomischen Verhältnissen, die zu einem sehr niedrigen Lebensstandard der einheimischen Bevölkerung führen.

Wenn wir uns die sehr spezifische Situation auf dem Balkan anschauen, insbesondere die Lage nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien, dann stellen die Länder des Balkan eine Ländergruppe dar, von denen ein Teil

² In diesem Zusammenhang ist vielleicht interessant, dass die Katholisch-Theologische Fakultät der Karlsuniversität in Prag plant, unter der Leitung von Professor Rethmann ein Zentrum für Migrationsstudien aufzubauen. Ziel dieses Zentrums ist es, die wissenschaftliche Diskussion aus sozialetischer Sicht zu verfolgen, politische Entscheidungsprozesse zu begleiten und auch der Kirche beratend zur Seite zu stehen. Wir hoffen, dass die finanziellen Mittel für eine Anschubfinanzierung gefunden werden, um damit beginnen zu können.

der Bevölkerung ebenfalls in Richtung der Pufferzone beziehungsweise weiter in Richtung Westen drängt. Das gilt für die meisten der dortigen Länder mit Ausnahme insbesondere von Rumänien und Bulgarien.

Eine dritte Gruppe stellen die Länder der ehemaligen Sowjetunion dar, in denen die Situation oft noch komplizierter ist und die Probleme größer sind als das, was wir im mitteleuropäischen Kontext für vorstellbar halten.

Migranten in der Tschechischen Republik

Die gegenwärtige Migrationssituation in Tschechien ist ohne ihre Geschichte nicht zu verstehen. Als Haupttrend lässt sich festhalten, dass wir vom Auswanderungsland zum Transit- und Einwanderungsland geworden sind. Diese Entwicklung verbindet uns in manchem mit Deutschland. Beispielsweise verließen das Gebiet des heutigen Tschechien per Saldo in den Jahren von 1850 bis 1914 1,6 Millionen Menschen. In den Jahren von 1948 bis 1989 waren es wohl mehr als 430.000. Heute aber sieht es so aus, dass mehr Menschen zuziehen, als das Land verlassen. Wir haben damit also einen positiven Wanderungssaldo und sind in diesem Sinne Einwanderungsland. Ende 2002 lebten auf dem Gebiet Tschechiens legal 231.608 Immigranten; von ihnen besaßen ca. zwei Drittel ein Visum für mehr als 90 Tage. Bei diesen Menschen handelt es sich in der Mehrzahl um klassische Wirtschaftsmigranten – um Angestellte und Unternehmer. Ungefähr ein Drittel der Migranten besaß eine Daueraufenthaltsgenehmigung. Das sind Ausländer, die in das Land kommen, um eine Familie zu gründen, oder im Rahmen des Familiennachzugs einreisen.

Die Verbindung zur Geschichte zeigt sich darin, dass besonders die Hauptstadt Prag und die grenznahen Gebiete im Westen die hauptsächlichen Migrationsmagneten waren und sind. Während sie jedoch in der Vergangenheit die Kerngebiete der Ausreise von Migranten darstellten, sind sie heute das Gebiet, in das Ausländer einreisen, beziehungsweise – das gilt vor allem für Prag – durch das sie durchreisen.

Zur Zahl der legal zuziehenden Ausländer müssen wir notwendigerweise auch die Zahl der illegal bei uns lebenden und meistens auch arbeitenden

Migranten hinzuzählen. Ihre Zahl bewegt sich nach gegenwärtigen Schätzungen um die 220.000. Aber wie schwer solche Zahlen zu ermitteln sind, wissen Sie aus eigener Erfahrung. Darüber hinaus gehen wir von ungefähr 100.000 Transitmigranten jährlich aus. Sie sind nur vorübergehend im Land und wollen möglichst schnell weiter in den Westen.

Damit Sie ungefähr eine Vorstellung davon bekommen, wie die Situation momentan in Tschechien aussieht, will ich Ihnen ganz kurz die allerwichtigsten Zahlen nennen: Ende 2002 lebten Migranten vor allem aus folgenden Ländern bei uns:

13.372 aus Vietnam
11.326 aus Polen
10.996 aus der Slowakei
10.704 aus der Ukraine

Unter den ausländischen Migranten stellen die Ukrainer die wichtigste ethnische Gruppe derer dar, die in Tschechien Asyl beantragt haben. Das gilt sowohl längerfristig gesehen als auch in Bezug auf das Jahr 2002. Was die Altersstruktur betrifft, ist die Situation bei uns ähnlich wie in anderen Ländern: Der überwiegende Teil der Zuwanderer hat ein deutlich niedrigeres Durchschnittsalter als die einheimische Bevölkerung. Allerdings: Auch für uns gilt, dass – nach übereinstimmender Auskunft der Wissenschaft³ – mit Einwanderung allein die demographischen Probleme der Überalterung nicht gelöst werden können.

Bei den Einwanderern können wir in Tschechien *zwei Hauptgruppen* unterscheiden: das sind einerseits die Zuwanderer aus dem „Westen“ und andererseits die aus dem „Osten“.

Den Typ „Ost“ repräsentieren zwei Untergruppen: Das sind zum einen die Zuwanderer aus den anderen Transformationsländern Mittel- und Osteuropas, besonders aus der Ukraine, aber auch aus Polen und der Slowakei. Im Jahre 2002 waren es hauptsächlich junge Männer aus diesen Ländern, die häufig mit relativ hoher Bildung auf schlecht bezahlte Handarbeit an-

3 Vgl. Studie der Vereinten Nationen „Replacement 2001“.

gewiesen sind. Sie arbeiten als Hilfsarbeiter auf dem Bau, in der Landwirtschaft sowie in ausgewählten Industriezweigen beziehungsweise im Dienstleistungssektor.

Die zweite Untergruppe bilden Kleinunternehmer oder Quasi-Unternehmer aus Vietnam und China. Sie kamen zu uns am Ende des Kommunismus. Das Regime hatte sie zuvor als internationale Hilfe für Vietnam hierher gebracht. Schon damals gab es eine heftige Diskussion über dieses Phänomen. Sie sind heute mit kleinen Geschäften und im Großhandel auf dem tschechischen Markt tätig. Wenn Sie schon einmal in Tschechien gewesen sind, finden Sie viele dieser Geschäfte, gerade auch im Grenzbereich, aber nicht nur dort.

Die zweite Hauptgruppe sind Zuwanderer aus dem „Westen“. Hier ist der große Anteil von Migranten mit hohen Bildungsabschlüssen signifikant. Im Unterschied zur ersten Gruppe setzen sie diese Bildung auch in ihrer konkreten Arbeit ein. Diese Migranten sind meist gut bezahlt und nehmen qualifizierte Arbeitsplätze ein. Es handelt sich dabei um Manager, Berater, Sprachlehrer usw.

Um gleich ein Vorurteil zu beseitigen: Es zeigt sich auch in der Tschechischen Republik, und zwar vor allem auf der Ebene der Landkreise, dass die ökonomisch motivierten Einwanderer einen positiven Beitrag für die tschechische Wirtschaft leisten. Das gilt auf allen wichtigen Feldern ihres wirtschaftlichen Engagements, und wir müssen das auch in Richtung auf die einheimische Bevölkerung immer wieder betonen. Man kann für unser Land sagen: Die verschiedenen ethnischen Gruppen haben ihre eigenen festen Sektoren auf dem tschechischen Arbeitsmarkt:

- Ukrainer arbeiten hauptsächlich als Hilfskräfte im Bau und teilweise in anderen Sektoren.
- Vietnamesen arbeiten im Kleinhandel, vor allem mit billigem Gemüse, elektronischen Geräten, Schuhen und Kleidung.
- Chinesen arbeiten in Restaurants oder betreiben Großhandel mit Produkten, die typisch sind für die Vietnamesen.

Manche Wissenschaftler sind der Ansicht, die Einflüsse der Immigration auf andere als ökonomische Strukturen seien bisher eher marginal. Den-

noch kann man gewisse Erscheinungen eines neuen soziokulturellen Milieus wahrnehmen. Die Zuwanderer bringen manche Traditionen aus ihren Ländern mit und werden so auch auf lokaler und regionaler Ebene wahrgenommen. Das trifft insbesondere für Prag, Karlsbad, Teplitz, Eisenstein und einige grenznahe Gebiete zu.

Aber wie werden die Zuwanderer von den Einheimischen wahrgenommen? Einige Wissenschaftler sagen aufgrund empirischer Untersuchungen deutlich: Die tschechische Gesellschaft ist xenophob. Fremdenfeindliche Tendenzen belegen verschiedene Umfragen und sind manchmal auch im Alltag wahrnehmbar. Zur Gruppe, die besondere Schwierigkeiten hat, zählen insbesondere die Roma – aber nicht nur sie, im kirchlichen Bereich sind es auch die Ukrainer. Der Bischof ist für die Pastoral der Migranten verantwortlich. So haben wir z. B. einige einheimische Priester für die Vietnamesen gewonnen.

Christentum und Migration

Hier stehen wir vor einem Problem, das uns auch als Kirche herausfordert. Wenn ich mich frage, wo wir als tschechische Kirche überhaupt unsere Aufgabe im Bereich von Migration sehen, dann liegt sie aus meiner Sicht auf verschiedenen Gebieten. Ganz grundlegend sehe ich die Aufgabe der Christen und Kirchen in unserem Land darin, zu einem friedlichen Miteinander von Einheimischen und Zuwanderern beizutragen. Dazu haben wir eine ganze Menge guter Gründe: Wenn wir uns allein nur ein wenig im Alten und Neuen Testament umschaun, finden wir Perspektiven, die auch für heute hoch aktuell sind. Besonders eindrücklich spiegelt die Apostelgeschichte im Pfingstbericht die Vision vom Reich Gottes wider, das alle nationalen Grenzen übersteigt. Gottes Geist ermöglicht es den unterschiedlichsten Völkern, die Botschaft vom Anbruch einer neuen Zeit in der jeweils eigenen Sprache zu vernehmen. So können sie zu einer neuen Einheit in Vielfalt zusammenwachsen.⁴ Daraus wird deutlich, dass sich die Christen von Anfang an berufen fühlten, die Einheit der Men-

⁴ Apg 2,1-14.

schen in der eigenen Gemeinde erfahrbar zu machen. Gott schaut nicht auf die Person. Er ruft vielmehr Menschen aller Völker in sein Reich.⁵ So kann von der christlichen Gemeinde eine Bewegung zur Offenheit ausgehen, die auch andere Teile der Gesellschaft erfasst und enges, national beschränktes Denken und Handeln prinzipiell öffnet.

Den ersten Christen ist die Situation des Fremdseins bekannt, verstehen und erleben sie sich doch auch selbst als Fremde in unchristlicher, oftmals antichristlicher Umgebung. Darüber hinaus versteht Paulus die christliche Existenz auch theologisch als eine Existenz von Fremden, die fern von der Heimat unterwegs sind, fern der endgültigen Gemeinschaft mit Gott.⁶ Das geschwisterliche Leben in der christlichen Gemeinde wird zum Zeichen der möglichen Einheit aller Menschen. Ihre Offenheit Fremden gegenüber und ihre Gastfreundschaft waren gerade entscheidende Kennzeichen christlicher Gemeinden. Christen profilierten sich damit gegenüber anderen Gruppen in ihrer Gesellschaft. Es war natürlich nicht zu erwarten, dass die christlichen Gemeinden damit sofort auch die politischen Strukturen im Römischen Reich veränderten. Das war angesichts ihres geringen politischen Einflusses auch kaum möglich.⁷ Die Verkündigung Jesu hatte aber, obwohl seine Worte und sein Handeln das politische System nicht direkt in Frage stellten, dennoch von Anfang an eine politik- und sozialkritische Wirkung.

Im Neuen Testament wird die innere Einheit der Menschheit als wichtiger Bezugspunkt für den Umgang mit Zuwanderern und Fremden herausgestellt. Das geschwisterliche Leben in der christlichen Gemeinde gilt dabei als beispielhafte Vorwegnahme der realen Einheit. Sie wird als das Ziel jeder menschlichen Ordnung unter den Vorzeichen des Reiches Gottes angesehen. Fremde sollen keine Fremden bleiben. Vielmehr sollen auf diesem Hintergrund auch bisher Fernstehende zu Nächsten werden; ihnen soll grundsätzlich mit Offenheit begegnet werden.

5 Apg 10,34 f.; Röm 2,10 f.; Gal 2,6.

6 2 Kor 5,6.

7 Dies änderte sich mit dem Toleranzedikt von Mailand im Jahre 313.

Lassen Sie mich noch einmal den Papst zitieren: „Entscheidend für die Zugehörigkeit zur katholischen Gemeinschaft ist nicht die Nationalität oder die gesellschaftliche oder ethnische Abstammung, sondern vor allem der Glaube an Jesus Christus und die Taufe im Namen der Allerheiligsten Dreifaltigkeit. Die ‚kosmopolitische‘ Natur des Volkes Gottes ist heute in praktisch jeder Teilkirche sichtbar, denn durch die Migration haben sich selbst kleine und ehemals isolierte Gemeinden in pluralistische und interkulturelle Räume verwandelt.“⁸

Was das nun aber für unsere heutigen Fragestellungen im Zusammenhang internationaler Migrationsbewegungen bedeutet, möchte ich in vier Punkten ansprechen.

1. Wir Christen verstehen unsere Aufgabe darin, dass wir auf die humanitären Aspekte und auf die Nöte der konkreten Migranten in unserem Land hinweisen.
2. Wir müssen uns der neuen Herausforderung der Seelsorge für Migranten stellen. Dabei können wir in Tschechien vielleicht auch von den Erfahrungen der Kirche in Deutschland lernen. Wichtig ist, dass in unseren Gemeinden überhaupt ein Bewusstsein für die Situation der Migranten geweckt wird.
3. Unser politischer Einfluss als Kirche in der Tschechischen Republik ist nicht sehr stark. Aber wir sehen unsere Aufgabe auch darin, dass wir auf die politischen Rahmenbedingungen hinweisen, die die Situation der Migranten beeinflussen. Insbesondere gehört dazu die Bekräftigung: Asylrecht ist Menschenrecht. Wir wollen uns als Christen an der gesellschaftlichen Diskussion über eine humane Zuwanderungs- und Integrationspolitik beteiligen.

Daran knüpft auch mein vierter Punkt an:

4. Wir müssen uns der Frage stellen, wie die auf Dauer bei uns lebenden Migranten in die Gesellschaft integriert werden können. Bei allen Herausforderungen, die vor uns liegen, müssen wir darauf achten, dass

⁸ Vgl. Botschaft (wie Anm. 1), Abschnitt 2.

durch die zunehmende Migration keine Parallelgesellschaften von Einheimischen und Zuwanderern entstehen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Rede von der sogenannten „multikulturellen Gesellschaft“ die Vorstellung fördern könnte, dass es darum geht, dass verschiedene Kulturen einfach nebeneinander leben. Natürlich friedlich, aber eben nebeneinander. Genau darum geht es aber nicht. Die Frage ist, wie die verschiedenen Bewohner unseres Landes unser Land und seine Entwicklung als gemeinsames Projekt verstehen können. Deshalb muss es darum gehen, den Zuwanderern die Identifikation mit der Gesellschaft zu ermöglichen, in der sie neu leben.

Eine solche Identifikation geht natürlich nur über den Weg der Partizipation, der Teilhabe und Beteiligung. Die entscheidende Frage ist, wie Zuwanderer so integriert werden können, dass sie an den Entscheidungsprozessen der Gesellschaft beteiligt sind. Das spielt sich nicht zuletzt auf der lokalen und kommunalen Ebene ab.

Ein Hinweis aus der soziologischen Migrationsforschung scheint mir aber notwendig zu sein: Wir brauchen Geduld; denn Integration ist ein generationenübergreifender Prozess. Wenn ich „Geduld“ sage, meine ich nicht Passivität. Im Gegenteil! Aber wir müssen uns bewusst machen: Insbesondere Einwanderer der ersten Generation orientieren sich in der Regel immer primär an der eigenen ethnischen Gruppe und schaffen sich eine vorwiegend ethnisch geprägte Infrastruktur und Alltagskultur. Das ist etwas völlig Normales und braucht uns auch keine Angst zu machen. Eine Gruppe mit diesem Verhalten wird als „Einwandererkolonie“ bezeichnet. Eine zunehmende Auflösung der Grenzen dieser „Einwandererkolonie“ geschieht in der Regel bereits in der zweiten, zunehmend dann in der dritten Generation, wenn die Kinder in die Kindergärten und Schulen kommen, wenn über die Berufstätigkeit interkulturelle Kontakte entstehen usw.

Wir stehen vor der Frage, wie wir diese Prozesse bei Vietnamesen, Ukrainern und anderen Volksgruppen unterstützen können. Wie kann es gelingen, dass – spätestens – in der zweiten Generation die Integration Fortschritte macht?

Lassen Sie mich wenigstens einige Leitlinien nennen, die mir wichtig erscheinen für das große Feld einer humanen Gestaltung von Migration, Flucht und Integration.

Erstens und noch einmal:

(1) Die Gewährung von Asyl für politisch Verfolgte gilt unbeding.

Das Asylrecht muss als subjektiv einklagbares Menschenrecht gesichert werden. In manchen populistisch gefärbten Diskussionen erscheint es gefährdet. Die Wahrung des Asylrechts für politisch Verfolgte ist ethisch geboten und entspricht auch der Dynamik der neuzeitlichen Menschenrechtsentwicklung.

(2) Zuwanderung soll ermöglicht werden.

Wir können davon ausgehen, dass auch in Zukunft Menschen nach Tschechien und in andere Länder Europas einwandern. Und wir wollen keine „Festung Europa“! Das entspricht nicht unserer europäischen Identität. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass sich Zuwanderung selbst bei striktester Grenzsicherung de facto nicht verhindern lässt. Wenn Zuwanderung nach klar festgelegten Kriterien ermöglicht wird, können Ängste abgebaut werden. Sowohl für die aufnehmende Gesellschaft als auch für die potenziellen Zuwanderer selbst wird die Zukunft kalkulierbarer.

Dabei ist aber zu beachten, dass bloße Einwanderung natürlich kein Menschenrecht ist und darum auch nach Nutzenkriterien gestaltet werden kann. Neben dem eigenen staatlichen Interesse sind auch die möglichen Folgen für das Herkunftsland der Migranten in die Überlegungen mit einzubeziehen. Es ist nicht sinnvoll, die besten Köpfe aus den Entwicklungsländern abzuwerben und diesen durch einen solchen „brain drain“ noch mehr Entwicklungschancen zu nehmen. Immer aber, wenn Menschen einwandern, haben sie auch ein Recht, in Einheit mit ihrer Familie zu leben.

So komme ich zur dritten These:

(3) Die Zuwanderung muss gestaltet, das heißt auch: begrenzt werden.

Die sozialen Probleme der Welt, auch das für einen Mitteleuropäer kaum vorstellbare menschliche Leid von Armut-, Bürgerkriegs- und Umweltflüchtlingen, sind nicht über eine noch so liberale Asyl- oder Einwanderungspolitik lösbar. Das heißt aber auch: Menschen, die aufgrund zerstör-

ter Lebensgrundlagen ihre angestammte Heimat verlassen müssen, bedürfen der Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Sie sind außerdem auch keineswegs freiwillige Migranten.

Über die Nothilfe in konkreten Krisensituationen hinaus sind diese Verhältnisse vor allem eine Herausforderung für die Entwicklungs- und nicht zuletzt die Freihandelspolitik, die allein es den Staaten der Dritten Welt strukturell ermöglichen kann, ihre marginale Position innerhalb des Weltwirtschaftssystems auf Dauer zu verlassen. Diese Fragen sind nicht weniger wichtig als die Fragen der Einwanderungs- und Asylpolitik.

Genauso richtig, wie wir sagen „Einwanderung muss begrenzt werden, weil die Probleme der Menschen damit allein nicht gelöst werden können“, ist zu fordern „Tut endlich mehr für eine internationale gerechte Friedensordnung, damit Menschen ihre Heimatländer nicht mehr verlassen müssen“.

(4) Wir müssen alle Kräfte dafür einsetzen, dass jede Art von Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit überwunden wird.

Und das geht sicher nur über den Weg, dass sich Zuwanderer und Einheimische kennenlernen können und so die Angst voreinander verlieren. Übrigens liegt die Angst oft auf beiden Seiten! Dazu gehört auch, dass darauf geachtet wird, dass Zuwanderer nicht in Quasi-Ghettos leben, sondern die Chance zu nachbarschaftlichen Kontakten mit der einheimischen Bevölkerung besteht.

Lassen Sie mich schließen mit dem Wort unseres Papstes am Ende seiner Botschaft zum Welttag der Migranten 2003: „Der Beistand der Gottesmutter Maria, die selbst in der Stunde abgewiesen wurde, als sie ihren Sohn zur Welt brachte, möge uns ermöglichen, in unserem Leben die Menschwerdung und die immerwährende Gegenwart Christi zu bezeugen, der durch uns sein Werk der Erlösung von allen Formen der Diskriminierung, Zurückweisung und Ausgrenzung in der Geschichte und in der Welt fortsetzt.“⁹ Diese Worte gelten für Tschechien, aber auch für ganz Europa und darüber hinaus.

9 Vgl. Botschaft (wie Anm. 1), Abschnitt 5.

Migration in Europa – Chance oder Gefahr? Analysen und Konzepte aus der Sicht des Europarates

Die Geschichte der Migration, also der Zuwanderung, ist von Mythen und Klischees geprägt, die ein verzerrtes Bild des zugewanderten Fremden, des so genannten Migranten, wiedergeben und zu falschen Vorstellungen über seine Rolle und seinen Wert in der Gesellschaft führen.

Dabei sind die meisten von uns wahrscheinlich selbst zumindest Nachkommen von Migranten. Mein Urgroßvater Jakob Schwimmer hat beispielsweise im Jahre 1882 sein elsässisches Heimatdorf Hochstatt bei Mühlhausen verlassen, um als Rolleauxdrucker in der Textilindustrie mit seiner Familie zuerst nach Paris zu gehen, dann nach Moskau und St. Petersburg, von dort nach Friedland in Böhmen und schließlich nach Hard in Vorarlberg. Die lächerlichen Auseinandersetzungen deutscher und österreichischer Boulevardblätter, ob Mozart und Beethoven nun Deutsche, Niederländer oder Österreicher waren, sind ein weiterer Beweis dafür, dass Wanderung, Zuwanderung, Einwanderung keine neuen Phänomene sind, sondern durchaus über die Jahrhunderte zur europäischen Realität zählen.

Aber wahrscheinlich denken die wenigsten von uns an unseren eigenen Hintergrund, wenn wir Zeitungsberichte über einen elfjährigen Mazedonier lesen, den der Vater in Deutschland in den Bus nach Skopje zur Großmutter setzen musste, weil er aus Deutschland mangels Aufenthaltserlaubnis ausgewiesen wurde, an der österreichisch-slowenischen Grenze wegen eines abgelaufenen Passes von den slowenischen Grenzern mit dem nächsten Bus zurück nach Norden geschickt wurde, und der dann auf

einer österreichischen Autobahnraststätte aufgegriffen wurde, weil er nicht zurück nach Deutschland wollte und den Bus verlassen hatte. Schon gar nicht fühlen wir uns persönlich betroffen, wenn in einem österreichischen Flüchtlingsauffanglager hundert Tschetschenen und Moldawier einen Familienstreit soweit eskalieren lassen, dass ein 25jähriger tot auf dem Hof zurückbleibt. Das bestätigt nur die bereits bestehenden Zerrbilder und Vorurteile.

Die Gesellschaft des Gastlands betrachtet die zugewanderten Ausländer nur zu oft von vorneherein als Außenseiter und als ungebetene Gäste und ist ungern bereit, ihren Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand anzuerkennen. Die Tendenz geht eher dahin, die Verletzlichkeit der Zuwanderer durch diskriminierende Verfahren und Verhaltensweisen auszunutzen und sie in ihrer Rolle als Ausgeschlossene und Außenseiter zu halten. Es überrascht daher nicht, dass den Zuwanderern nichts anderes übrig bleibt, als dem Klischee zu entsprechen, demzufolge sie auf die Gnade der Gesellschaft des Gastlands angewiesen sind und seine Wohltaten eigentlich nicht verdienen. Es gibt kaum ein schlagenderes Beispiel für die eklatant ungerechte Behandlung der Zuwanderer als die im 16. Jahrhundert von venezianischen Edelleuten, die Geld für ihre ehrgeizigen Unternehmungen brauchten, ausgesprochene Einladung an jüdische Bankiers, sich doch unter dem Schutz der Mauern Venedigs niederzulassen. Man war zwar bereit, diese an sich unwillkommenen, aber doch benötigten Fremdlinge aufzunehmen, nicht aber, ihnen das volle Bürgerrecht zu gewähren. Sie wurden gezwungen, sich ausschließlich in einem bestimmten Stadtbezirk, dem „Ghetto“ (guetto, 1536) niederzulassen. Seitdem steht das Wort Ghetto für alle Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit, die Zuwanderer, Einwanderer und ethnische Minderheiten in unserer Gesellschaft antreffen.

Selbst regierungsamtliche Verlautbarungen und Medien vermitteln häufig ein negatives Bild der zugewanderten Ausländer, weshalb die Inländer sich kaum für die oft missliche Lage der Ausländer interessieren und grobe Vereinfachungen übernehmen, etwa, dass es gute und schlechte, aufenthaltsberechtigte und illegale Ausländer sowie echte Flüchtlinge und falsche Asylbewerber gibt. In Wirklichkeit liegen die

Dinge aber viel komplizierter. Viele dieser Ausländer reagierten lediglich auf Ereignisse außerhalb ihrer Kontrolle, die ihnen ein normales Leben in der Heimat unmöglich machten und sie zum Aufbruch in die Fremde zwangen (Hungersnot, Umweltkatastrophen, Zusammenbruch der Wirtschaft, Abholzung der Wälder). Derartige Beweggründe lassen die Zuwanderer nicht immer unter die enge Definition „Flüchtling“ fallen (bei der es nur um die individuelle, aber wohl begründete Angst vor Verfolgung geht).

Als „gute Ausländer“ gelten in diesem Zusammenhang gewöhnlich solche, die wie wir sind, also Menschen, die in Sprache, Kultur, Vorstellungen, ethnischer Herkunft und Hautfarbe uns nahe verwandt sind – kurzum Menschen, die nicht auffallen. Freilich ist auch das nicht immer der Fall. Man denke nur an die Behandlung irischer Gastarbeiter durch die englische Gesellschaft im 19. Jahrhundert, als England beim Eisenbahnbau auf billige Arbeitskräfte angewiesen war. Ein anderes Beispiel in unseren Tagen ist die feindselige Haltung gegenüber ethnischen Russen, die sich gezwungen sahen, aus den unabhängig gewordenen Staaten der ehemaligen Sowjetunion ins russische Mutterland heimzukehren und dort nicht gern gesehen werden, weil sie Konkurrenz auf dem knappen Arbeits- und Wohnungsmarkt darstellen.

Aus „guten Ausländern“ können auch „schlechte Ausländer“ werden, wenn etwa Ausländer anfangs als Gastarbeiter willkommen waren und sich in gewissem Umfang niederlassen durften, aber ihre im Gastland geborenen Kinder nach wie vor als Ausländer angesehen werden.

Bei solchen Vorstellungen stehen sehr schnell die Menschenrechte der zugewanderten Ausländer und vor allem der ihnen geschuldete menschliche Respekt auf dem Spiel. Wenn wir ein objektives und realistisches Bild vom Beitrag der zugewanderten Ausländer zum Wohlstand unserer Länder erhalten wollen, müssen diese falschen Vorstellungen und Klischees überwunden werden. Der Arbeit der Regierungen allein kann dies nicht gelingen, auch nicht den zwischenstaatlichen Gremien und sonstigen offiziellen oder „amtlichen“ Institutionen. Das ist auch, und zwar zu einem großen Teil, Aufgabe der Zivilgesellschaft in Europa, also grob gespro-

chen in den Mitgliedsstaaten des Europarates.¹ Mein Appell lautet daher, dass wir uns alle aktiv um einen diesbezüglichen Wandel zu bemühen und mitzuhelfen haben, um klischeehaften Vorstellungen zu überwinden und einer breiten Öffentlichkeit gewisse Dinge klar zu machen.

Chancen

Eingangs möchte ich betonen: Wir sind fest davon überzeugt sind, dass Zuwanderung beiden zum Vorteil gereicht, dem Zuwanderer sowohl wie dem Land, das ihn aufnimmt.

Betrachten wir nun zuerst die Situation in der richtigen Perspektive: Ein erst vor wenigen Tagen von Europarat und Eurostat² gemeinsam veröffentlichter Bericht über neueste Zuwanderungstendenzen in Europa zeigte für 2002 einen Bevölkerungszuwachs von 0,3 %, wovon drei Viertel auf Zuwanderung entfielen. In jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union (EU) außer in Finnland, Frankreich, Irland und den Niederlanden übertraf die Netto-Zuwanderung den natürlichen Bevölkerungszuwachs; in Deutschland, Griechenland und Italien wäre die Bevölkerung ohne das positive Element der Zuwanderung sogar geschrumpft. Dieser zuwanderungsbedingte Zuwachs beschränkt sich nicht allein auf die EU: Auch in sieben der zehn EU-Beitrittskandidaten war dieses Phänomen zu beobachten, nur nicht in Lettland, Litauen und Polen. Der durch Zuwanderung bedingte Nettozuwachs beträgt für die EU-Länder 3,2 für je 1.000 Einwohner.

Diese Zahlen rechtfertigen die Haltung der für Einwanderungsfragen zuständigen europäischen Minister aller unserer Mitgliedsstaaten, die im Oktober letzten Jahres in Helsinki betonten, dass ein gewisses Maß an Einwanderung erforderlich sei, um dem Bevölkerungsrückgang und der Über-

1 Dazu der Hinweis: Der Europarat zählt seit Frühjahr 2003 nach der Aufnahme von Serbien und Montenegro 45 Mitglieder, von den potenziellen Mitgliedern fehlen nur noch – aus unterschiedlichen Gründen – Monaco und Weißrussland.

2 Statistical Office of the European Communities (Statistisches Büro der Europäischen Gemeinschaften mit Sitz in Luxemburg).

alterung der Bevölkerung entgegenzuwirken. Darüber hinaus wird Einwanderung als Anreiz für Wirtschaftswachstum auf dem Weltmarkt gesehen. Einwanderung kann auch helfen, auf dem Arbeitsmarkt fehlende besondere Qualifikationen zu bekommen, etwa im Bereich der Informationstechnologien, wo immer mehr neuartige Fertigkeiten verlangt werden. Im gleichen Jahr 2002 stellten die für Sozialversicherung zuständigen europäischen Minister ein andauerndes Ansteigen von arbeitsuchenden Zuwanderern in Europa und anderen Teilen der Welt fest. Man war sich einig, dass die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer durch ihre Einbeziehung in die Sozialversicherungssysteme der Gastländer dazu beitragen könnte, einige der Probleme der Sozialversicherung in diesen Ländern zu lösen, indem auch die Ausländer Beiträge einzahlen. Dadurch wäre die Gewähr gegeben, dass die Sozialversicherungssysteme zumindest kurz- und mittelfristig in Bereichen wie der Rentenkasse und dem Gesundheitswesen weiterhin funktionieren und finanziell abgesichert sind. Die Minister waren ferner der Ansicht, dass die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer eines der Mittel sein könnte, um in den Aufnahmeländern ein ausgewogenes Bevölkerungswachstum zu sichern, insbesondere angesichts niedriger oder schrumpfender Geburtenraten und einer Überalterung der Bevölkerung. Dies könnte somit den wirtschaftlichen Aufschwung und den sozialen Fortschritt begünstigen. Diverse Untersuchungen in verschiedenen Ländern widerlegen auch das Vorurteil, dass die ausländischen Arbeitnehmer das Sozialsystem des Gastlandes ausnützen würden. Die Bilanz für das heimische Sozialsystem ist fast immer positiv.

Was umgekehrt die Heimatländer und ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung angeht, so stärken die Geldüberweisungen der im Ausland lebenden Arbeitnehmer die Wirtschaft. In einigen Ländern machen die nach Hause überwiesenen Ersparnisse der Auslandsarbeiter einen beträchtlichen Teil der Ausfuhereinnahmen und Einfuhrausgaben aus. Dazu kommt, dass manche Heimkehrer im Ausland erworbene neue Fertigkeiten und angespartes Kapital mitbringen, was durch Investitionen und Technologie die Wirtschaft im Heimatland ankurbeln kann. Ein gutes Beispiel hierfür liefert ein in Deutschland angelaufenes Programm, das darauf abzielt, mit Unterstützung der Bundesregierung die Erfahrung qualifizierter ausländischer Arbeitnehmer zur Gründung kleiner und mitt-

lerer Betriebe im Heimatland zu nutzen. Gelder wurden einer auf Dauer eingerichteten Kreditanstalt angewiesen und den Personen, welche einen Betrieb gründen (oder kaufen) wollen, Darlehen gewährt, wobei Voraussetzung ist, dass das Ursprungsland als Partner einen gleich hohen Betrag bewilligt. Interessierte Facharbeiter können auf diese Weise ein Darlehen zu niedrigen Zinsen erhalten.

Gefahren

Nichtsdestoweniger muss man zugeben, dass das Phänomen der Zuwanderung auch Risiken und Gefahren mit sich bringt. Zeugen hierfür sind die wachsende Zahl rechtsextremer Parteien in mehreren Ländern und der zunehmende Hang zur Fremdenfeindlichkeit in verschiedenen Mitgliedsstaaten des Europarates. Solche gefährlichen Entwicklungen sind nicht zuletzt auch auf die zwiespältige Haltung mancher Regierungen zurückzuführen, die einerseits die Arbeitskraft der Ausländer nutzten, andererseits ihnen aber – teilweise wider besseres Wissen und aus Furcht vor der öffentlichen und auch einem gewissen Teil der veröffentlichten Meinung – angemessene soziale Rechte verweigerten.

Es lauern aber auch andere Gefahren. Zu den schwerwiegendsten gehören wohl Menschenhandel und Ausbeutung von Menschen, mithin moderne Formen der Sklaverei, die man nicht hinnehmen kann. Der Europarat bereitet zur Zeit ein Übereinkommen zu diesem Thema vor, mit dem besonders die Menschenrechte der Opfer von Menschenhandel gestärkt werden sollen. Das Übereinkommen soll einen umfassenden Rahmen für den Schutz von Opfern und Zeugen und den ihnen zu gewährenden Beistand bieten. Dieser Vertragstext bezweckt die wirksame Verhütung von Menschenhandel, die Untersuchung und Verfolgung entsprechender Delikte sowie die diesbezügliche internationale Zusammenarbeit. Das Übereinkommen wird auch einen Kontrollmechanismus festlegen, um sicherzustellen, dass die Vertragsstaaten sich auch an seine Bestimmungen halten.

Eine weitere Gefahr bilden die heimliche Zuwanderung und die damit zusammenhängende Frage von Ausweisung und zwangsweiser Abschie-

bung: Es wird angenommen, dass sich gut drei Millionen Menschen illegal in den europäischen Ländern aufhalten. Die Zahl der aus bestimmten Ländern abgeschobenen Personen nimmt stetig zu, und nach vorliegenden Informationen hat es den Anschein, dass die Behörden bei 10 % dieser Ausweisungen zu Gewaltmaßnahmen greifen. Nichtregierungsorganisationen berichten in verstärktem Maße von einem damit verbundenen Risiko von Misshandlungen.

Eine andere Gefahrenquelle ist die gegenwärtige Tendenz, die Zuwanderung auf Asylverfahren zu beschränken und die gesetzlichen Garantien im Verfahren zur Statusbestimmung zu reduzieren. Im Zusammenhang damit fehlt es oft an klaren Regeln für die Inhaftierung und Abschiebung von Asylbewerbern. Diese Tendenz weicht von der Genfer Konvention über den Status von Flüchtlingen ab und widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, nach der Folter sowie unmenschliche und entwürdigende Behandlung untersagt sind.

Somit besteht die Gefahr, dass Demokratie und Menschenrechte in den Bestimmungs-, Durchgangs- und Herkunftsländern ernsthaft bedroht sind, sofern ihre Regierungen nicht unter voller Beachtung der Menschenrechte mit einer konzertierten und umfassenden Politik auf Zuwanderungsfragen reagieren. Angelegenheiten wie Asylverfahren, irreguläre Zuwanderung, Schwarzarbeit, die Anwesenheit von Ausländern ohne ordentliche Papiere oder die Abschiebungspolitik einschließlich der Möglichkeit gewaltsamer Abschiebung lassen sich nicht jeweils getrennt und bruchstückhaft regeln; abgesehen davon, dass man sich wirklich fragen muss, ob wir eine Festung Europa wollen – sie funktioniert offensichtlich auch gar nicht!

Zuwanderungspolitik

Aus diesem Grunde hat der Europäische Migrationsausschuss des Europarates im Jahre 2000 das Modell einer Zuwanderungspolitik entworfen, bei dem der Schutz der Menschenrechte die Grundlage für jegliches Handeln in diesem Bereich bildet. Erklärtes Ziel einer solchen Politik ist es,

unter Berücksichtigung der Entwicklungserfordernisse der Herkunfts-, Durchgangs- und Bestimmungsländer eine geordnete Zuwanderung, den sozialen Zusammenhalt sowie die Achtung der Menschenwürde zu gewährleisten.

Diese Politik betont die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Integration der ausländischen Bevölkerung, wobei unterstellt wird, dass Integration Anstrengungen auf beiden Seiten erfordert. Bereits 1996 waren die für Einwanderungsfragen zuständigen europäischen Minister auf ihrer sechsten Konferenz sich darüber einig, dass die Integration von Einwanderern eines der wichtigsten Ziele in allen Staaten mit einem großen Anteil an legal im Lande lebenden Ausländern sein müsse. Im Jahr darauf, 1997, bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Europarates auf ihrem zweiten Gipfeltreffen in der Schlussklärung, dass der soziale Zusammenhalt für ganz Europa zu den vordringlichsten Aufgaben zähle und als wesentliche Ergänzung zur Förderung der Menschenrechte und der menschlichen Würde zu betrachten sei. Die genannte Erklärung betonte auch den Willen, die Rechte der legal im Lande lebenden ausländischen Arbeitnehmer zu schützen und ihre Integration in die sie umgebende Gesellschaft zu erleichtern.

Als Folge dieser Verpflichtungen veröffentlichte der Europarat einen umfassenden Bericht mit dem Titel „Diversity and cohesion: new challenges for the integration of immigrants and minorities“ (Verschiedenheit und Zusammenhalt: neue Herausforderungen für die Integration von Einwanderern und Minderheiten). Darin wird der Grundsatz aufgestellt, dass die Integration von Einwanderern einer der Pfeiler des sozialen Zusammenhalts sei. Der Bericht versucht, Mittel und Wege aufzuzeigen, wie es in der europäischen Gesellschaft gelingen könnte, harmonische Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen herzustellen. Er empfiehlt die Förderung politischer, wirtschaftlicher, kultureller und gesetzlicher Rahmenbedingungen, die einerseits die Verschiedenheit, andererseits aber auch den sozialen Zusammenhalt begünstigen. Dieser Bericht dient derzeit als Grundlage für eine vertiefte Erörterung von Fragen der Integration von Einwanderern und die Auflistung von Problemen und besonders gelungenen Beispielen guter Praxis beim Bemühen um Integration.

Die empfohlene Integrationspolitik berücksichtigt auch die unleugbare Notwendigkeit, Wanderbewegungen zu steuern. Es handelt sich insgesamt um Anregungen für ein umfassendes und zusammenhängendes Paket von langfristigen Maßnahmen im jeweiligen Ursprungs-, Durchgangs- und Bestimmungsland. Ferner sollte die auf Landesebene zu entwickelnde Integrationspolitik auch mit der Politik auf anderen Gebieten (etwa der Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Rechtspolitik usw.) abgestimmt und in Einklang gebracht werden. Eine derart konzertierte Aktion ist wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung und Wirksamkeit der empfohlenen Integrationspolitik.

Strukturen

Einwanderungspolitik darf nicht lediglich auf dem Papier stehen bleiben. Deshalb hat der Europarat die Initiative ergriffen und einen Dialog zwischen Herkunfts- und Durchgangsländern zu Fragen von gemeinsamem Interesse in Gang gebracht. Dieser Dialog soll in Form einer politischen Gesprächsrunde vor sich gehen, welche die verantwortlichen Politiker der Herkunfts-, Durchgangs- und Bestimmungsländer zusammenbringt.

Diese politische Gesprächsrunde wird sich zweimal jährlich treffen und Vorschläge und Lösungsmöglichkeiten für eine umfassende Steuerung von Wanderbewegungen erörtern. Es ist an ein vierseitiges Gesprächsforum gedacht, das nicht nur aus Regierungsvertretern der 45 Mitgliedsstaaten des Europarates und Vertretern der Europäischen Union, von IOM³ und UNHCR⁴ besteht, sondern auch auf nationaler und örtlicher Ebene gewählte Volksvertreter und Vertreter der Zivilgesellschaft einschließt. Die Beteiligung des nichtstaatlichen Sektors ist dabei für den Europarat von grundsätzlicher Bedeutung, denn aus unserer Sicht kommt den nichtstaatlichen Organisationen eine wichtige Rolle zu: Zum einen vertreten

3 International Organization for Migration (Internationale Organisation für Migration mit Sitz in Genf).

4 United Nations High Commissioner for Refugees (der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf).

manche die ausländischen Mitbürger, zum anderen gibt es solche, die sich um eine Verständigung zwischen der einheimischen Bevölkerung und den ausländischen Mitbürgern bemühen. Es freut mich, hier ankündigen zu können, dass diese Gesprächsrunde sich erstmals aus Anlass der nächsten Sitzung des Migrationsausschusses des Europarates zusammenfinden wird, und zwar vom 8.-10. Dezember 2003 in Rotterdam, im Rahmen des niederländischen Vorsitzes unseres Ministerkomitees.

Aber diskutieren allein wird auch zuwenig sein, wir brauchen konkrete Aktion! Der Europarat befürwortet deshalb die Einrichtung einer Stelle oder Agentur für Einwanderungsfragen, die helfen soll, die Beschlüsse der Gesprächsrunde in die Tat umzusetzen. Dieser Gedanke entspricht auch dem ursprünglichen Vorschlag in der Empfehlung 1449 (2000) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, nämlich ein System zur dauerhaften Überwachung und Steuerung von Wanderbewegungen zu schaffen. Hauptaufgabe einer solchen Stelle wäre es, einen Plan für Maßnahmen zur wirksamen Umsetzung der vom Europarat empfohlenen Politik einer geregelten Zuwanderung aufzustellen und Projekte in den verschiedenen, mit der Einwanderungspolitik zusammenhängenden Bereichen vorzuschlagen (Aufnahme, Integration, Rückkehr in die Heimat, Wiedereingliederung in der Heimat usw.). Diese geplante Stelle würde eng mit der IOM, der EU, der Internationalen Arbeitsorganisation, dem UN-Flüchtlingskommissar und der Council of Europe Development Bank (Entwicklungsbank des Europarates) zusammenarbeiten. Die griechischen Behörden haben bereits Interesse gezeigt, die vorgeschlagene Stelle für Einwanderungsfragen in Athen anzusiedeln.

Die Lösung von Problemen, die sich aus der Zuwanderung von Ausländern ergeben, gehört auch zu den vorrangigen Zielen der erwähnten Entwicklungsbank, des finanziellen Arms des Europarates für Sozialprojekte. Die Bank wurde 1956 gegründet, um nach dem Zweiten Weltkrieg einen Beitrag zur Ansiedlung von Flüchtlingen, Verschleppten und Zuwanderern zu leisten. Bis heute hat die Lösung sozialer Probleme, die sich aus der Einwanderung ergeben, laut Satzung Vorrang für die Bank. Zu diesem Zweck verfügt die Bank über beeindruckende finanzielle Mittel: Über 4,3 Billionen Euro wurden zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen für Flücht-

linge, für Wohnungsbauvorhaben für Zuwanderer (auf internationaler wie auf nationaler Ebene), für die Berufsausbildung unzureichend qualifizierter Einwanderer und für Vorhaben zur Eindämmung der Landflucht ausgegeben. Im vergangenen Jahr traf sich der Vorstand der Bank zu einer außerordentlichen Sitzung, um angesichts der in ganz Europa drängenden Fragen der Einwanderungspolitik Zuwanderungsprobleme zu besprechen. Der Vorstand betonte, wie wichtig es sei, die Darlehensbeträge der Bank für Vorhaben im Zusammenhang mit dem Zustrom von Einwanderern aufzustocken und insbesondere hierbei selbstverständlich eng mit dem Europarat zusammenzuarbeiten.⁵

Die Einwanderungsproblematik ist heute eindeutig einer der großen Schwerpunkte des Europarates, und zwar in dem Maße, dass sie womöglich einen der Tagesordnungspunkte beim nächsten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europaratsländer bilden wird. Dieses Thema bietet auch vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EU, was am 17. Juni 2003 in der Zusammenkunft der Spitzen von EU und Europarat, dem griechischen Außenminister als amtierenden Präsidenten, dem Vertreter der Europäischen Kommission, dem moldawischen Außenminister als Vorsitzenden des Ministerkomitees des Europarates und mir als Generalsekretär unserer Organisation ausdrücklich bestätigt wurde.

Ich denke, wir befinden uns auf dem richtigen Weg, aber ohne die Hilfe der europäischen Bürger werden wir nicht weit genug kommen. Ihre Rolle darf nicht allein darin bestehen, darüber zu wachen, dass die Menschenrechte ausländischer Mitbürger nicht verletzt werden. Wir brauchen Informationen über vordringliche Aufgaben und Wahrnehmungen vor Ort. Wir

5 Im Folgenden seien einige Beispiele für Projekte auf dem Gebiet der Einwanderungsproblematik genannt, die von der Bank finanziert wurden: ein 1989 der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährtes Darlehen von 295 Millionen Euro zugunsten von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa, ein 1984 dem Instituto do Emprego e Formação Profissional gewährtes Darlehen von 43 Millionen Euro für die Berufsausbildung von Heimkehrern aus den ehemaligen portugiesischen Kolonien, ein 1979 dem Istituto Promozionale per l'Edilizia in Italien gewährtes Darlehen von 150 Millionen Euro zum Bau von Sozialwohnungen für Zuwanderer aus dem Süden, ein der türkischen Regierung gewährtes Darlehen von 175 Millionen Euro zur Verbesserung der Infrastruktur auf dem Land, um der Landflucht entgegenzuwirken, ein Kroatien gewährtes Darlehen von 69 Millionen Euro zur Unterstützung heimkehrender Flüchtlinge.

brauchen Multiplikatoren, die unsere politischen Vorstellungen verbreiten helfen. Wir müssen uns ein Bild davon machen können, ob die auf dem Papier skizzierte Politik der Wirklichkeit gerecht wird, damit wir sie notfalls anpassen können, falls das nicht der Fall ist. Wichtig ist auch, dass das Bildungswesen zur Toleranz erzieht und interkulturelle Beziehungen fördert.

An dieser Stelle möchte ich – wie bereits eingangs erwähnt – dafür appellieren, im Verein mit den Regierungen und internationalen Gremien den Übergang zu einem toleranten und vorurteilslosen Europa nach Kräften zu unterstützen. Ich bin sicher, dass meine Aufforderung nicht auf taube Ohren stoßen wird. Der Renovabis-Kongress beweist ja schon, wie sehr Sie in diesem Bereich engagiert sind. Ich wünsche mir, dass dieses Ereignis den Beginn einer fruchtbaren Beziehung zu allen hier anwesenden nichtstaatlichen Organisationen darstellt. So hoffe ich, dass Sie bereits bei diesem Anlass ernsthaft überlegen, wie Sie künftig mit dem Europarat zusammenarbeiten können. Weiterhin recht erfolgreichen Verlauf!



Foto: Unger

Migration in Europa – Analyse und Herausforderung

Teilnehmer: Dr. Walter Schwimmer, Straßburg
Miloslav Kardinal Vlk, Prag

Moderator: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz

Prof. Dr. Michael Albus:

Meine beiden Gesprächspartner brauche ich nicht mehr vorstellen. Ihre heutigen Vorträge haben einen Einblick in ihr Denken vermittelt. Mir liegen eine Reihe von Anfragen aus dem Plenum vor, und ich möchte versuchen, sie in Fragen umzumünzen. Herr Schwimmer, können Sie im Klartext einmal deutlich formulieren, was Sie bei der Frage der Migration von den Kirchen konkret erwarten?

Dr. Walter Schwimmer:

Ganz kurz: Meinungsbildung, Verständnis für die Sachlage von Migration. Dass Migration stattfindet, dass Migration nichts an sich Schlechtes ist, dass Migration auch mit Vorteilen verbunden ist. Natürlich sind auch Gefahren damit verbunden, dafür braucht man einen scharfen Blick. Die Kirche kann sehr viel zur Bewusstseins- und zur Meinungsbildung beitragen.

Prof. Dr. Michael Albus:

Gibt es noch darüber hinaus Erwartungen an die Kirchen außer Meinungsbildung, Hilfe in bestimmten Fragen und Hinweis auf Gefahren? Können Sie noch ein bisschen konkreter werden?

Dr. Walter Schwimmer:

Die Kirche ist vom Standpunkt des Staates und vom Standpunkt meiner zwischenstaatlichen, internationalen Organisation ein ganz wesentlicher Teil der Zivilgesellschaft. Und ohne Zivilgesellschaft, ohne Bereitschaft zur Integration sind die Zuwanderungsfragen nicht zu lösen. Findet Integration nicht statt, dann kommt es automatisch zur Ghettobildung; es entstehen Gegensätze, die in Konflikte ausarten.

Prof. Dr. Michael Albus:

Ich fand es sehr sympathisch, dass Sie beide in Ihren Referaten sehr stark die Chancen der Migration betont haben. Sie haben beide auch auf die Gefahren hingewiesen. Und jetzt haben Sie, Herr Schwimmer, gerade gesagt, dass es auch Aufgabe der Kirche sei, in bestimmten Punkten auf die Gefahren hinzuweisen. Herr Kardinal, können Sie einmal aus Ihrer Sicht die Gefahren beschreiben, auch über Tschechien hinaus?

Miloslav Kardinal Vlk:

In den exkommunistischen Ländern und im Westen besteht eine unterschiedliche Situation. Man hat über die Zivilgesellschaft gesprochen, dass sich diese bei uns nicht entfalten konnte, weil die Politiker der neunziger Jahre hier gebremst haben und das Erbe des Kommunismus übermächtig ist. Laieninitiativen konnten sich nicht richtig entwickeln. Insgesamt herrscht bei uns ein ziemlich starkes Denken in einzelnen Gruppen vor, kaum Gemeinsinn.

Wenn man sieht, wie sich bei uns manche Diskussionen entwickeln, sollte man nicht vergessen, dass wir vierzig Jahre Kommunismus hinter uns haben. Die Laien waren immer ein passives Element, besonders in der Kirche. Es reicht nicht, dass Initiativen entstehen und auch die Priester versuchen, die Laienmitarbeit zu stärken. Nötig ist eine innere Wandlung und Änderung der Mentalität.

Prof. Dr. Michael Albus:

Das geht sicher nicht von heute auf morgen. Viel Geduld ist nötig, und das ist auch in Ihren Ausführungen zum Ausdruck gekommen. Ich möchte aber noch einmal nachbohren: Gibt es denn wirklich nicht unterschiedliche Sichtweisen von Staat und Kirche in der Frage der Migration?

Dr. Walter Schwimmer:

Zweifellos gibt es Unterschiede von Staat zu Staat. In meinem Referat erwähnte ich die Beschlüsse von zwei europäischen Ministerkonferenzen. Zum einen waren es die für Einwanderungsfragen zuständigen Minister, zum anderen die für Sozialversicherungsfragen zuständigen Kabinettsvertreter. Sie waren sich auch sehr einig – ich bin aber nicht überzeugt davon, ob jeder von ihnen zu Hause die gleiche Sprache spricht, weil er dann populistisch auf bestimmte Tendenzen in der öffentlichen Meinung eingehen möchte. Wenn dann einmal der Eindruck da ist, Zuwanderung sei gefährlich und bedrohe die Identität, dann ist die Verlockung für Politiker sehr schnell da ...

Prof. Dr. Michael Albus:

... zu sagen „wir stoppen also die Zuwanderung ...

Dr. Walter Schwimmer:

... und wir werden die Grenzen besser kontrollieren und wenn es Missbrauch von Asyl gibt – was es ja auch gibt – dann werden wir gegen einige Asylanten vorgehen.“ Wer nicht länger darüber nachdenkt, applaudiert und stimmt zu. Die Verlockung für eine solche Politik ist da.

Prof. Dr. Michael Albus:

Und was will die Kirche?

Dr. Walter Schwimmer:

Sie möchte ein moralisches Gegengewicht bilden – wenn sie sich traut.

Prof. Dr. Michael Albus:

Herr Kardinal, trauen Sie sich?

Miloslav Kardinal Vlk:

In den letzten Jahren gab es bei uns einen bestimmten Nationalismus in der Politik. Die Politiker haben diese Karte sehr stark gespielt, besonders in den Wahlen und wenn es um die Frage „Tschechen und Deutsche“ ging. Leider muss ich auch sagen, dass man bei uns eine stärkere Trennung von Kirche und Staat anstrebt – darüber sprechen die Politiker heute sehr häu-

fig. Anderswo in Europa spricht man von der Kooperation zwischen Kirche und Staat, weil sie einander brauchen. Bei uns gibt es diese Vorstellung noch nicht.

Prof. Dr. Michael Albus:

Ich denke aber, dass sich diese Frage bei fortschreitender Säkularisierung der Gesellschaft auch im Osten noch verschärfen wird.

Dr. Walter Schwimmer:

Lassen Sie mich noch etwas über den Kontakt der Kirche zu den islamischen Migranten sagen. Seit dem 11. September spricht jeder vom interkulturellen und interreligiösen Dialog. Den gibt es sicher, den gibt es auf der höchsten Ebene, auf internationaler Ebene und auf nationaler Ebene. Ich bin aber nicht sicher, dass er an der Basis stattfindet, und gerade das wäre ganz besonders wichtig für die Integration. Es reicht sicher nicht aus, wenn der Vorsitzende der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich mit dem Vorsitzenden der Katholischen Bischofskonferenz spricht, jedoch der Pfarrer mit dem Vorsteher eines islamischen Gebetshauses vielleicht noch nie Kontakt hatte. Eine der Analysen für die zunehmende Fundamentalisierung islamischer Gemeinschaften in Europa belegt, dass diese im Gefühl der Ausgegrenztheit ihre Ursachen hat. Wenn man sich von der Gesellschaft ausgegrenzt fühlt und als Außenseiter behandelt wird, dann sucht man verstärkt seine eigene Identität. Und wer das auf fundamentalistische Art und Weise predigt, hat mehr Zulauf, und es entsteht auch Aggression dabei. Das könnte aber an der Basis durchaus entschärft werden, wenn dort Kontakte stattfinden. Wenn es in einer katholischen oder evangelischen Pfarrei eine Synagoge gibt und der Pfarrer mit dem Rabbiner hier und da ein Gespräch führt, dann gelingt das. Ob er es mit dem Vorsteher der islamischen Gemeinde auch tut, bezweifle ich eher.

Prof. Dr. Michael Albus:

Dieser Beitrag ist auch ein Hinweis darauf, dass es eben nicht nur mit dem Reden oben und den guten Erklärungen getan ist, sondern dass die Arbeit wirklich unten in den Gemeinden vor Ort geschieht. Bevor ich noch andere Fragen an Herrn Schwimmer habe, gibt es eine Meldung aus dem Publikum.

Dr. Johanna Deimel, München:

Ich greife gerne das Stichwort von Herrn Albus auf: Inwieweit werden die Willenserklärungen im Europarat, die Sie jetzt dargestellt haben, von den betroffenen Staaten tatsächlich umgesetzt? Die Entscheidungsfindung basiert auf Konsens und auf gemeinsamem Meinungs-austausch. Der Europarat hat aber keine direkten Funktionsmechanismen, er ist ein Softpower-Instrument. Inwiefern kann er dann tatsächlich Einfluss nehmen und mehr als Willensbekundungen abgeben? Eine zweite damit verbundene Frage: Welche anderen europäischen Institutionen übernehmen dann diese Aufgabe? Vermag dies etwa der Europäische Menschenrechtsgerichtshof zu leisten?

Dr. Walter Schwimmer:

Sie haben einen Teil der Antwort vorweggenommen, indem Sie auf den Menschenrechtsgerichtshof verwiesen haben. Dieser ist nämlich eine Einrichtung des Europarates. Er ist nicht nur eine moralische zwischenstaatliche Institution, sondern wir können damit tatsächlich auch Veränderungen bewirken. Der Europarat ist mit dem Menschenrechtsgerichtshof der Wächter über die Einhaltung der Menschenrechtskonvention. Die Europäische Folterkommission, eine weitere Einrichtung des Europarates, wacht über die Einhaltung der Europäischen Antifolterkonvention mit sehr weitgehenden Befugnissen, die in der breiten Öffentlichkeit zum Teil völlig unbekannt sind. Sie hat die Befugnis, in allen Mitgliedsstaaten auch Gefängnisse und Polizeistationen unangemeldet zu besuchen. So wurde etwa der inhaftierte PKK-Führer Öcalan schon mehrmals besucht, um die Haftbedingungen zu überprüfen.

Was jetzt nötig ist, wäre die Schaffung einer Stelle, einer Agentur zur Umsetzung einer konzipierten Wanderungspolitik in Europa, die dann ganz konkret jedem einzelnen Land vorschlägt, was zu tun wäre. Also etwa: Was fehlt in der Integrationspolitik in Polen oder in der Integrationspolitik in Österreich, welche Maßnahmen wären sinnvoll, was hat sich anderswo schon bewährt, welche Zuwanderung findet statt, wo gibt es Bedarf an Zuwanderung, wo gibt es Bedarf an Auswanderung und wie kann man den Bedarf in diesen Fällen zusammenbringen? Das braucht ein Management, wenn man es nicht dem reinen Zufall überlassen will. Nur so können dann auch Konflikte verhindert werden.

Prof. Dr. Michael Albus:

Ich habe jetzt noch ein paar Fragen an Sie, die ich ganz gern einfließen lassen möchte. Was macht denn eigentlich die Europäische Union, damit eine europäische Inkulturation nicht eine Dekulturation wird? Als Stichworte werden „Sprache, Religion, Moral“ angeführt. Einen zweiten Komplex haben Sie gerade angesprochen, das Management der Steuerung von Migration. Ist diese Steuerung bei zunehmendem Migrationsfluss aus nicht nur europäischen Regionen, z. B. aus Afrika, realistisch? Es ist ja kein Geheimnis, dass die Menschen in Afrika Schlange stehen, um nach Europa zu kommen. Und drittens: Wie beurteilt der Europarat den Konflikt zwischen der Regierungskoalition und der Opposition in Deutschland in der Reform der Einwanderungsgesetzgebung?

Dr. Walter Schwimmer:

Die Kulturkompetenzen der Europäischen Union sind verhältnismäßig beschränkt, obwohl sie aus meiner Sicht gesehen durchaus viel Geld zur Verfügung hat dafür. Die Lösung liegt meines Erachtens jetzt auch nicht darin, dass die Europäische Union und die Europäische Kommission ihre Kulturkompetenzen ausweiten. Wir haben bereits ein gesamteuropäisches Kulturinstrumentarium – das ist die Europäische Kulturkonvention im Europarat, in der bereits alle 47 Staaten Mitglied sind, also inklusive Monaco, Weißrussland und Heiligem Stuhl. Die Europäische Union sollte, so schlage ich vor, als solche nach der Erweiterung mit ihren 25 Mitgliedern assoziiertes Mitglied des Europarates werden, der Europäischen Menschenrechtskonvention und darüber hinaus der Europäischen Sozialcharta und der Europäischen Kulturkonvention beitreten. Dann würde die Inkulturation gesamteuropäisch stattfinden.

Es wäre allerdings ein Fehler, das alles auf die 25 zu beschränken. Dann wären plötzlich Norwegen oder Bosnien, Albanien, Mazedonien oder Kroatien nicht mehr Europa. Im Gegenteil: Das Ganze muss gesamteuropäisch stattfinden. Die Europäische Union ist kein Staat, wird auch wahrscheinlich nie ein Staat werden, aber immer mehr die Kompetenzen eines Staates bekommen. Für die gesamte Zusammenarbeit muss die Europäische Union an einem Tisch mit den weiteren 22 europäischen Staaten sitzen, daher schlage ich vor, dass die Europäische Union assoziiertes Mitglied im Europarat wird und an allen Aktivitäten voll teilnimmt. Schon

heute gibt es ein hohes Maß an Zusammenarbeit. Ich glaube aber, dass wir eine noch stärkere gesamteuropäische Kulturzusammenarbeit im Sinne des Mottos brauchen, auf das sich auch die EU verpflichtet fühlt: „Einheit in der Vielfalt“. Wir wollen ja nicht nivellieren, wir wollen nicht einen Einheitskulturbrei, sondern wir wollen die Anerkennung der verschiedensten kulturellen Traditionen Europas und gleichzeitig stolz sein auf das, was uns Europäer eint.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ist die Steuerung realistisch? Wir wissen, dass wir zur Steuerung der Migration die außereuropäischen Ursprungsländer brauchen. Diese wissen das auch und sind auch sehr daran interessiert, etwa Marokko, wo sich fast täglich in der Straße von Gibraltar menschliche Dramen abspielen. Marokko ist vielleicht noch mehr interessiert, diese Probleme zu lösen, als vielleicht Spanien in der Europäischen Union oder der Europarat. Diese Länder kommen auch zu unseren Treffen und bringen ihre Anliegen ein. Sie wollen auf der einen Seite, dass die Marokkaner in Europa arbeiten, wollen aber andererseits die Menschen auch nicht auf Dauer verlieren. Da lässt sich durchaus eine Zusammenarbeit entwickeln. Und wenn man legale und geregelte Wege für die Migration findet, kann man auch die Gefahren der illegalen Migration verringern. Migration findet statt, ob wir es wollen oder nicht. Vielleicht lässt sich nicht alles steuern oder regeln, aber es lässt sich meines Erachtens besser steuern und in geordnete Bahnen bringen, als es bisher möglich war.

Zur dritten Frage: Der Europarat mischt sich normalerweise nicht in innenpolitische Diskussionen ein. Ich sage „normalerweise“, denn wenn es um ganz grundsätzliche Fragen der Demokratie oder der Menschenrechte geht, wenn diese auf dem Spiel stehen, dann muss sich der Europarat auch in solche Auseinandersetzungen einmischen.

Prof. Dr. Michael Albus:

Vielen Dank für diese Klärungen! Herr Kardinal, bevor Sie Ihren Gesprächsbeitrag leisten, möchte ich Ihnen eine Frage mit auf den Weg geben. Es gibt da einen Begriff, den Politiker, Kardinäle, Erzbischöfe, Bischöfe und auch alle anderen Leute gebrauchen, das Wort „Zivilgesellschaft“. Können Sie sagen, was das eigentlich ist, können Sie den Begriff mit Inhalt füllen?

Miloslav Kardinal Vlk:

Im Kommunismus war alles von oben geregelt; die starke Partei und der starke Staat haben sich miteinander identifiziert. In der Gesellschaft hat man alles von oben erwartet. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hoffte man – auch vor dem Hintergrund der „Charta 77“ –, dass sich von unten Aktivitäten entwickeln würden. Besonders wichtig ist hier die Subsidiarität, ein Gedanke, der zuerst in der Enzyklika „*Rerum novarum*“ entwickelt worden ist. Man könnte sie auch so umschreiben: „Lassen wir die Menschen das machen, wozu sie fähig sind, lassen wir sie Initiative entwickeln.“ Das verstehe ich unter Zivilgesellschaft. In der Kirche ist es eigentlich dasselbe. Wenn die Mitarbeit der Laien gefördert wird, bedeutet das eigentlich dasselbe wie in der breiten Gesellschaft.

Pfarrer Lothar Weiß, Herne:

Ich bin katholischer Seelsorger und Beauftragter für die Zigeuner im Erzbistum Paderborn. Herr Kardinal, in Tschechien haben wir bezüglich der Roma sehr viele Probleme gesehen. Der tschechische Episkopat hat sich öffentlich auf die Seite der Roma gestellt. Aber mir scheint es, dass da immer noch sehr viel getan werden muss. Meine Frage an die Kirche Tschechiens: Das Land hat Tausende von Roma in die Slowakei deportiert, als sich die Tschechoslowakei auflöste. Tschechien ist weiterhin Durchgangsland, und die Roma werden immer noch verfolgt. Wo steht da die Kirche?

Herr Schwimmer, die Europäische Union wird wahrscheinlich einigen Ländern Mittel- und Osteuropas den Prüfstein vorlegen, was sie mit ihren Minderheiten machen. Das Volk der Zigeuner umfasst ca. acht Millionen Menschen, die zwar keine eigene Staatsangehörigkeit haben, sich aber als ein eigenes Volk fühlen. Was wird konkret getan? Wir bekommen mit dem Zusammenschluss von Europa bestimmt mehrere Millionen Arme dazu. Das ist zu bedenken, denn es geht nicht nur, was vorher erwähnt wurde, um Nützlichkeit von Menschen.

Miloslav Kardinal Vlk:

Für die Roma hat die tschechische Bischofskonferenz Bischof Koukl beauftragt, sich um deren besondere Probleme zu kümmern. Er ist Bischof von Leitmeritz, wo die meisten Roma leben. Man hat die liturgischen

Texte in ihre Sprache übersetzt, und auch im Schulwesen gibt es Fortschritte, etwa durch die Salesianer, die sich in Mährisch Ostrau besonders für die Roma einsetzen. Wir sprechen auch immer wieder die Regierung an und erinnern sie daran, die Rechte der Roma mehr zu achten. Außerdem gibt es ständige Treffen mit den Führern der Roma. Dennoch müsste vonseiten des Staates mehr getan werden. Von der Kirche spüren die Roma keine Ablehnung. Es gibt einen Diakon und sogar auch einen Priester unter ihnen. Wir gehen ihnen mit offenen Armen entgegen, wenn sie getauft werden möchten. Sie spüren keine Feindhaltung oder Diskriminierung.

Dr. Walter Schwimmer:

Wenn es um Minderheitenpolitik geht, ist da ein wichtiger Unterschied zu beachten. Die Europäische Union fordert zwar unter den Beitrittskriterien eine Minderheitenpolitik, hat aber selbst keine Instrumentarien dafür, während der Europarat die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen geschaffen hat, beides als völkerrechtliche Verpflichtungen und Übereinkommen. Praktisch alle osteuropäischen Länder mit namhaften Romaminderheiten haben die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert und die Roma als nationale Minderheit anerkannt. Das ist ein wirklicher Quantensprung in der Minderheitenpolitik dieser Länder gewesen, was in der Vergangenheit nicht der Fall war. Dies gilt auch für die Charta für die regionalen Minderheitensprachen, damit auch für die Roma-Sprachen, wobei es keine einfache Frage ist, ob Romanes als eigene Sprache gilt oder ob es verschiedene Sprachen gibt. Immerhin gibt es in diesem Rahmen Förderungsmaßnahmen; so hat etwa die Slowakei in Nitra einen Lehrstuhl für Unterricht in Romanes geschaffen und Lehrbücher in Romanes aufgelegt.

Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass es dazu nicht bloß nationaler, sondern europäischer Anstrengungen bedarf. Es gibt eigene Roma-Programme des Europarates, in denen wir versuchen, Beispiele guter Praxis für Integrationsmaßnahmen zugunsten der Roma vorzuschlagen. Das Minderheitenproblem der Roma unterscheidet sich etwas von dem Problem anderer nationaler Minderheiten, weil die Roma in ihrer traditionellen Lebensweise durch „unsere“ Lebensweise eher behindert

sind. Während des Kommunismus wurden sie teilweise völlig gedankenlos in Wohnblöcken zwangsangesiedelt, wo sie überhaupt nicht hineingepasst haben oder sich gar nicht integrieren konnten. Sie fühlten sich wie im Gefängnis, und das hat die Probleme noch verstärkt. Immer noch viel zu wenig wird getan! Wenn die Europäische Union sich nach der Erweiterung verstärkt finanziell engagiert, wäre das sicher wünschenswert. Um die Zahlen zu nennen: Der Europarat hat 45 Mitgliedsstaaten und ein Budget von 175 Millionen Euro – die Union hat derzeit 15 Mitgliedsstaaten und ein Budget von 100 Milliarden Euro.

Miloslav Kardinal Vlk:

Ich wollte noch hinzufügen, dass mir in unserer Republik besonders eine stärkere Erziehung zur Solidarität fehlt, eine Erziehung, die damit die Lage der kleinen Minderheiten stärker berücksichtigt. Die Kirche muss da noch mehr Vorbild werden, denn wir haben ja in der Liebe zum Nächsten die Aufforderung dazu. Der Nächste ist gerade der, der nahe ist, ohne Unterscheidung der Hautfarbe, der Herkunft usw. Auf der Ebene des Staates wäre da aber noch viel mehr zu tun.

Prof. Dr. Michael Albus:

Was kann aus Ihrer Sicht die Kirche den Nichtchristen in Europa als Begründungsmuster anbieten, damit Europa einen sozialen, integrativen, friedvollen Kurs zugunsten der Migranten verfolgt? Angesichts der immer mehr säkularisierten Gesellschaften sind die Kirchen da doch direkt gefragt. Besonders problematisch ist es, wenn ich an die illegalen Migranten denke.

Miloslav Kardinal Vlk:

In der Kirche besteht bereits ein Dialog mit den großen Religionen und auch mit den Nichtchristen. Man muss sich allerdings noch besser kennenlernen. Dazu sind wir auf dem Weg. Das alles ist vielleicht noch nicht so stark, aber es geschieht und entwickelt sich. Die illegalen Migranten, besonders aus der Ukraine, habe ich in meinem Vortrag kurz angesprochen. Um diese kümmert sich besonders die griechisch-katholische und die orthodoxe Kirche. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht darin, dass die illegalen Migranten nicht so viele Kontakte mit offiziellen Stellen ha-

ben möchten, denn das ist gefährlich für sie. Wenn sie in die Kirche kommen, so tun sie es eher unauffällig und melden sich auch nicht direkt.

Prof. Dr. Michael Albus:

Und wenn sie kommen, was machen Sie dann?

Miloslav Kardinal Vlk:

Wenn sie kommen, kommt es darauf an, was sie verlangen. Wenn sie um die Sakramente bitten, kann man sie nicht zurückweisen.

Prof. Dr. Michael Albus:

Empfinden Sie das nicht als ein Dilemma? Der Papst schreibt in der „Botschaft zum Welttag der Migrantinnen und Flüchtlinge“, die christliche Pflicht bestehe darin, „jeden Bedürftigen aufzunehmen, der an unsere Tür klopft“.

Miloslav Kardinal Vlk:

Diejenigen, von denen ich gesprochen habe, klopfen selten an, weil sie sich verstecken müssen. Und wenn sie anklopfen, dann handeln wir auch. Wichtiger ist es, dass die Laien zur Hilfe für diese Migrantinnen bereit sind, etwa bei der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten. Gerade da liegen die eigentlichen Probleme.

Dr. Walter Schwimmer:

Die wirkliche Lösung liegt aber doch in verstärkter geregelter Zuwanderung. Allerdings löst sie auch nicht alle Probleme. Ich möchte auf die Vereinigten Staaten von Amerika verweisen: Sie haben mit Ausnahme der mexikanischen Zuwanderung das Problem verstärkter Versuche illegaler Einwanderung mit den Green Card-Lotterien ziemlich in den Griff bekommen. Wenn Menschen die Chance – und in diesem Fall eine verhältnismäßig geringe Chance – haben, legal einwandern zu können, setzen sie diese nicht durch den Versuch einer illegalen Einwanderung auf's Spiel. Dann riskieren sie, dabei erwischt zu werden, und fallen aus der Möglichkeit einer legalen Einwanderung komplett heraus. Das ist sicher eine sehr restriktiv geregelte Zuwanderung, die aber durchaus dazu geführt hat, illegale Zuwanderung einzudämmen.

Miloslav Kardinal Vlk:

Ich war in diesem Frühjahr in Italien. Dort gibt es in Apulien eine Einrichtung, die die Illegalen unterstützt und ihnen zu Papieren verhilft, um den Aufenthalt zu legalisieren. Auch vielen Zwangsprostituierten wird geholfen. Das ist eine große Hilfe, aber ich weiß, dass man nicht alle Schmerzen lindern kann. Immerhin, sie hilft doch vielen, besonders auch denen aus Moldawien.

Erzbischof Dr. Ivan Devčić, Rijeka:

Ich möchte beiden Referenten für ihre informativen Vorträge danken, habe aber doch eine Frage dazu. Ich vermisse eine Ebene des Problems, nämlich das Land, aus dem die Migranten kommen. Hier geht es darum, wie man Migranten helfen soll und welche Vor- und Nachteile sie dem Einwanderungsland bringen – aber was ist mit den Ländern, aus denen sie kommen? Aus Kroatien gibt es eine sehr große Auswanderung, und unser Land leidet sehr darunter. Ganze Dörfer veröden. Darum meine ich, dass man die Diskussion über die Migration vertiefen sollte durch die Beantwortung der Frage, wie man den Ländern, aus denen die Migranten kommen, helfen kann. Das ist die eigentliche Solidaritätsfrage und im Grunde auch die Gerechtigkeitsfrage. Der Heilige Vater hat gerade das in vielen Dokumenten angesprochen.

Prof. Dr. Michael Albus:

Vielen Dank für diese Erweiterung des Themas. Damit ist die Frage der Herkunftsländer angesprochen worden, die politischen Systeme dort, die wirtschaftlichen Zustände, also die Ursachen zum Verlassen des Landes.

Dr. Walter Schwimmer:

Das spricht unmittelbar die Sorge der Europarates an. Warum gibt es denn einen Europarat? Er entstand aus dem Bestreben, Europa auf der Basis der gleichen Grundwerte zu vereinen: pluralistische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Respekt der Menschenrechte. Wenn das überall durchgesetzt wäre, würde man ein wesentliches Motiv für zwangsweise Migration beseitigen, nämlich die politische Instabilität. Ein zweiter wichtiger Punkt sind die sozialen Reformen, ein dritter die wirtschaftliche Prosperität. Was sage ich einem jungen Moldawier, der in einem Land lebt, in dem das

Bruttonationalprodukt pro Person und Jahr bei 500 US-Dollar, also etwa 450 Euro liegt? Selbst wenn er zu den gut Verdienenden in seinem Land gehört, dann bringt er es vielleicht auf 2.000 US-Dollar im Jahr.

Europarat und Europäische Union können gemeinsam diesen Ländern helfen und versuchen, die Ursachen für Migration im Herkunftsland zu beseitigen. Ich habe gesagt, dass Migration nicht nur als Einbahnstraße gesehen werden sollte. Vor Beginn der Migration gab es bei vielen Menschen den festen Wunsch zur Heimkehr, die jedoch in vielen Ländern Ex-Jugoslawiens durch die Kriege, die dort geführt worden sind, zunichte gemacht worden ist. Viele Gastarbeiter in Deutschland und Österreich haben sich in Kroatien, Bosnien und im Kosovo Häuser gebaut, wo sie dann ihren Lebensabend verbringen wollten. Diese Häuser sind nun zerstört, oder es wohnen dort jetzt Flüchtlinge aus anderen Gebieten Ex-Jugoslawiens. Hier kann man durch gezielte Rückführungsprogramme seitens der Europäischen Union helfen, aber es ist ein mühsamer Prozess.

Prof. Dr. Michael Albus:

Aber wie schnell geht das wirklich? Ich selbst kenne eine Familie, die ihren Ruhestand dort verbringen wollte, aber das Haus ist zerstört. Hat der Rückkehrwunsch Aussicht auf baldigen Erfolg?

Dr. Walter Schwimmer:

Nein. Es geschieht immer noch zu wenig dafür. Pater Stjepan Kušan hat ja die Zahlen genannt: Allein in Bosnien sind ca. eine Million Menschen wieder im Land, die nicht in ihre eigenen Häuser zurück können.

Ich möchte noch einmal auf die Folgen der Arbeitsmigration zurück kommen. Speziell nach der Erweiterung wird das für die Europäische Kommission ein Problem werden, weil es ja zur Wettbewerbsverzerrung innerhalb der Europäischen Union führen kann. Die Kommission ist an und für sich verpflichtet, gegen Sozialdumping vorzugehen, und es sind auch Strafen für Unternehmen vorgesehen, die Leute – also meist Migranten – für Billiglöhne einstellen. Das eigentliche Problem ist aber natürlich das der Nachfrage nach Arbeit in den Herkunftsländern. Die Kommission wird an diesen Dingen nicht vorbeisehen können. Wichtig ist es außerdem, dass diese Unternehmen sich zunehmend des einheimischen Managements bedienen und nicht bloß der aus dem Westen Zugereisten. Ich

bin sehr viel in Europa unterwegs, und wenn ich von Frankfurt oder Wien in osteuropäische Städte reise, dann sind die Maschinen Montag früh Richtung Osten voller westlicher Arbeitnehmer, am Freitag abend sind sie in der Gegenrichtung voll. Diese Leute haben also ihren Lebensmittelpunkt nach wie vor im Westen. Eine wirklich sozialverträgliche Führung der Unternehmen werden sie nur schaffen, wenn sie bereit sind, ihren Lebensmittelpunkt ganz in den Osten zu verlegen.

Prof. Dr. Michael Albus:

Vielen Dank. Abschließend möchte ich noch einen Beitrag zu Gehör bringen, dessen Autor ich auch nenne. Er stammt von Pater Hillengass. Er schreibt: Wenn man das Alte Testament und die Geschichte der Völkerwanderung beobachtet, dann müssten die Wanderungen mit all ihren negativen, aber auch positiven Aspekten als eine Grundform menschlichen Lebens erkannt werden und nicht bloß als vorübergehende und leicht zu überwindende Erscheinung und Störung. In dieses Bild gehört übrigens auch die Aus- und Einwanderung aus Europa nach Nordafrika, nach beiden Amerikas und nach Australien. Pater Hillengass weist in dieser schriftlichen Eingabe auf etwas hin, was tatsächlich zu unserer Existenz als Menschen dazu gehört, dass wir von Anfang an solche sind, die unterwegs waren, unterwegs sind und unterwegs bleiben werden.

Am Ende möchte ich Ihnen aus einer relativ unbekanntem Predigt von Albert Schweitzer ein Zitat bringen, das er 1914 vor Konfirmanden in einer Straßburger Kirche verwendet hat: „Im Innern Afrikas hat man eine Krankheit gefunden, die Schlafkrankheit, es ist eine schlimme Krankheit, aber es gibt in Europa auch die Schlafkrankheit der Seele, wenn Menschen in Not sind. Tut alles, wenn ihr auch nur die geringsten Anzeichen davon in euch spürt, dass ihr sie überwindet.“ Ich denke, das ist ein Wort, das auch aus Straßburg kommt, Herr Schwimmer, das wir zum Schluss so stehen lassen sollten.

Ich danke Ihnen allen ganz herzlich. Ich danke für die Beteiligung, und ich denke, Sie haben gemerkt, dass jeder Weg mit dem ersten Schritt beginnt.

Migration und Migranten in Deutschland. Rechtliche Situation – caritative Praxis

Einleitung

Mitte Juli hat in Bonn die „Internationale Organisation für Migration“ (IOM) ihren Weltjahresbericht 2003 vorgelegt. Danach gibt es weltweit rund 175 Millionen Migranten – schon heute ist jeder 35. Mensch „unterwegs“ und soziologisch gesehen ein „Migrant“. Sowohl im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung als auch in der Diskussion um die Verfassung der EU wird heftig und kontrovers um Freizügigkeit und um die Regeln für die Zuwanderung gestritten. Migration ist eines der großen gesellschaftlichen Themen der Gegenwart – es ist auch unser Thema dieses Kongresses.

In meinem Referat versuche ich einen Überblick über die Erfahrungen zu geben, die wir in Deutschland und vor allem auch in der Kirche in Deutschland mit dem großen Aufgabenfeld der Migration gemacht haben. Ich versuche auch die politische Diskussion zu skizzieren, die zur Zeit in un-



Foto: Pinzer

serem Land zu diesem Thema geführt wird. Im Erfahrungsaustausch können diese Fragen weiterverfolgt und vertieft werden.

Einige Zahlen und Fakten zur Geschichte und zur gegenwärtigen Situation

Seit dem Mittelalter bis hinein in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts war auch Deutschland ein Land, aus dem – in unterschiedlichen Schüben und teilweise in großer Zahl – Menschen ausgewandert sind, u. a. in viele Gebiete Osteuropas, dann vor allem in die Länder der Neuen Welt. Mit dem Beginn der Industrialisierung begann dieser Trend sich umzukehren. Aus dem preußischen Osten kamen Menschen, die auch innerhalb des Deutschen Kaiserreiches zu „Fremden“ wurden, bevor sie vor allem im Ruhrgebiet eine neue Heimat fanden; die Bezeichnungen „Ruhrpolen“ und „Ruhrmasuren“ geben auch heute noch sprachlich Zeugnis davon. Vollends kehrte sich dieser Trend aber um seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft Westdeutschlands wurden wie in keinem anderen Industriestaat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch grenzüberschreitende Massenbewegungen geprägt. Ins westliche Nachkriegsdeutschland kamen zwischen dem Kriegsende 1945 und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 etwa 15 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, Flüchtlinge aus der früheren DDR sowie Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa. Außerdem lebten in der „alten“ Bundesrepublik am Vorabend der deutschen Vereinigung 1990 rund 5,2 Millionen ausländische Staatsangehörige.

Insgesamt kann man seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland vier verschiedene Zuwanderungs- bzw. Eingliederungsphasen unterscheiden: Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in West- und Ostdeutschland als Folge des Zweiten Weltkrieges, die Entwicklung von der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte über die „Gastarbeiterfrage“ zum echten Einwanderungsproblem, die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden und die Aufnahme und Eingliederung von Aussied-

lern. In der Begegnung von Einheimischen und Fremden gab es Beispiele von großer Offenheit und Hilfsbereitschaft wie auch von Vorbehalten und Ablehnung.¹

Die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Ausländer liegt gegenwärtig bei etwa 7,3 Millionen. Dies entspricht einem Anteil von 8,9 % der Gesamtbevölkerung, der seit 1998 nahezu konstant geblieben ist.

Zuwanderung ist ein vielschichtiges Geschehen und muss darum differenziert betrachtet werden. Unter anderem sind folgende größeren Zuwanderungsgruppen zu unterscheiden, deren rechtliche Situation und Lebensperspektiven sehr unterschiedlich sind:

- Etwa 15 Millionen Deutsche kamen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus der früheren DDR, aus den ehemaligen deutschen Ost- bzw. Siedlungsgebieten überwiegend in die drei westlichen Besatzungszonen bzw. in die damalige Bundesrepublik Deutschland. Ihre Eingliederung in ein zerstörtes Land ist trotz mannigfacher Schwierigkeiten und Probleme aufs Ganze gelungen, vor allem weil den Einheimischen und den Zuwanderern Sprache, Geschichte und Kultur weithin gemeinsam waren und sind.
- Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und nach dem Bau der Mauer setzte eine neue Phase ein: Mit der Anwerbung von „Gastarbeitern“ aus den Mittelmeerstaaten, aus den Ländern des Balkans und aus der Türkei begann seit 1955 eine eher ökonomisch ausgerichtete Zuwanderung von Ausländern, einschließlich des Familiennachzugs. Sie endete mit dem Anwerbestopp im Jahre 1973. Seitdem ist der Zuzug für Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten nur noch im Rahmen des Ehegatten- und Kindernachzugs und als Arbeitnehmer im sehr eng gesteckten Rahmen des geltenden Anwerbstopps möglich.

1 Vgl. „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“ Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht. Hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland. Bonn, Frankfurt/M., Hannover 1997, Abschnitte 26-28.

- EU-Bürger genießen Arbeitnehmer-Freizügigkeit. Fast die Hälfte der in Deutschland lebenden Ausländer unterliegt schon jetzt unmittelbar dem EU-Aufenthaltsrecht. Diese Quote wird sich durch den Beitritt weiterer Staaten im nächsten Jahr erhöhen; schon jetzt zeichnet sich eine mit der EU-Osterweiterung einhergehende Zuwanderungsdynamik ab, vor allem im Rahmen der Saisonarbeit, der Nahmigration und der ausgedehnten Besuchsmigration.
- Der Status ausländischer Flüchtlinge wird geregelt nach Artikel 16 a des Grundgesetzes in Verbindung mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Nach unserer Verfassung genießen politisch Verfolgte Asyl in der Form eines individuell einklagbaren Rechtes. Als die Zahl der Asylbewerber im Jahre 1992 den Höchststand von 438.000 Personen erreichte, wurde der Geltungsbereich des Artikels 16 unseres Grundgesetzes eingeschränkt: Auf dieses Asylrecht können sich Flüchtlinge, die aus einem sicheren Drittstaat kommen oder über einen sicheren Drittstaat eingereist sind, nicht mehr berufen. Weil Deutschland von sicheren Drittstaaten umgeben ist und damit viele Flüchtlinge zurückgeschickt werden können, ist die Zahl der Asylbewerber entscheidend zurückgegangen; im Jahre 2002 belief sie sich auf 71.000 Personen.
- Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge mit einer temporären Aufenthaltsperspektive waren in den neunziger Jahren vor allem aus den Bürgerkriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien zugewandert. Sie wurden befristet aufgenommen, bis die Kriegs- bzw. Bürgerkriegsgefahr vorüber war. Inzwischen sind die Flüchtlinge aus den Bürgerkriegen in Kroatien und in Bosnien weitgehend zurückgekehrt; die Rückkehr der Flüchtlinge aus dem Kosovo und vor allem die Rückkehr von Angehörigen der Sinti und Roma gestaltet sich jedoch langwierig, zumal sich der Prozess der Aussöhnung, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung nur sehr langsam vollzieht.
- Von daher ergibt sich aus der Situation der zuletzt genannten Gruppen die Gruppe der so genannten „Geduldeten“, etwa 200.000 bis 300.000 Personen. Obwohl sie rechtlich zur Ausreise verpflichtet sind, kann ihre Rückkehr bzw. ihre Abschiebung nicht realisiert werden, zum großen Teil aus Gründen, die die Betroffenen selbst nicht vertreten müssen: Beispielsweise verweigert das Heimatland die Aufnahme, die Sicher-

heit von Leib und Leben ist nicht gegeben oder Krankheit verhindert die Ausreise. Die schwierige Situation der „Geduldeten“ liegt darin, dass viele von ihnen bereits jahrelang in Deutschland leben, allerdings ohne sichere Zukunftsperspektive, weil sie keinen gesicherten Aufenthaltstitel erlangen können.

- Im Rahmen des Kontingentflüchtlingsgesetzes kommt jährlich eine Quote von etwa 12.500 jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion in unser Land.
- Eine bleibende Herausforderung sind die „Boatpeople“, in den achtziger Jahren vor allem aus Vietnam, heute u. a. über das Mittelmeer aus den Ländern Afrikas.
- Die Zuwanderung von Deutschen aus den mittel-, südost- und osteuropäischen Ländern ist eine Besonderheit im deutschen Wanderungs geschehen, eine Rückwanderung in das ursprüngliche Heimatland über Generationen hinweg. Diese „Spätaussiedler“ kommen nach Deutschland, das ihre Vorfahren teils vor Generationen verlassen haben. Die Zuwanderung von deutschen Spätaussiedlern und ihren (ausländischen) Familienangehörigen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion hält weiter an. Sie haben ein Rückkehrrecht, das aber nach einem besonderen Verfahren geregelt wird. Im Jahre 2002 kamen 91.000 Spätaussiedler nach Deutschland.

Die Verteilung innerhalb Deutschlands ist sehr unterschiedlich: Industriell und städtisch geprägte Regionen in den alten Bundesländern weisen wesentlich höhere Anteile an Zuwanderern auf. So liegt der Ausländeranteil in Baden-Württemberg beispielsweise bei 12,2 % (in Stuttgart bei etwa 25 %), in Sachsen-Anhalt hingegen bei 1,7 %.

Von den in Deutschland lebenden 7,3 Millionen Ausländern sind 40 % länger als 15 Jahre in Deutschland, 66 % länger als acht Jahre hier. Mehr als 66 % aller in Deutschland lebenden ausländischen Kinder unter acht Jahren sind hier geboren. Unter den 7,3 Millionen Ausländern in unserem Land sind etwa 3,2 Millionen Muslime; von ihnen kommen etwa 2 Millionen aus der Türkei.

Ursachen der Migration und Herausforderungen in unserem Land

So unterschiedlich die eben genannten Gruppen der Zuwanderer sind, so unterschiedlich sind die Ursachen. Zu den Ursachen zählen vornehmlich Kriege, Bürgerkriege, Menschenrechtsverletzungen durch staatliche und nichtstaatliche Gewalt, Naturkatastrophen und wirtschaftliche Probleme in vielen Teilen der Welt. Niemand verlässt gern seine Heimat. Weil Menschen keine Zukunftsperspektive sehen für sich und ihre Familie, sehen sie sich zur Flucht gezwungen. Neben diesen „Schubkräften“ üben auch die im Vergleich zu den Herkunftsländern besseren Lebensbedingungen in den westlichen Industrieländern eine so genannte „Sogkraft“ aus. Darüber hinaus ist zu bedenken: In einer Zeit, in der alle von der Globalisierung der Finanz- und Wirtschaftsmärkte sprechen, von der Globalisierung der Informations-, der Verkehrs- und der Tourismuskmärkte, in einer Zeit, in der unser Land vom Export geradezu lebt, ist es eine Illusion zu meinen, für den Verkehr der Menschen könnte man die Grenzen hermetisch dicht machen. Das ist eine Selbsttäuschung. Migration – als Einwanderung, Wanderung und Auswanderung – Migranten als Flüchtlinge und Vertriebene, Spätaussiedler und Arbeitsmigranten – gehören zur Wirklichkeit unserer Gesellschaft und zur Wirklichkeit unserer Welt. Das gilt nicht nur für Deutschland, das gilt für Europa und darüber hinaus.

Als in den fünfziger und sechziger Jahren etwa 14 Millionen „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen, von denen etwa 11 Millionen wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind, ging unser Land davon aus, dass diese Gastarbeiter nur vorübergehend hier sind und bald in ihre Heimat zurückkehren. Die Gastarbeiter selbst waren mit diesem Ziel nach Deutschland gekommen, möglichst schnell Geld zu verdienen und sich damit eine Existenz in der Heimat aufzubauen. Diese Sicht erwies sich mehr und mehr als große Selbsttäuschung: Je länger die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland waren, umso mehr fanden sie hier Heimat. Die Kinder und noch mehr die Enkel wurden dem Herkunftsland selbst fremd. Je länger sie hier waren, umso weniger fanden sie den Absprung zu einer Rückkehr. Für den größten Teil der Gastarbeiter ist

Deutschland de facto zur Heimat geworden, obwohl sich Deutschland nie als Einwanderungsland verstanden hat.

Das ist die andere große Selbsttäuschung: Über die Jahrzehnte bis in die letzten Jahre wurde politisch die These vertreten, Deutschland sei kein Einwanderungsland und solle es auch nicht sein. Diese politische These hat wesentlich dazu beigetragen, dass unser Ausländerrecht weithin auf Abwehr eingestellt ist und wir nie ein umfassendes Konzept von Zuwanderung und Integration gehabt haben. Das erweist sich jetzt als großes Defizit.

Migration – Aufgabe der Kirche

Auf die Frage, warum sich die Kirche mit dem Thema „Migration“ beschäftigt, kann und muss sie antworten: Weil ihr das von ihrem Herrn aufgegeben ist.

Unter den Geboten Gottes ist das Schutzgebot gegenüber Flüchtlingen und Fremden eindeutig. Die Begründung liegt in den Erfahrungen, die Israel selbst gemacht hat: „Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr seid selbst in Ägypten Fremde gewesen“ (Ex 23,9). Die katholische Kirche in Deutschland gemeinsam mit der evangelischen Kirche hat versucht, sich dieser Herausforderung zu stellen. Aus den Erfahrungen ihrer Arbeit mit Flüchtlingen und Vertriebenen und als Selbstverpflichtung für die Zukunft haben die beiden Kirchen 1997 ein Gemeinsames Wort erarbeitet: „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“² In diesem Gemeinsamen Wort versuchen die Kirchen eine umfassende Aufarbeitung des gesamten Problemfeldes, um sich so in die öffentliche Diskussion einzubringen.

• *Der Mensch als Abbild Gottes – unantastbare Würde des Menschen*

Grund und Angelpunkt aller Migrationsarbeit in der Kirche ist die Überzeugung von der unantastbaren Würde des Menschen, die letztlich ihren Grund darin hat, dass der Mensch Abbild Gottes ist: „Gott also schuf den

² Genaue Angaben in Anm. 1 (oben S. 114).

Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn, als Mann und Frau schuf er sie“ (Gen 1,27). Diese Aussage gilt absolut und für jeden Menschen. Sie gibt ihm in der gesamten Schöpfung eine unverwechselbare Würde, die ihm von keiner Institution zuerkannt wird und ihm auch folglich von niemandem aberkannt werden kann. Die Würde kommt dem Menschen zu, weil er Mensch ist von Ursprung an.

Das ist keine kirchliche Sondermeinung; sondern in der Geistesgeschichte des Abendlandes ist die Gottebenbildlichkeit eine entscheidende Wurzel, aus der die Würde des Menschen begründet wird. Das ist auch der Hintergrund unserer Verfassung, die die gemeinsame Basis für unser Zusammenleben bildet.

Auf die Erfahrungen der Tragödie des Nationalsozialismus haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes eine dreifache Antwort gegeben, die einen unauflösbaren Sinnzusammenhang bilden:

- In Verantwortung vor Gott und den Menschen.
- Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Nur wo der Mensch in ein letztes, ihm selbst und den anderen entzogenes Geheimnis hineinragt und darin wurzelt, kommt ihm Würde zu, die nicht verfügbar ist. Mit dem Verlust dieser Dimension des religiösen Geheimnisses schwindet auch der Sinn für seine unantastbare Würde. Christliche Migrationsarbeit wird immer wieder diese Wurzel bewusst machen müssen, damit auch in einer säkularen Gesellschaft die unantastbare Würde des Menschen plausibel bleibt.

• ***Kirchliche Migrationsarbeit: Barmherzigkeit und Schutz der Fremden als Gottesgebot***

„Der Mensch ist der Weg der Kirche“ – dieser zentrale Satz von Papst Johannes Paul II. in seiner ersten Enzyklika „Redemptor hominis“ (Nr. 14) lässt keinen Zweifel daran, dass sich die Sorge Gottes um den Menschen in der Kirche Jesu Christi fortsetzen soll.

„Wo ist dein Bruder Abel?“ – Diese Frage Gottes an Kain bleibt überzeitlich aktuell; aktuell bleibt auch die Antwort Kains: „Ich weiß es nicht, bin ich der Hüter meines Bruders?“ (Gen 4,9). Wo diese Grundhaltung um sich greift „Was geht mich der andere Mensch an?“, da wird menschliches Miteinander zerstört, da hat der Mensch kein Zuhause mehr. Vor diesem Hintergrund gehört das Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen zur Mitte der Botschaft des Evangeliums vom Leben: „Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen“ (Ex 23,9) – dieses Wort ist dem alten und dem neuen Israel ins Stammbuch der Bibel geschrieben.

In dieser Tradition stehen Sendung, Leben und Botschaft Jesu. Es geht um den Menschen in allen seinen Dimensionen, in allen seinen Lebensbezügen und sozialen Beziehungen. Fremd und obdachlos zu sein, gehört zu den Grundgefährdungen des Menschen. In Kapitel 25 des Matthäusevangeliums entwirft Jesus das Bild vom Weltgericht, in dem er sagt: „Ich war hungrig, durstig, fremd und obdachlos, nackt, krank, im Gefängnis“ – „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ Das sind die Werke der leiblichen Barmherzigkeit; die Frömmigkeitsgeschichte der Kirche hat später die Werke der geistigen Barmherzigkeit hinzugefügt.

Das Evangelium spricht von der Sorge Gottes um den Menschen, die in Jesus Christus sichtbar geworden ist. Diese Sorge meint den ganzen Menschen in all seinen Dimensionen. Er soll nicht nur heil werden vor Gott, sondern auch heil in seinen Lebensbezügen, in seinen sozialen Beziehungen, nicht mehr ausgegrenzt und fremd sein, sondern Heimat haben dürfen. Indem Gott selbst Mensch geworden ist in Jesus von Nazareth und unser Leben teilt, gerade auch in Flucht und Fremde, identifiziert er sich ausdrücklich mit dem Menschen. Wer immer sich vorbehaltlos und selbstlos auf den Menschen einlässt, hat es auch immer schon mit dem Gott zu tun, der Mensch geworden ist.

Migrationsarbeit der Kirche ist integrativer Teil der Sorge um den Menschen, die der Kirche von Jesus Christus aufgegeben ist.

Migration und Integration als gesellschaftliche Aufgaben – Positionen der Kirche

- *Notwendiger Perspektivwechsel in der Migrationspolitik*

Wie oben dargestellt wurde, hat sich in unserem Land Migration in den verschiedensten Formen und in einem großen Umfange vollzogen, und es ist in diesen Jahrzehnten unwahrscheinlich viel zur Bewältigung dieser Herausforderung geleistet worden. Das muss dankbar anerkannt werden gegenüber allen, die in der Politik, in der Kirche, in den verschiedenen Gruppen und Verbänden verantwortlich mitgearbeitet haben. Dennoch bleibt wahr: Trotz dieser enormen Herausforderung durch das Problem der Migration hat es in unserem Land nie ein umfassendes Konzept gegeben, wie denn das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Sprachen und Kulturen auf Dauer gelingen und gestaltet werden kann. Die lange Zeit normativ vertretene These „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Realität der Einwanderung weithin verdrängt wurde, dass das Ausländer- und Asylrecht bewusst oder unbewusst weithin auf Abwehr von Migranten eingestellt war und ist mit einer sehr komplizierten Regelung von Ausnahmen. Es geht nicht darum, die Grenzen zu öffnen, wie oft unterstellt wird. Aber es gilt auch hier der Grundsatz des heiligen Irenäus „Nihil salvatur, nisi acceptatur“ – „Nichts kann geheilt werden, was nicht zuvor akzeptiert wird“. Nur wenn die Politik die Tatsache der Migration in ihren verschiedenen Erscheinungsformen positiv akzeptiert, wird sie in der Lage sein, Migration zu gestalten und damit den Boden zu bereiten für ein gutes Miteinander der Menschen aus unterschiedlichen Sprachen und Kulturen.

Deutschland *ist* seit Jahrzehnten Einwanderungsland. Migration muss als Wirklichkeit der Gesellschaft und der Zeit akzeptiert werden, um sie aktiv gestalten zu können. Im Gemeinsamen Wort der Kirchen zu den Herausforderungen von Migration und Flucht heißt es: „Migrationspolitik ist Gesellschaftspolitik im weitesten Sinne; Migrationsfragen sind heute nicht mehr Randprobleme, sondern zentrale gesellschaftspolitische Aufgaben und werden ... in ihrer Bedeutung noch zunehmen ... Migrationspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich auf einen möglichst brei-

ten Grundkonsens stützen kann. Sie kann in einer freiheitlichen Demokratie nicht gegen die einheimische Mehrheit durchgesetzt werden, wenn gefährliche Folgen, vor allem zu Lasten zugewanderter Minderheiten, aber auch des politischen Systems insgesamt, vermieden werden sollen. Für ihre Akzeptanz und die der zugewanderten Minderheiten muss mithin ... bei der einheimischen Mehrheit geworben werden.“³ Das ist ein mühsamer Prozess, zumal die Gesellschaft dafür auch unangenehme und bittere Wahrheiten annehmen muss, z. B. dass Deutschland aufgrund der demographischen Entwicklung auf Zuwanderung angewiesen ist. Die Erfahrung der „klassischen“ Einwanderungsländer (wie USA, Kanada oder Australien) lehrt, dass deren Wohlstand u. a. gerade auch auf einer seit Jahrhunderten andauernden kontrollierten Zuwanderung beruht. Einwanderung ist nicht zwangsläufig Bedrohung. Die Kirche in einer pluralen Gesellschaft muss sich in diesen gesellschaftlichen Diskurs argumentativ überzeugend und entschieden einbringen. In der Migrationspolitik ist ein Perspektivwechsel notwendig.

- ***Integration fördern – die bleibende Herausforderung***

Zwischen Migration und Integration besteht ein unlösbarer Zusammenhang: Wer Zuwanderung bejaht, muss sich auch um eine erfolgreiche Eingliederung der bereits Zugewanderten und der Neuzuwandernden bemühen. Je mehr sich Sprache und Kultur der Zuwanderer von der Kultur und den Traditionen des Aufnahmelandes unterscheiden, je mehr sich die Zuwanderer als Minderheit erfahren, desto größer ist die Gefahr, dass „Parallelgesellschaften“ entstehen, vor allem in Ballungsräumen, in denen in bestimmten Stadtvierteln der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung zu einer Form der Ghettobildung führen kann. Diese Tendenz ist vor allem bei Einwanderern aus muslimischen Staaten, etwa der Türkei, zu beobachten, aber auch bei den Angehörigen der Spätaussiedler, die aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion kommen.

3 Gemeinsames Wort (wie Anm. 1), Abschnitt 60.

Integration ist ein vielschichtiger, gesellschaftlicher Prozess, in den alle im Land Lebenden einbezogen sind. Es geht nicht darum, dass Zuwanderer sich einfach an die Mehrheitsbevölkerung assimilieren. Ziel der Integration ist vielmehr, dass Zuwanderer, die auf Dauer in unserem Land leben wollen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können unter Respektierung ihrer kulturellen Vielfalt.

Gemeinsamer Boden und unbedingte Bedingung ist:

- Das Erlernen der deutschen Sprache; sie ist der notwendige Schlüssel, damit überhaupt Begegnung und Kommunikation gelingen können.
- Die Bejahung unserer Verfassung und der damit verbundenen Rechts- und Werteordnung. Sie ist der gemeinsame Rahmen für das Miteinander.

Während die Aufnahmegesellschaft dauerhafte Aufenthaltsperspektiven eröffnet, sind die Zuwanderer ihrerseits gefordert, Deutsch zu lernen und sich mit unserer Lebensart vertraut zu machen und sich darauf einzulassen.

Unsere jahrzehntelangen Erfahrungen in den Förderschulinternaten der Caritasverbände, vor allem für Kinder aus spätausgesiedelten Familien, zeigen: Je umfassender junge Menschen gefördert werden, je mehr man bei ihren eigenen kulturellen Stärken und Ressourcen ansetzt, umso leichter bewegen sie sich sowohl in der fremden Sprache und umso leichter gliedern sie sich in unser gesellschaftliches Leben ein und haben keine Angst um ihre eigene Identität. Das führt zu einer Bereicherung.

• *Die Ausländerseelsorge als Ort der Integration*

Glaubensvermittlung und Glaubenserfahrung gehören zu den Lebensbereichen, die stark von Kultur und Sprache geprägt sind und tief in der Emotionalität der Menschen verwurzelt sind. Das Zweite Vatikanische Konzil hat eindrucksvoll im Sinne des Neuen Testaments von dem neuen Volk Gottes gesprochen, das in allen Völkern der Erde wohnt und aus ih-

nen allen seine Bürger nimmt, sodass es in ihm „nicht mehr Juden und Griechen“ gibt.

Gleich mit Beginn der Gastarbeiteranwerbung hat die Deutsche Bischofskonferenz zur Bischofskonferenz in den Entsendeländern Verbindung aufgenommen und um Priester für die muttersprachliche Seelsorge gebeten. Diese so entstandenen „fremdsprachigen Missionen“ waren für die Arbeitsmigranten und ihre Familien eine wichtige Brücke. In diesen muttersprachlichen Missionen fanden sie in der Fremde eine geistige Heimat; sie erfuhren hier Hilfe und konnten ihren Glauben und ihre eigene Kultur pflegen und wurden zugleich ermutigt, in Kommunikation zu treten mit den deutschsprachigen Gemeinden. Die muttersprachlichen Missionen machen die Universalität der einen Kirche sichtbar und sind eine Bereicherung für die territorialen Pfarrgemeinden. Diese fremdsprachigen Gemeinden sind Teil der Ortskirche und stehen damit in dem vielfältigen Spannungsfeld zwischen Eigenständigkeit, Integration und Anpassung an die deutschsprachige Gemeinde. Sie sind die Chance für die gegenseitige Bereicherung.

Zugleich werden aber auch Probleme sichtbar. Unbewusst wird das Volk Gottes weithin verstanden in nationalen Kategorien. Unbedacht sprechen wir von der deutschen Kirche, der italienischen Kirche und von der polnischen Kirche. Das Zweite Vatikanische Konzil hat es anders gemeint: In der Kirche von Münster und in der Kirche von München gibt es deutschsprachige, polnischsprachige und italienischsprachige Gemeinden. Zu oft leben sie noch nebeneinander. Je mehr sich die unterschiedlichen Gruppen in dieselbe Gemeinde einbringen, auch in der Weise von mehrsprachigen Gottesdiensten, umso mehr gelingt der Prozess der Integration. Die neuen Leitlinien für die Ausländerseelsorge „Eine Kirche in vielen Sprachen und Völkern“⁴ wollen diese Entwicklung fördern.

Muttersprachliche Missionen gab es zu Anfang vor allem für die Arbeitsmigranten aus dem Mittelmeerraum. Inzwischen haben sie sich auch für

4 „Eine Kirche in vielen Sprachen und Völkern.“ Leitlinien für die Seelsorge an Katholiken anderer Muttersprache. Hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 2003.

viele Sprachgruppen aus anderen Ländern etabliert, in denen Renovabis tätig ist (z. B. Albanien, Kroatien, Litauen, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Russland). Aufgrund der besonderen Bedingungen, unter denen die Angehörigen der Gruppe der Zigeuner leben, kommt der Zigeunerseelsorge eine besondere Bedeutung zu. Dazu können Pfarrer Lothar Weiß (Zigeunerseelsorger in der Erzdiözese Paderborn) und Pfarrer József Lankó (Zigeunerseelsorger in der Diözese Pécs/Ungarn) im entsprechenden Arbeitskreis genauere Auskunft geben.⁵

- ***Integration und Recht***

Damit Zuwanderung und Integration gelingen können, bedarf es entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen. Die politische Diskussion hat gezeigt, dass in der Migrationspolitik ein Perspektivwechsel notwendig ist.

Im September 2000 hat der Bundesinnenminister eine „Unabhängige Kommission Zuwanderung“ eingesetzt, die den gesamten Fragekomplex aufarbeiten und Empfehlungen für ein Zuwanderungsgesetz erstellen sollte. In dieser Kommission waren auch die katholische und die evangelische Kirche vertreten. Diese Kommission hat ein umfassendes Konzept erarbeitet: „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“. Ihre Empfehlungen sind allerdings im Regierungsentwurf für ein neues Zuwanderungsgesetz nur halbherzig berücksichtigt worden. Zur Zeit wird der Gesetzentwurf im Vermittlungsausschuss verhandelt. Das Schicksal des Gesetzes ist ungewiss.

Die Empfehlungen der Zuwanderungskommission befassen sich mit drei Schwerpunkten: Instrumente für eine kontrollierte Arbeitsmigration, Aufnahme von Flüchtlingen und Schutzsuchenden aus humanitären Gründen, Integration fördern.

5 Vgl. dazu den Bericht zu Arbeitskreis 5 „Zur Situation der Roma in Mittel- und Osteuropa“ unten S. 197–200.

Ob nach dem Anwerbestopp von 1973 neue Erfahrungen gemacht werden sollen mit einer Politik gesteuerter Zuwanderung und ob in diesem Rahmen einer kontrollierten Immigration gezielt qualifizierte Arbeitskräfte angeworben werden sollen, ist eine Frage des politischen Ermessens, zu der die Kirche nicht ausdrücklich Stellung nimmt.

Die Kirche ist sehr interessiert an einem umfassenden Konzept für die Integration von Zuwanderern. In diesem Feld ist die Kirche seit Jahrzehnten tätig; sie bringt ihre Erfahrungen ein; sie hält diese Aufgabe für notwendig, damit auf Dauer das Miteinander für Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und Sprachen gelingen kann.

Vital betroffen ist die Kirche, wenn es um die Aufnahme von Menschen aus humanitären Gründen geht. Die Kirche setzt sich nachhaltig ein für die Einheit und den Schutz von Ehe und Familie im Sinne der Kernfamilie von Eltern und Kindern. Das bedeutet, dass im Gesetz das Nachzugsalter minderjähriger Kinder gewährleistet werden muss.

- Gerade die Erfahrungen aus den zurückliegenden Kriegen haben deutlich gemacht, dass Frauen und Kinder in besonderer Weise schutzbedürftig sind. Das Schutzniveau der Genfer Flüchtlingskonvention muss diesem besonderen Schutzbedürfnis der Frauen Rechnung tragen. Ähnliches gilt für die erzwungene Beschneidung von Männern. Darum soll die geschlechtsspezifische Verfolgung in diesem Gesetz festgeschrieben werden.
- Die Lebenssituation von Menschen kann so komplex sein, dass auch bei einem besseren Gesetz unzumutbare Bedingungen entstehen können. Darum fordert die Kirche eine praktikable Härtefallregelung.
- Abgelehnte Asylbewerber, die aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, nicht in ihre Heimat zurückkehren können, müssen eine Arbeitserlaubnis erhalten und dürfen nicht in die Sozialhilfe gedrängt werden. Sie brauchen einen rechtlichen Status.
- Auch wenn Jugendliche nicht in Deutschland bleiben können, sondern in ihr Herkunftsland zurück müssen, müssen sie eine Chance zur schulischen Qualifikation und Ausbildung haben; andernfalls werden sie um ihre Zukunft betrogen.

Die Kirche erwartet, dass diese Erfordernisse zum vitalen Schutz der Würde der Menschen nicht wegverhandelt werden. Die Deutsche Bischofskonferenz hat deutlich gemacht, dass hier eine Schmerzgrenze erreicht wird, die bei den Verhandlungen über das neue Zuwanderungsge-
setz nicht überschritten werden darf.

• *Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung*

Unter diesem Titel⁶ hat die Bischöfliche Kommission für Migrationsfragen eine Schrift herausgegeben, um die Aufmerksamkeit auf eine große Gruppe von Menschen zu richten, die es rechtlich gar nicht gibt, die aber dennoch in Deutschland leben. Es sind Menschen, die ohne Aufenthaltserlaubnis in unserem Land sind, sich darum illegal bei uns aufhalten. Ihre Zahl ist unbekannt. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen in einigen typischen Städten und nach den Erfahrungen in den muttersprachlichen katholischen Missionen gehen Fachleute davon aus, dass es zwischen 500.000 und eine Million Menschen sind, vielleicht sogar mehr.

Es handelt sich um Menschen, die Opfer nichtstaatlicher Verfolgung sind, die aber nach deutschem Recht nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden und darum kein politisches Asyl zuerkannt bekommen. Dazu gehören u. a. Flüchtlinge aus den Bürgerkriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien, aber auch Christen, die in muslimischen Ländern diskriminiert und verfolgt werden, allerdings nicht offiziell staatlicher Verfolgung unterliegen. Da gibt es polnische Haushaltshilfen, die sich einige Monate illegal in Deutschland aufhalten, um hier ihr Geld zu verdienen. Dazu gehören Flüchtlinge aus Afrika, die nach fehlgeschlagenem Asylverfahren untergetaucht sind, um nicht abgeschoben zu werden. Dazu gehört auch die große Zahl von Frauen – vor allem aus Ländern Osteuropas, aber auch aus Südostasien –, die Opfer von Menschenhandel geworden sind und in den Ländern Europas in die Prostitution gezwungen werden. Frauen aus Mittel- und Ost-

6 Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung. (Die deutschen Bischöfe – Kommission für Migrationsfragen, 25). Bonn 2001.

europa sind vor allem als Hilfen in privaten Haushalten, aber auch im Hotel- und Gaststättengewerbe tätig, des weiteren auch in der Pflege. Männer aus diesen Regionen üben in der Regel schwere körperliche Arbeit im Bau- oder Speditionsgewerbe aus, häufig weit unter ihrer Qualifikation.

Obwohl es sie rechtlich gesehen gar nicht gibt und sie darum auch von einem Zuwanderungsgesetz kaum erfasst werden können, sind sie Träger unveräußerlicher Menschenrechte. Auch für sie gelten die in der deutschen Verfassung garantierten Menschenrechte. Das Recht des Staates auf eine Kontrolle und Steuerung der Einwanderung darf darum dem Recht der Betroffenen auf Achtung ihrer Menschenrechte nicht einseitig vorgeordnet werden. Das ist zur Zeit nicht gegeben.

Menschen, die sich illegal in unserem Land aufhalten, wagen nicht, zum Arzt zu gehen, weil sie fürchten, aufzufallen und abgeschoben zu werden. Ihre ärztliche Versorgung ist nicht gesichert. Eltern haben Angst, ihre Kinder zur Schule zu schicken, weil sie befürchten, bekannt zu werden und abgeschoben zu werden. Dadurch werden die Kinder von Eltern, die sich illegal in unserem Land aufhalten, um ihre Zukunft betrogen. Sie bleiben ohne schulische Ausbildung. Menschen, die sich illegal in unserem Land aufhalten, sind rechtlos ihren Arbeitgebern ausgeliefert. Obwohl sie oft schwerste Arbeit geleistet haben, werden sie in Konfliktsituationen um ihren Lohn geprellt, verlieren ihre illegale Unterkunft und können ihr Recht auf einen angemessenen Lohn nicht realisieren. Die kirchliche Caritas wie auch die fremdsprachigen Missionen, die diesen Menschen Unterstützung geben, können sich der Mithilfe strafbar machen.

In der o. g. Schrift haben die deutschen Bischöfe das vielschichtige Problem der Menschen, die illegal in unserem Land leben, dargestellt und sich zum Anwalt für diese Menschen gemacht. Diese Stellungnahme der deutschen Bischöfe hat in der Politik ein breites Echo gefunden. Die „Unabhängige Kommission Zuwanderung“ hat die Problematik in ihren Bericht aufgenommen und pragmatische Regelungen gefordert. Leider ist dieses Problem nicht in den Entwurf des Zuwanderungsgesetzes aufgenommen worden. Dennoch macht die Bischöfliche Kommission für Migration auf den verschiedenen politischen Ebenen auf dieses Problem auf-

merksam und fordert pragmatische Lösungen, die den Menschen Schutz vor Ausbeutung und Erpressung gewährt, ohne dass sie sofort mit der Ausweisung rechnen müssen.

Die Kirche setzt sich u. a. für diese Regelungen ein:

- In Notfällen ein auch praktisch durchsetzbares Recht auf Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem und zur medizinischen Versorgung. Im Zweifelsfall muss bei Menschen, die sich illegal in unserem Land aufhalten, die gesundheitliche Versorgung Vorrang haben vor der Frage des Aufenthaltsrechtes. Die Kirche ermutigt Ärzte und Beratungsstellen, ihre Verantwortung und Pflicht für die notwendige Hilfestellung wahrzunehmen.
- Für Kinder und Jugendliche, deren Eltern illegal in Deutschland leben, ist das Recht auf Schulbesuch und Ausbildung zu sichern, ohne dass die Eltern Angst haben müssen, dass sie sofort abgeschoben werden.
- Auch Menschen und vor allem Eltern, die sich illegal in Deutschland aufhalten, haben das Recht auf ein Existenzminimum; ihnen muss ein Rechtsschutz ermöglicht werden im Hinblick auf den vorenthaltenen Lohn, ohne dass sie sofort die Abschiebung riskieren.
- Sowohl die Beratungsstellen der Caritas als auch die fremdsprachigen Gemeinden sind oft Anlauforte für Menschen, die sich illegal in unserem Land aufhalten. Wenn die Kirche in diesen Diensten den betroffenen Menschen hilft, so tut sie dieses aus ihrem eigenen Auftrag und macht sich nicht strafbar.

Dabei sind die Kirchen nicht so blauäugig, dass sie die Probleme übersehen: In Deutschland halten sich viele Menschen illegal auf zu Zwecken der oft organisierten Kriminalität. Dieses Problem muss ernstgenommen werden. Aber die Bekämpfung dieser Kriminalität darf nicht dazu führen, dass die Menschenrechte Unschuldiger eingeschränkt werden.

Bekämpfung der Ursachen von Migration

Anstatt Migration zu fürchten oder gar Migranten zu bekämpfen, ist es dringend erforderlich, die Ursachen von Migration anzugehen. Papst

Johannes Paul II. hat die Sicht der Kirche eindeutig dargelegt. Er widerspricht in drastischen Worten dem Prozess einer „wilden“ Globalisierung, die auf der ganzen Welt immer neue Heerscharen von Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingt. Vor der Akademie der Sozialwissenschaften sagte der Heilige Vater: „Kapital, Güter, Technik und Wissen zirkulieren heute weltweit – und oft ohne Kontrolle. Da tragen Sonderinteressen und die Erfordernisse des Marktes oft den Sieg über das Allgemeinwohl davon. Dem sind die schwächeren Glieder der Gesellschaft wehrlos ausgesetzt. Ganze Völker und Kulturen müssen um ihr Überleben kämpfen. Es ist bestürzend, eine Globalisierung zu sehen, die die Lebensbedingungen der Armen immer schwieriger macht, die nichts beiträgt, um Hunger, Armut und soziale Ungleichheit zu heilen, und die die Umwelt mit Füßen tritt. Diese Aspekte der Globalisierung können zu extremen Gegenreaktionen führen: Zu Nationalismus, zu religiösem Fanatismus, sogar zum Terrorismus.“

Die Kirche in Deutschland beschränkt sich bei ihrem Einsatz für eine gerechtere Welt nicht auf Forderungen und Worte. Mit den bischöflichen Hilfswerken von Misereor, Missio, Adveniat, Caritas und Renovabis bemühen sich die katholischen Christen in Deutschland um Solidarität mit den armen Menschen und leisten zumindest einen kleinen Beitrag, dass Menschen auch in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive haben und ein lebenswertes Leben führen können. Renovabis selbst ist ein Beispiel für diese praktizierte Solidarität in der universalen Kirche. In über 1.200 Projekten wird in den Staaten Mittel- und Osteuropas darum gerungen, den Menschen einen Verbleib in ihrer Heimat zu ermöglichen. U. a. ist zu denken an den Ausbau einer Ausbildungswerkstatt für Straßenkinder in Miercurea-Ciuc in Rumänien; an das Förderprogramm für Rückkehrerkinder in der Region Knin in Kroatien und an die Förderung einkommensschaffender Maßnahmen in Banja Luka in Bosnien-Herzegowina. Auch wenn noch unendlich viel mehr zu tun bleibt, sind diese beispielhaften Projekte mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie ermutigen zu einem Weg in die Zukunft.

Schlussbemerkung und Ausblick

Migration und Migranten in Deutschland – Ich habe versucht, einige Akzente zur rechtlichen Situation in unserem Land deutlich zu machen und die Erfahrungen und die Bemühungen der katholischen Kirche darzustellen, sicherlich bruchstückhaft. Manches ist gelungen, viele Probleme sind noch unerledigt.

Migration und Migranten in Deutschland – das ist heute nicht mehr nur ein deutsches Problem. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und angesichts der Tatsache, dass die Kluft zwischen den reichen Ländern Europas und den armen Ländern vor allem auf der südlichen Halbkugel der Erde wächst, bleibt die Migration eine dauernde Herausforderung. Julius Kardinal Döpfner, nach dem dieses Tagungshaus benannt ist, hat einmal zur Eröffnung der Misereor-Aktion sinngemäß gesagt: Wenn wir nicht lernen und bereit sind, mit den Armen dieser Welt unser tägliches Brot zu teilen, werden sie eines Tages kommen und es uns aus den Händen reißen.

Dieser Kongress ist eine Chance, dass wir gemeinsam die Herausforderung aufgreifen und in einem geeinten Europa gemeinsam darauf hinwirken, dass Europa nicht eine geschlossene Festung wird, sondern seine Verantwortung wahrnimmt für mehr Gerechtigkeit und Frieden in dieser Welt. Das ist die notwendige Voraussetzung, dass Menschen in ihren Heimatländern eine Zukunftsperspektive haben. Ich halte es für notwendig, dass sich die Kirche – jeweils in ihren Ländern und unter ihren Möglichkeiten – überzeugend, nachdrücklich und auch offensiv in die politische Diskussion einmischt, damit die Migrationspolitik ein Teil der Gesellschaftspolitik bleibt und dass sie gestaltet wird in Achtung und Ehrfurcht vor der Würde eines jeden Menschen. Das macht letztlich die Identität eines geeinten Europas aus.

Migration und Migranten in Deutschland

Teilnehmer: Priv.-Doz. Dr. Hacik Gazer, Halle
Gudrun Schneeweiß, München
Weihbischof Dr. Josef Voß, Münster

Moderator: Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Unsere Diskussionsrunde soll die Ausführungen von Herrn Weihbischof Voß ergänzen und fortführen. Ich möchte Ihnen zunächst die beiden anderen Teilnehmer kurz vorstellen. Frau Gudrun Schneeweiß aus München ist aktives Mitglied von „Pax Christi“. Diese katholische Friedensorganisation hat sich sehr intensiv mit Flüchtlings- und Migrationsfragen beschäftigt. Außerdem ist sie Mitglied im „Ökumenischen Netz Bayern“, das sich besonders in den Bereichen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung engagiert. Herr Dr. Hacik Gazer kommt aus Halle, er ist dort Dozent für Kirchengeschichte. Er stammt aus Istanbul, ist armenischer Herkunft und repräsentiert damit ein Volk, das im vergangenen 20. Jahrhundert ein besonders schweres Schicksal erlitten hat. Armenische Gemeinden gibt es heute überall auf der Welt, in Nordamerika, in den Ländern Europas, in der Türkei und im Nahen Osten. Ich danke Ihnen beiden ganz herzlich, dass Sie uns die Gelegenheit geben, aus Ihrem jeweiligen Blickwinkel heraus etwas zur Thematik zu hören. Ich bitte aber auch das Publikum um rege Mitdiskussion.

Gudrun Schneeweiß:

Vielen Dank zunächst für die Möglichkeit, meine Sicht hier einzubringen, gewissermaßen eine Sicht der so genannten Basis. Ich bin im Augenblick

nur einfaches Mitglied von „Pax Christi“. Aktuell bin ich vor allem im „Ökumenischen Netz Bayern“ für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aktiv. Das ist natürlich ein ganz breites Spektrum, wo auch Asyl- und Migrationsfragen Teil der Arbeit sind. Wir sind sehr dankbar, dass es für die Arbeit an der Basis von den Kirchenleitungen gute schriftliche Einlassungen gibt. Diese haben allerdings einen Nachteil: Sie bleiben irgendwo hängen. Sie kommen gerade noch in die mittlere Ebene, auch zu uns als dem gewählten Ständigen Ausschuss. Wir versuchen, sie zu lesen und zu integrieren, aber weiter geht es dann nicht. Viele Leute sagen, die Papierflut sei so groß, sodass der Papierkorb das einzige Heilmittel dagegen sei. Insofern bedeutet für uns die Arbeit für Fremde, für Zuwanderer, für Illegale, für Asylbewerber – jeden Tag neu anfangen, und zwar in der eigenen Umgebung!

Ich kann aus eigener Erfahrung berichten, dass es unwahrscheinlich schwierig ist, gegen alte Vorurteile anzugehen. Die Mitmenschen hierzulande können noch so intelligent sein – aber der Fremde, das ist sozusagen der aus der steinzeitlichen Nachbarhöhle, der mir mein Essen wegnimmt. Diese Mentalität müssen wir bei uns, muss ich jeden Tag zumindest neu in Rechnung stellen. „Bekämpfen“ möchte ich nicht gern sagen, denn das klingt unfriedlich und unchristlich. Wir dürfen uns da aber nicht entmutigen lassen. Und was eben vom „neuen Volk Gottes“ gesagt worden ist, das artikulieren wir im Ökumenischen Netz immer wieder neu. Dennoch, wie schon gesagt, vieles landet ungelesen im Papierkorb, weshalb wir im „Ökumenischen Netz Bayern“ eine Vierteljahreszeitschrift in unterschiedlicher Aufmachung herausbringen, manchmal in rot, manchmal in grün, damit sie besser auffällt. Wer liest denn wirklich täglich in der Zeitung, was passiert? Zum Beispiel, dass in München Familien aus Togo zurückgeführt werden müssen, obwohl sie sich völlig integriert haben. Warum? Weil die so genannte Altfallregelung nicht zutrifft. Der Vater ist leider drei Monate zu spät als Flüchtling nach Deutschland gekommen. Kehrt er heute nach Togo zurück, so landet er morgen im Gefängnis und übermorgen in der Folter, denn er ist ein so genannter politischer Oppositioneller. Togo ist aber für Bayern ein Nichtverfolgungsland. So gibt es zahlreiche Beispiele, um die sich jeder von uns jeden Tag neu kümmern muss.

Das, was wir im Ökumenischen Netz und von „Pax Christi“ aus tun, zielt darauf, Fremdenangst abzubauen oder noch besser gar nicht wirklich

erst aufkommen zu lassen. Wir haben schließlich eine wunderbare Institution auf kirchlicher Ebene, die uns die Vielfalt in der Einheit zeigt, die „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen“. Ihre lokalen Arbeitsgemeinschaften in den Städten und Gemeinden versuchen, Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen zusammenzuführen, damit sie sich gegenseitig kennenlernen und die Gemeinden, so traditionell sie auch sein mögen, darauf einstimmen, dass wir innerhalb Europas Migration haben müssen. Denn auch die Bayern selbst sind ja schließlich ein Volk aus vielen Wurzeln. Das gilt für die Bewohner Münchens, aber auch für das ganze Land.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Vielen Dank, Frau Schneeweiß, für die Rückbindung an die Praxis und die Hinweise auf den Alltag, von denen auch Weihbischof Voß gesprochen hat.

Priv.-Doz. Dr. Hacik Gazer:

Auch ich möchte mich für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken, die mit einem historischen Rückblick beginnen soll. Das armenische Volk und die armenische Kirche haben im Jahre 2001 1.700 Jahre Gründung der Armenischen Apostolischen Kirche gefeiert. Die Kirche und die Hierarchie der Armenischen Kirche sind mit dem Volk durch die Jahrhunderte hindurchgewandert. Die Christianisierung Armeniens wurde 301 am Fuße des heiligen Berges Ararat vollzogen. Dort lebten die Armenier mit ihren kirchlichen Strukturen bis zum 11. Jahrhundert. Nach dem Zusammenprall mit den ersten Türkenstämmen war dort ein Leben nicht mehr möglich, und so wanderte das gesamte armenische Volk vom Stammland nach Kilikien in Kleinasien aus. Tarsos in Kilikien kennen Sie aus der Apostelgeschichte als Geburtsstadt des Apostel Paulus. Unweit von Tarsos gründeten die Armenier im 11. Jahrhundert ein Kirchenzentrum, wo auch das armenische Kirchenoberhaupt, der Katholikos, residierte. In dieser Zeit gab es sehr fruchtbare Begegnungen mit den abendländischen Christen; so wurde sogar dort die lateinische Messe ins Armenische übersetzt. Das armenische Volk konnte aber dort nicht sehr lange bleiben, denn das kilikische Königreich brach bald zusammen. Im 14. Jahrhundert wanderte das Volk zurück in das Kernland, auch die Kirchenleitung, von

der allerdings ein Teil in Kilikien verblieb. Ein weiteres Zentrum der Armenier entstand im 14. Jahrhundert in Jerusalem durch die Gründung des armenischen Patriarchats im Jahre 1311. Vielleicht kennen einige das Jakobus-Kloster in der Altstadt von Jerusalem. Dann wurde das Osmanische Reich gegründet, und so entstand nach dem Untergang des Byzantinischen Reiches 1461 ein weiteres Zentrum, nämlich das Armenische Patriarchat in Konstantinopel. Seit dem 15. Jahrhundert leben die Armenier in verschiedenen Balkanländern wie Bulgarien und Rumänien bis nach Galizien hinein, aber auch bis nach Indien führen die Spuren, selbst nach Venedig oder Amsterdam.

Eine armenische Diaspora gibt es bereits seit vielen Jahrhunderten, der größte Exodus fand aber während des Ersten Weltkrieges statt. In diesen Jahren wurden die Armenier aus ihrem Stammland und aus den von mir erwähnten benachbarten Gebieten, d. h. aus dem gesamten Gebiet der heutigen Türkei in die syrische Wüste vertrieben, viele kamen um. Dabei wurden auch die kirchlichen Zentren zerstört. Damals begann eine Wanderung, die dazu geführt hat, dass Armenier heute in der ganzen Welt leben, auf allen fünf Kontinenten – und die Kirche wandert mit diesem Volk mit.

1920 wurde sozusagen von dem kleinen noch vorhandenen Rest die Sowjetrepublik Armenien gegründet. Auch dort war die Kirche präsent, aber unter sehr massiven Verfolgungen. 1938 wurde der damalige Katholikus Choren I. in seinem Amtssitz ermordet, 1939 in der Republik die Kirche völlig aufgelöst. Sie lebte jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf. Nun mache ich einen großen Sprung in die Jahre 1988/1989 bzw. 1991. In dieser Zeit hat sich ein furchtbares Erdbeben in Armenien ereignet, dem zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen sind. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entluden sich auch ethnische Konflikte im Kaukasus, die bis heute – denken Sie an Tschetschenien – andauern. Ähnliches geschah in der zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittenen Region Berg-Karabach. Hier hat sich die Kirche besonders um die Flüchtlinge bemüht. Mehr möchte ich zunächst nicht sagen.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Vielen Dank für diese historische Einordnung, Herr Dr. Gazer. Weihbischof Voß hat ja schon vorher gesagt, dass wir nicht alle Aspekte anspre-

chen und schon gar nicht in der genügenden Breite würdigen können. Er hat als Beispiel die Frage der Roma genannt, die er nur kurz angerissen hat, aber nicht ausführen konnte. In der Diskussion besteht nun die Gelegenheit, einige dieser Punkte zu vertiefen.

Prof. Dr. Michael Albus, Mainz:

Ich wollte eine Feststellung machen und eine kleine Frage damit verbinden. Herr Weihbischof Voß, Ihr Vortrag und Ihre Argumentation sind schlüssig. Sie argumentieren aus dem Evangelium heraus, und so kann ich mir vorstellen, dass Kirche sprechen soll. Ich habe aber trotzdem ein Problem damit, und zwar: Wie erklären Sie sich, dass diese christliche Sprechweise im Grunde genommen nicht mehr durchkommt? Sie haben in Ihrem Referat eine Bemerkung gemacht, derzufolge das Gefühl für das religiöse Geheimnis schwinde, und da kommt auch die Frage der Würde des Menschen ins Spiel. Ihre beiden Beispiele galten der Zeit des Nationalsozialismus und der Zeit der DDR. Was Sie nicht genannt haben, möchte ich versuchen zu ergänzen: Auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen praktizierten Materialismus. Ich erinnere mich an eine Aussage von Kardinal König noch aus der Zeit des Ostblocks: Der staatliche Materialismus des Ostens sei „genauso gefährlich für den Menschen wie der praktizierte Materialismus des Westens“. Das ist meines Erachtens einer der Gründe dafür, dass die Kirche nicht mehr „ankommt“, was Sie zu Recht beklagen, auch bei denjenigen, die politische Entscheidungen hierzulande treffen – sie setzen die Vorschläge der Kirche nicht mehr oder, wie Sie es ausdrückten, „nur halbherzig“ um.

Ich möchte nun einmal in den Raum stellen, woran es wohl liegt, dass die Kirche, auch wenn sie schlüssig argumentiert, offenbar nicht mehr ernst genommen wird. Ich weiß aus zahlreichen Gesprächen mit jüngeren Abgeordneten aus vielen politischen Parteien, dass ihnen die Position der Kirche ziemlich gleichgültig geworden ist. Woran liegt das wohl?

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Das ist eine sehr weitreichende und grundsätzliche Frage, die Sie natürlich mit Recht stellen. Ich darf sie vielleicht etwas zuspitzen und ergänzen unter Bezugnahme auf eine mir schriftlich vorliegende Frage: Die Zuwanderungsgesetze, die ja gefordert werden und von denen Sie auch ge-

sprochen haben, werden politisch blockiert. Wie ist die Position der Kirche zu dieser Blockade und wie artikuliert sie sich? Das ist ein konkretes Beispiel dafür, dass etwas als richtig und wichtig erkannt worden ist, es aber nicht möglich ist, daraus eine politische Aktion zu machen.

Weihbischof Dr. Josef Voß:

Seitens der katholischen Kirche, aber auch seitens der evangelischen Kirche haben wir uns sehr dafür eingesetzt, dass es zu einem Zuwanderungsgesetz kommt. Auch wenn wir die Gesetzesvorlage an vielen Stellen für ergänzungs- und verbesserungswürdig ansehen, halten wir es für einen wichtigen Schritt, bei dem zum ersten Mal positiv dargestellt wird, dass Migration zur Wirklichkeit unserer Gesellschaft gehört. Zum ersten Mal wird so ausdrücklich gesagt, dass derjenige, der dazu „Ja“ sagt, auch „Ja“ sagen muss zur Integration. Ein erster Anfang ist gemacht, und es gibt durchaus einige Verbesserungen im Hinblick auf die humanitären Möglichkeiten, wenngleich da noch einiges unklar bleibt; deshalb haben wir auch Verbesserungen angemahnt. Ob und wieweit das dann wieder konsensfähig ist, ist eine Frage der Politik.

Die zweite Sache ist die, was sich eigentlich sachlich hinter dem verbirgt, was wir mit Migration beschreiben. Ich habe eben versucht darzustellen, dass darüber keineswegs in unserem Land eine einheitliche Meinung besteht, auch nicht in den Gemeinden und Kirchen. Insofern stimme ich Ihnen zu: Politiker können das sogar noch deutlicher sagen: „Ihr habt ja selbst eure Gemeinden nicht hinter euch.“ Das ist sicherlich wahr. Damit hängt auch zusammen, dass wir in den Gemeinden bisweilen zu wenig gewusst haben, dass sich das Evangelium auch immer wieder im Alltag, im Sozialen, im Rechtlichen, im Umgang mit den Menschen bewähren muss. Es geht darum, dass der ganze Mensch gemeint ist, der heil werden soll – es ist mehr als nur das Seelenheil, der ganze Mensch in all seinen Facetten! Da gibt es sicherlich oft Engführungen.

Was ich jetzt sage, ist meine ganz persönliche Meinung, die ich auch niemandem aufdrängen möchte. Ich denke, dass das, was in der deutschen Verfassung vom Verständnis des Menschen grundgelegt ist, letztendlich in der christlich-jüdischen Tradition wurzelt. Und wenn dieser Zusammenhang zerrissen wird – die Gefahr ist zur Zeit sicherlich da –, dann gibt es einen praktischen, wenn auch nicht immer bewussten Materialismus.

Diese Sorge habe ich, und darum möchte ich gern nicht nur vom Evangelium her argumentieren, sondern auch, wie man sagt, naturrechtlich, d. h. von dem, was unsere Verfassung meint, worauf wir alle festgeschrieben sind. Ich habe den Eindruck, dass da bereits wieder eine Suche im Gange ist, weil viele Menschen spüren, dass hier etwas Entscheidendes fehlt – denn dann ist der Mensch wirklich nur das, was er materiell ist, und das ist zu wenig. Insofern geht das, was ich hier angesprochen habe, über das hinaus, was jetzt einfach „Migrationsarbeit“ bedeutet. Es hat vielmehr etwas mit dem Kern unserer Verkündigung zu tun. Auch in der Kirche frage ich mich manchmal nach dem Fundament. Wir kommen aus einer Zeit, in der Kirche und Gesellschaft eigentlich identisch waren, denn wir wurden praktisch alle als Christen geboren. Wann ist denn eigentlich bei uns Christen auch einmal das geschehen, was im Evangelium als Umkehr zum lebendigen Gott bezeichnet wird? Da fehlt uns, so glaube ich, mehr, als wir meinen. Von der Tradition, die uns bislang getragen hat, wird das nicht immer gehalten. Insofern geht es hier tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes auch um die Frage einer Neuevangelisierung.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Es entwickelt sich eine recht lebhafte Diskussion mit vielen Wortmeldungen. Bitte formulieren Sie daher möglichst knapp und präzise.

Günter Hölter, St. Peter:

Mein Name ist Günter Hölter, ich war lange Zeit Leiter von Caritas International und mit den hier angeschnittenen Fragen ständig konfrontiert. Herr Weihbischof Voß, eine Frage an Sie, und zwar im Kontext der Migration. Sie sagten so selbstverständlich, Aufgabe der Politik sei es, das Gemeinwesen zu gestalten. Dies kann ja in direkter Weise geschehen, und da sind wir Deutschen Meister bis zur Entmündigung der Bürger, aber es kann auch indirekt geschehen. Hat es einmal eine Diskussion darüber gegeben, dass man Lebensbedingungen auf der unteren Basis unseres Gemeindelebens zulässt, indem die Gemeinde Lebensbedingungen für Flüchtlinge und Asylsuchende schafft, um ihnen das Überleben und das Einleben zu ermöglichen? Das wäre für mich ein ganz wichtiger Schlüssel dafür, um zu einer Beruhigung auch der vorhin angesprochenen öffentlichen Meinung zu kommen. Denn wenn man konkret sieht, wie so

etwas funktioniert, dann ändert sich langfristig das Klima. War das einmal Gegenstand in der Arbeit Ihrer Kommission? Hätte es Sinn, dies als Forderung aufzunehmen?

Weihbischof Dr. Josef Voß:

Mein Eindruck ist, dass es in diese Richtung gehen müsste, aber da bräuchte man noch Fleisch zu diesem Knochengerüst.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Ich nehme an, dass Sie das bekommen könnten. Nun steht Pater Hillengass auf meiner Liste.

P. Eugen Hillengass SJ, München:

Die Frage der Glaubwürdigkeit der Kirche – da hängt wirklich viel dran. Als Theologen sind wir gewöhnt, jeweils auf ein Ideal hinzuleben, und tun uns oft sehr schwer damit. Das gilt jetzt auch für diese Zuwanderungsgeschichte, mit einer Sache, bei der wir sagen: Das ist nicht in Ordnung. Wir machen einen Schritt und sehen dann weiter. Wir haben es ja auch bei der ganzen Schwangerschaftskonfliktberatung erlebt, wo es ähnlich gelaufen ist. Wir sind mit einem Ideal nicht durchgekommen, und dann hieß es „besser gar nicht“. Vielleicht wäre es schon wichtig, wenn wir uns daran erinnern, dass wir als sündige Menschen geboren werden, deshalb auch immer unsere Fehler haben und die Gemeinschaft das in Kauf zu nehmen hat, was sie bekommen kann, und nicht bekämpft, was sie nicht kriegen kann.

Dazu gehört nun das, was Frau Schneeweiß gesagt hat, die Basis der Erfahrungen. Konkret geht es um die Erfahrungen mit dem Osten. Als ich in der eigenen Familie durchsetzen wollte, dass wir dort einmal hinfahren, hieß es: Es geht nicht, die Autos werden geklaut, es gibt keine Hotels, es gibt keine Straßen. Nachdem ich es durchgesetzt habe, ist es jetzt zur Tradition in der Familie geworden, jedes Jahr eine Reise in ein anderes Land zu machen. Es kommt auf diese kleinen Erfahrungen an. Ähnliches kann man auch in unserer Heimat erleben. Wenn es uns gelingt, bodenständig und unmittelbar Dinge anzugehen, dann glaube ich, können wir zwar nicht die Welt, aber ein klein wenig unsere Umgebung verändern.

Gudrun Schneeweiß:

Vielen Dank für Ihre Ermutigung, Pater Hillengass. Das ist eine Erfahrung, die mein Mann und ich selbst gemacht haben. Mein Mann stammt aus Nordmähren, 1981 sind wir das erste Mal in die Tschechoslowakei gefahren – voller Angst und immer auf dem Sprung, ganz schnell nach Deutschland oder Österreich zurückzukönnen. Und was geschah? Wir sind mit offenen Armen aufgenommen worden, es war wunderbar. In der Heimat meines Mannes haben sich Freundschaften aufgebaut – und unser Auto ist in Prag nicht gestohlen worden.

Es kommt wirklich auf die Begegnung mit den Menschen selbst an. So war es auch während des Bürgerkriegs in Jugoslawien, wo wir Flüchtlinge auf der Straße kennengelernt haben, und so ist es jetzt auch in der Begegnung mit Aussiedlern aus Russland, mit so genannten Kontingent-Flüchtlingen. Die tägliche Begegnung verändert und bereichert uns und verändert auch den anderen Menschen.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Ein mir schriftlich vorliegender Hinweis erinnert noch einmal an das Problem der Beziehung zwischen dem, was wir als unsere christliche Pflicht verstehen, und den gesetzlichen Bestimmungen, die dem vielleicht entgegen stehen können. Weihbischof Voß hat uns in seinem Referat darauf hingewiesen, dass im Bezug z. B. auf die Caritas die Beratung und die Behandlung der Illegalen ein vielfach auftretendes Problem ist. Dazu ergänzend als Stichwort die Frage „Kirchenasyl – ja oder nein – und wie?“ Außerdem: Wie sieht es mit gesetzlichen Regelungen im Bereich der Menschenrechte bei Abschiebungen aus?

Weihbischof Dr. Josef Voß:

Zunächst greife ich auf das zurück, was Pater Hillengass gesagt hat. Unsere Gesetze, auch wenn sie noch so gut sind, bleiben begrenzt und sind immer nur Ergebnisse von Kompromissen – das ist so in einer Demokratie. Darum sind sie auch dauernd verbesserungsnotwendig. Das wird etwa deutlich am Problem der Menschen, die illegal in unserem Land sind. Dieses ist über Jahre verdrängt und verschwiegen worden, aber in den muttersprachlichen Gemeinden und auch bei der Caritas tauchen die Menschen trotzdem auf. Das war einer der Hauptgründe für uns, das

Thema aufzugreifen. Unsere erste Antwort ist gewesen: Wenn einer von uns ihnen als Kirche und als Caritas hilft – was wir in unserem Auftrag und Selbstverständnis tun –, dann gehen wir davon aus, dass wir uns nicht strafbar machen. In der lebhaften Diskussion in der Kommission wurde dann von den Politikern festgestellt, dass bislang deshalb auch niemand zur Rechenschaft gezogen worden ist.

Es war aber bisher noch nicht möglich, das alles irgendwie rechtlich festzuschreiben. Insofern bleibt eine Grauzone. Unsere Position ist klar: Wer in seiner Aufgabe als Seelsorger und als Mensch in der Caritas hilft, der handelt nicht gegen unser Gesetz, sondern der tut das, was Vorrang hat, bis zum Erweis des Gegenteils. Das ist meine Position. Sicherlich gibt es hier auch echte Konfliktfälle, etwa Entbindung oder Krankheit. Da besagt ein Gesetz, der Arzt dürfe niemanden, der sich illegal aufhält, hier unterstützen, andererseits macht er sich der unterlassenen Hilfeleistung strafbar, wenn er in einer konkreten Situation nicht hilft. Ich sage das jetzt nur deshalb, um anzudeuten, dass es keine umfassende Lösung für alles gibt. De facto verfährt man in einigen Städten und Ländern pragmatisch in folgendem Sinne: Das zuständige Ministerium hat erklärt, Kinder hier illegal lebender Eltern müssen bei der Anmeldung zur Schule nicht auf ihren rechtlichen Status überprüft werden. Auch hat sich eine Reihe von Krankenhäusern und Ärzten bereit gefunden, in akuten Notsituationen zu helfen. Das sind, wie gesagt, pragmatische Lösungen, sie tragen aber dazu bei, im Rechtlichen ein Stück weiterzukommen. Zur Zeit sehe ich keine realistische Chance, das Problem der Illegalität in ein Zuwanderungsgesetz einzubringen. Ich sehe dazu, ganz nüchtern gesagt, keine Mehrheiten. Dann halte ich mich eben an das, was ich habe.

Zum Kirchenasyl: In der Kommission haben wir eine Handreichung erarbeitet, wie wir damit umgehen wollen. Wir sagen ganz nüchtern, dass die Kirche kein rechtsfreier Raum ist. Die Kirche kann auch niemandem eine rechtliche Sicherheit vermitteln – aber es ist die Form eines qualifizierten Protestes, wenn in einer ausweglosen Situation als ultima ratio Menschen von der Kirche in Asyl genommen werden. Wir verheimlichen nicht, wo jemand ist, wir verstecken ihn nicht, das wäre gegen das Gesetz, und die Polizei hätte die Möglichkeit des Zutrittes. Kirchenasyl ist ein Instrument, das bei zu häufigem Gebrauch sehr schnell stumpf wird. In einer konkreten Situation muss abgewogen werden, etwa im Vorfeld

durch Gespräche mit der zuständigen Behörde, um den doch recht großen Eklat des Kirchenasyls zu vermeiden. Man muss alle Möglichkeiten durchspielen, wie man jemandem helfen kann, sodass alle Seiten damit leben können; denn es gibt tatsächlich manchmal die Möglichkeit der Weiterwanderung, es gibt die Möglichkeit einer Duldung, gelegentlich tauchen auch ganz neue Gesichtspunkte auf, sodass das Anerkennungsverfahren neu eröffnet werden muss. Jedenfalls sind auf diesen Wegen viele akute Fälle in einer vernünftigen Weise gelöst werden. Ich sage ganz offen, dass ich für viele Fälle auf Dauer hier kein Bleiberecht sehen kann. Dann müssen wir aber fragen, wie man in einer vernünftigen Weise die Rückkehr vorbereiten und begleiten kann, damit daraus tatsächlich eine neue Chance wird. Das ist meine Position zum Thema „Kirchenasyl“. Es gibt nicht immer ein klares „Ja“ oder „Nein“, sondern es kommt auf die konkrete Situation an. Man sollte das Instrument auf jeden Fall in der Hinterhand bereit halten.

Wie sieht es mit dem Vorrang gesetzlicher Verordnungen gegenüber den Menschenrechten z. B. bei Abschiebungen aus? Die Abschiebungssituation ist in einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, das darf man nicht verkennen. Das hat damit zu tun, dass im Grunde genommen das Problem der Abschiebung oder der Abschiebehaft nicht rechtlich geklärt ist. Es gibt Situationen, in denen Menschen in Strafhaft besser gestellt sind als Menschen in Abschiebehaft. Abschiebehaft wird manchmal als Instrument benutzt, um jemanden zur freiwilligen Ausreise zu zwingen. Deshalb halte ich es für notwendig, dass wir zu einer rechtlichen Klärung und Regelung dessen kommen, was das denn eigentlich ist und wie die Bedingungen in einer solchen Abschiebehaft gestaltet sein müssen – etwa, dass dort keine Minderjährigen untergebracht werden oder dass dort das Besuchsrecht der Angehörigen gesichert wird. All das ist leider noch nicht geklärt. Akut wird es z. B. in den gestern geschilderten Fällen der Menschen aus Bosnien oder der aus dem Kosovo vertriebenen Roma. Wir als Kirche können nur immer wieder darauf drängen, dass klare Regelungen geschaffen werden.

Priv.-Doz. Dr. Hacik Gazer:

Ich möchte ergänzen, dass wir innerhalb unserer kleinen armenischen Diözese in Deutschland mit den Ausländerbeauftragten der einzelnen Orts-

kirchen zusammenarbeiten und dabei große Hilfe und Unterstützung sowohl von der katholischen als auch von der evangelischen Seite erfahren. Diese Zusammenarbeit verläuft wirklich hervorragend.

Gudrun Schneeweiß:

Nur eine kleine Anmerkung: Wir sagen so schnell „Abschiebung“ und „Abschiebehaft“. Was schiebt man denn ab? Müll. Auch bei uns ist eine sprachliche Verwilderung eingetreten. Und in dem Augenblick, wo wir uns dessen nicht bewusst werden und dies mit dem Ausdruck „Möglichkeit zur Rückkehr“ nur verbrämen, dann „befreien“ wir uns von Menschen – da zeigt sich genau, wessen Geistes wir sind. Damit sind wir wieder beim praktischen Materialismus, den Herr Albus angesprochen hat.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Mir liegt ein schriftlicher Hinweis darauf vor, dass die Migration auch im gesamten östlichen Mittelmeerraum eine große Rolle gespielt hat, etwa in der Geschichte der Griechen Kleinasiens, der Randgebiete des Schwarzen Meeres und des Nahen Ostens. Hier gab es bis weit ins 20. Jahrhundert hinein große griechische Gemeinden, die im Zusammenhang der Entstehung der heutigen Türkei fast völlig verschwunden sind – ein weites und in Deutschland kaum bekanntes Thema. Nun ist Renovabis die Solidaritätsaktion für Mittel- und Osteuropa, und der östliche Mittelmeerraum ist damit nicht eigentlich ein Thema dieses Kongresses. Ich danke aber für den wichtigen Hinweis und gebe ihn an Dr. Gazer weiter, denn hier gibt es viele Parallelen zum Schicksal der Armenier.

Priv.-Doz. Dr. Hacik Gazer:

Das Schicksal der Griechen und der Armenier – wie auch vieler anderer Christen im Nahen Osten – ist sehr ähnlich, aber in der begrenzten Zeit möchte ich mich auf das Thema Armenien konzentrieren. Gerade Christen aus dem Westen haben im 19. und frühen 20. Jahrhundert den Christen im Osmanischen Reich beigestanden. Ich möchte hier vor allem an den evangelischen Pfarrer Dr. Johannes Lepsius erinnern, der sich während des Ersten Weltkriegs und danach vehement für die von Ausrottung bedrohten Armenier eingesetzt hat.

Prof. Dr. Dieter Götz, Würzburg:

Mein Name ist Dieter Götz, ich bin Slawist an der Universität Würzburg und möchte eine kurze Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Weihbischof Voß geben, die Ihnen, Frau Schneeweiß, vielleicht in Ihrer praktischen Arbeit helfen könnte. Wenn wir hier oder in Deutschland insgesamt die Diskussion über die Frage „Wieviele Illegale leben bei uns?“ verfolgen, dann scheint mir ein gewisser Wahrnehmungsfehler vorzuliegen, der dadurch gekennzeichnet ist, dass – manchmal auch von politischer Seite – der Eindruck erweckt wird, aufgrund der tatsächlichen oder angenommenen ökonomischen Stärke Deutschlands würden sich die so genannten Illegalen hier konzentrieren und aufhalten. Das ist nicht so, denn aufgrund meiner zahlreichen Reisen zu den östlichen Nachbarn in den letzten Jahren kann ich aus eigenem Augenschein sagen, dass wir es mit einem Prozess zu tun haben, der eben nicht nur Deutschland betrifft.

Wir haben uns inzwischen mehr oder weniger daran gewöhnt, dass z. B. beim Spargelstechen oder bei der Weinlese in Deutschland illegal Polen tätig sind. Wenn man heute in die Ukraine reist, dann lassen sich auf Anhieb zahlreiche Fälle aufzeigen, wo junge Ukrainerinnen entweder zum Beerenpflücken nach Polen gehen oder viel häufiger noch beim neuen Geldadel der großen Metropolen Warschau und Krakau als Stubenmädchen, Haushaltshilfe oder Kindermädchen illegal arbeiten. Seltsamerweise wird in diesen Ländern, zumindest soweit ich die Diskussion verfolgen kann, die Frage der Illegalität dieser ukrainischen, russischen oder auch weißrussischen Menschen in polnischen Haushalten in Polen selber längst nicht mit jener Schärfe in der öffentlichen Diskussion geführt wie bei uns. Ich kann darüber nur zwei Dinge als Vermutung anstellen. Zum einen verlassen diese Menschen ja ihren slawischen Kultur- und Sprachraum nicht, das ist sicherlich ein wesentlicher Punkt. Zum anderen scheint es mir gerade in Polen der Fall zu sein, dass hinter den politischen Eliten all jene gesellschaftlichen Gruppen stehen, die genau von diesen illegalen Ukrainerinnen, Weißrussinnen, Russinnen profitieren, also aus ihrer eigenen Interessenlage heraus überhaupt keine Absicht haben, dieses Thema großartig in der öffentlicher Diskussion zu ventilieren.

Damit, Frau Schneeweiß, möchte ich betonen: Deutschland ist nicht eigentlich das Zentrum in Europa, wo sich solche so genannte Illegale aufhalten, vielmehr handelt es sich ein um einen Verschiebezug, der ir-

gendwo zwischen Moskau und Smolensk beginnt und sich durchzieht durch ganz Europa.

Rossitza I. Dikova, Münster/Sofia:

Mir geht es um die orthodoxen Gemeinden in Deutschland. Meine Kirche gehört der KOKiD, der „Kommission der Orthodoxen Kirche in Deutschland“, an. Meine Frage lautet: Gibt es eine Zusammenarbeit mit der KOKiD oder mit orthodoxen Gemeinden, wenn man weiß, dass 80 % oder sogar 90 % der Mitglieder Migranten sind?

Walgildis Keilbart, Passau:

Ich bin in der Kommission „Eine Welt“ im Katholischen Deutschen Frauenbund tätig und hätte eine Frage an Frau Schneeweiß. Es ist wichtig, sich aufeinander zuzubewegen, und Sie haben auch schon gesagt, wie schwierig das im Alltag ist. Wir haben uns mit dieser Thematik bereits auf der Landesebene befasst, wo sie sehr gut aufgenommen worden ist. Auch in der Diözese Passau haben wir mit viel Mühe und Energie ein Projekt unter dem Thema „Wer sich kennt, ist sich nicht fremd“ vorbereitet. Darin sollten auch Fragen wie Asyl und Migration angesprochen werden. Das Ganze musste dann aber wegen viel zu geringer Beteiligung abgesagt werden. Das war sehr frustrierend und hat mich stark zurückgeworfen. Daher meine Frage: Haben Sie eine Idee, wie man die Leute auf der unteren Ebene mobilisieren könnte?

Gudrun Schneeweiß:

Sie sprechen genau das an, was uns zur Zeit auch umtreibt: ein gewisser Frust. Man versucht etwas zu tun, man organisiert – und man darf absagen. Das ist mir kürzlich auch mit einem Studientag passiert. Es ist im Augenblick eine gewisse Trägheit auf Seminar- oder Studientageebene eingetreten. Die Alten, die schon lange dabei sind, sagen: „Das wissen wir alles schon.“ Bei den jungen Leuten ist es so, dass sie oft einfach keine Zeit im alltäglichen Berufskampf haben. Wie man da etwas ändern kann, weiß ich auch nicht so recht.

Vielleicht noch etwas zum Stichwort „praktizierter Materialismus“. Ich weiß von unseren eigenen fünf Söhnen, wie es da zugeht. Ich habe nur die

eine Hoffnung, dass wir, wenn wir uns nicht klein kriegen lassen, immer wieder anfangen und zuletzt doch einen kleinen Schritt weitergehen können. Das Programm „Lade deinen Nachbarn ein“ der evangelischen Kirche ist ein gutes Beispiel dafür. Die Gemeinden haben damit angefangen und es dann liegen gelassen. Wir müssen es wieder aufnehmen, und zwar von Familie zu Familie, von kleiner Gemeinschaft zu kleiner Gemeinschaft. Ich gebe die Hoffnung einfach nicht auf.

Weihbischof Dr. Josef Voß:

Die Bedeutung dieser Initiative „Lade deinen Nachbarn ein“, die in der „Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen“ entwickelt worden ist, möchte ich hervorheben. Ihr Vorteil ist, dass sie tatsächlich ganz unten unter den Menschen anfängt, und es gibt durchaus Erfahrungen in Städten, wo es wirklich gut gelungen ist. Das Ruhrgebiet ist ein Beispiel dafür. Dort gibt es Regionen, wo viele Türken zugezogen sind und nur noch alte Deutsche leben. Man lernt sich kennen, die Türken kaufen für die Deutschen ein, vieles mehr geschieht. Gerade solche kleinen Schritte scheinen mir in unseren Gemeinden notwendig zu sein. Man muss zu dieser oder jener Aufgabe diese oder jene Person einladen, ob sie da nicht mithelfen will oder kann. Dass man ihre Hilfe braucht, das ist ja auch eine Sache der Anerkennung. Ich gehe davon aus, dass hier auf dem Kongress solche Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufgegriffen werden, denn darin liegt die Chance des Kongresses, solche Anregungen dann auch weiterzuführen.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Die Anfrage von Frau Dikova steht noch aus. Darf ich dazu um die Stellungnahme von offizieller Seite bitten?

P. Dietger Demuth CSsR, Freising:

Wir arbeiten mit orthodoxen Partnern in den Ländern Mittel- und Osteuropas zusammen, aber satzungsgemäß können wir nicht mit der Kommission der Orthodoxen Kirche hier in Deutschland zusammenarbeiten. Unsere Partner sind immer im Osten.

Dr. László Vencser, Wien:

Mein Name ist László Vencser, ich komme aus Österreich und bin Nationaldirektor für die katholische fremdsprachige Seelsorge in Österreich. Wir müssen wissen, dass in jedem Land die Situation anders ist. Österreich ist sehr betroffen von Migration. Dort leben 9 % Migranten unter der Bevölkerung, und wir haben leider nichts Gutes zu erwarten. Es wird jetzt ein neues Asylgesetz vorbereitet, und Österreich ist eigentlich das Schlusslicht in Westeuropa, was das Asyl betrifft. Ich sage das nur deswegen, damit die Seelsorger in Österreich nicht über ideale Lösungen träumen. Nach dem geplanten Gesetz werden die Asylanten spätestens nach 72 Stunden Aufenthalt aus Österreich ausgewiesen. Sie haben nur diese Zeit, um einen Antrag zu stellen. In Deutschland ist es einfacher, in der Illegalität zu leben. In Österreich kommen dann viele, die in der Illegalität leben, zu unseren Seelsorgern, und das ist eine Belastung für unsere fremdsprachige Seelsorge. Eine mögliche Abhilfe ist der Weg zur Caritas.

Ottmar Steffan, Osnabrück:

Ich arbeite bei der Caritas Osnabrück, speziell im Flüchtlings- und auch im Aussiedlerbereich. „Kein Mensch ist illegal“, so lautet ein Plakat von „Pro Asyl“, und als ich hier in Freising angekommen bin, habe ich ein Plakat der Republikaner gelesen, worauf stand „Asylanten bekommen Goldzähne, Deutsche behalten Zahnlücken“. Ich glaube, dass wir in dieser Spannung unserer Gesellschaft leben und so als katholische Kirche Migrationsarbeit zu sehen haben. Wir müssen erkennen, dass gute Migrationspolitik kaum mehrheitsfähig ist – das ist die Kunst unserer Politik. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben sich in Deutschland im Laufe der Zeit entwickelt, ja, das haben sie, sie sind perfekter geworden, ob humaner, sei dahingestellt. Ich verweise nur auf die Drittstaatenregelungen, die dafür sorgen, dass Deutschland sich um viele Menschen nicht mehr kümmert. Ich denke, wir als Kirche sollten unseren Stachel viel intensiver zeigen, um zu sagen, dass Abschiebeanstalten, die mittlerweile ganze Familien betreffen, unmenschlich sind. Wir müssen dagegen aufstehen, wenn im neuen Zuwanderungsgesetz der Kinderzuzug nur bis 12 Jahre gilt, und den Nachzug bis 18 Jahre fordern. Wenn im Zuwanderungsgesetz eine Verschärfung der Sprachkurse für Russlanddeutsche kommt und die heutige Zahl von jährlich 90.000 auf 10.000 Zuwanderer

sinken wird, dann dürfen wir das nicht einfach so hinnehmen wie die ersten Verschärfungen der Sprachtests, die dazugeführt haben, dass etwa eine halbe Million Russlanddeutsche nicht mehr kommen können. Wir haben vielmehr die Verpflichtung, gerade an der Basis, aber auch an der Spitze unsere Position deutlich zu vertreten.

Dr. Miljenko Aničić, Banja Luka:

Mein Name ist Miljenko Aničić, und ich bin Caritasdirektor in Banja Luka, Bosnien. Ich hätte einige Bemerkungen zum Vortrag von Herrn Weihbischof Voß. Vielleicht werden Sie mir nicht antworten können, aber ich habe bei manchen Überlegungen ein wenig Unbehagen. Erinnern wir uns an die Ereignisse im früheren Jugoslawien: Der Krieg in Slowenien war kurz und blieb ohne größere Folgen, dann kam der Krieg in Kroatien mit vielen Vertriebenen, danach der Krieg in Bosnien mit noch mehr Vertriebenen. Die Leute wurden anderswo aufgenommen, und jetzt sagt man, man kann sie nicht mehr zurückschicken, weil dafür keine Lebensbedingungen geschaffen worden sind. Das ist richtig, und für die Hilfe, die den Flüchtlingen gewährt worden ist, sind wir auch dankbar. Aber die Kehrseite dieser Haltung ist doch die, dass die Vertriebenen Vertriebene bleiben und die Extremisten und Kriegstreiber ihre Ziele erreicht haben. Je länger sich die Rückkehr verzögert, umso mehr haben sie erreicht, was sie wollten. Es geht in Bosnien heute um die Zementierung dessen, was man erreicht hat. Man schafft keine Lebensbedingungen, um die Rückkehr zu erleichtern.

Auch die europäischen Diplomaten sind nicht unbedingt besser als die Einheimischen. Sie haben sich in vieler Hinsicht mit der dortigen Politik der letzten Jahre identifiziert. Sicher werden sie jetzt ein Unbehagen spüren, denn man wird sozusagen ein Komplize der dortigen Politiker, obwohl sie ganz andere Motive haben. Aber sollte man nicht zumindest auf europäischer Ebene versuchen, etwas mehr zu erreichen? Es muss irgendwie vorwärts gehen bei der Lösung des Rückkehrprozesses. Die Extremisten rechnen folgendermaßen: „Dieses Jahr nicht zurück, nächstes Jahr nicht zurück“ – und dann, in ein paar Jahren, kann man sagen, wer zurück will, soll ruhig kommen. Sie wissen dann, dass sich nur wenige zur Rückkehr entscheiden werden. Ich fürchte, dass es gar nicht um den Friedens-

prozess in Bosnien geht, sondern vielmehr Sprengstoff für den nächsten Konflikt in Bosnien gelegt wird. Es gibt sogar Politiker aus dem Westen, die meinen, wir könnten gar nicht mehr zusammen leben, sondern man solle uns getrennt halten.

Schwester Stefanie M. Müllenborn, Herten:

Ich arbeite seit fünfzehn Jahren im Ruhrgebiet, einem typischen Ballungsgebiet mit vielen Gastarbeitern, und möchte noch etwas erwähnen, was bisher nicht genannt worden ist. Wir sind die, die helfen, die Fremden kommen zu uns, und wir wenden uns dann an die Behörden. Wie gehen wir dort mit den Leuten um, die mit der Ausführung der Gesetze in den Ausländerbehörden und Beratungsstellen betraut sind? Da muss ich sagen, dass wir sehr gute Erfahrungen gemacht haben, wenn wir mit ihnen Kompromisse schließen. Es gibt sehr viele „Kann“-Bestimmungen. Ich könnte etliche Beispiele nennen, wo wir es geschafft haben, den Aufenthalt der Menschen zu sichern. Es ist also ganz wichtig, gute Kontakte zu haben und auch Verständnis für die Leute zu finden, die diese Bestimmungen ausführen müssen. Das gilt auch für die Polizei. Bei uns ist noch niemand abgeschoben worden. Da sind manche Wege möglich.

P. Eugen Hillengass SJ, München:

Schwester Stefanie hat uns gerade gezeigt, wie es offensichtlich in vielen Fällen geht, aber die Hinweise von Herrn Steffan aus Osnabrück und von Monsignore Aničić belegen, dass es oft auch eben nicht geht. Mir kommen da zwei Personen in den Sinn: Der eine ist der heilige Laurentius, der sich um die Armen gekümmert hat. Das war staatsgefährdend und endete mit seinem Märtyrertod. Der andere ist der heilige Johannes Nepomuk, der sich seelsorglich um die Menschen gekümmert hat, das Beichtgeheimnis nicht brechen wollte und deshalb auch den Märtyrertod erlitten hat. Manchmal geht es nicht anders.

Weihbischof Dr. Josef Voß:

Ich möchte es bei dem belassen, was Pater Hillengass gerade sagte. Das ist tatsächlich oft die Situation – ein wahres Dilemma. Trotzdem müssen wir weiter kämpfen.

Gudrun Schneeweiß:

Ich habe hier sehr viel Ermutigung von allen Seiten erfahren. Bis zum Märtyrertum wird es bei uns nicht reichen, aber wir werden weiter arbeiten.

Priv.-Doz. Dr. Hacik Gazer:

Mir fällt das Bild eines Europas, das wie ein Netz zusammenwächst, ein. Auch Herr Weihbischof Voß deutete es mir gegenüber an. Das ist ein sehr positives Bild. Ich möchte gerne an diesem Netz mitarbeiten und danke Ihnen deshalb ganz besonderes für Ihre Ausführungen.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Damit sind wir bei dem Thema Dank. Ich danke Frau Schneeweiß, Herrn Weihbischof Voß und Kollegen Gazer für ihre Teilnahme hier am Podium und für das Referat, Ihnen allen auch für Ihr Interesse und für Ihre lebhafteste Aktivität bei den Fragen.

Foto: Bauerdick



Schlaglichter am Ende des Kongresses

Hana Bínová, Prag

Wenn ich über den Begriff „Heimat“ nachdenke, fällt mir ein Erlebnis aus dem Jahre 1989 ein. Es geht dabei um meine Erfahrungen der gemeinsamen Geschichte Tschechiens und Deutschlands. Das kommunistische Regime hat das alles totgeschwiegen. Kurz nach dem Zerfall des kommunistischen Regimes im Sommer 1989 standen plötzlich hinter dem Zaun am Haus der Familie meines Freundes fremde Menschen. Alle Türen und Fenster im Hause wurden sofort versperrt. Mein Freund spielte gerade im Garten, folgte aber nicht gehorsam dem Ruf der Großeltern, ins Haus zu kommen. Er beobachtete die fremden Menschen und hörte ihnen zu. Es waren Deutsche, ehemalige Bewohner des Dorfes, ein ganzer Bus. Mein Freund sprach interessiert mit ihnen – und wurde dafür dann zu Hause bestraft.

Dieses Bild der Abneigung und fehlenden Kommunikation war der Boden, auf dem die neue deutsch-tschechische Zukunft wachsen sollte. Und dieses Bild passte auch zur großen Aufregung über die Entschuldigung von Vacláv Havel gegenüber den Deutschen wegen der Vertreibung ein paar Tage nach seinem Amtsantritt. Vor diesem Hintergrund fragten sich die zukunftsgerichteten Menschen in Tschechien und Deutschland „Was ist der beste Weg aus dieser prekären Geschichtslage? Wie bringen wir zwei mit feindseligen Eltern belastete Hähne auf dem engen mitteleuropäischen Hof zum gemeinsamen Leben?“ Man hat Grenzen aufgebaut und vierzig Jahre lang die Augen geschlossen, doch es hat nichts gebracht. Viele erkannten, dass Kommunikation und Begegnung wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einem vernünftigen Miteinander sind, denn ein aufgeschlossenes Begegnen löst Vorurteile auf. Und Vorurteile gab und gibt es bei Deutschen und Tschechen viele!

Die junge Aktion der Ackermannsgemeinde, der ich mich verbunden fühle, ist zu einem wichtigen Träger der Begegnungen junger Menschen aus

Tschechien und Deutschland geworden. Indem sie Wege für die Kommunikation bereitet, trägt sie erheblich zu einem besseren Verständnis von Tschechen und Deutschen in Mitteleuropa bei. Die Jugendbegegnungen in meiner Heimat und in Bayern, die ich persönlich erlebt habe, waren immer Treffen, in denen man zu einer Gemeinschaft zusammenwuchs.

Diese Veranstaltungen stehen immer unter einem prägnanten Motto wie „Kommunikation“ oder „Identität“; organisatorisch gibt es den offiziellen „Kern“ und eine inoffizielle „Hülle“. Das Offizielle sind die Arbeitskreise, wo geschichtliche und aktuelle Themen fast wissenschaftlich erörtert werden. In den kreativen Arbeitskreisen verbindet die Kunst die Menschen neu. Die inoffizielle Hülle ist vielleicht noch wichtiger. Sie besteht aus unserem Beisammensein. In unzähligen Gesprächen und bei gemeinsamen Erlebnissen erkennen die Menschen, dass sie die gleichen Lebensfreuden und -leiden haben. Der Ball, mit dem man Fußball spielt, ist sowohl in Deutschland als auch in Tschechien rund. Das Salz schmeckt in beiden Staaten salzig, und das Verliebtsein weckt hier wie dort Schmetterlinge im Bauch. Der Fremde wird durch gemeinsame Erfahrungen zum Mitmenschen. Grenzen werden aufgelöst, sogar Ehen geschlossen – und das auch im wahrsten Sinne des Wortes. Nicht unwichtig ist auch der Multiplikatoreffekt. Die Teilnehmer der Jugendbegegnungen tragen ihre gewonnenen positiven Erfahrungen ihr Leben lang mit sich. Sie leisten damit bedeutende Überzeugungsarbeit in ihrem Umkreis.

Die Begegnung mit Menschen der anderen Nation trägt dazu bei, von hergebrachten Klischees loszukommen. So hilft die Arbeit der jungen Aktion der Ackermannsgemeinde, dass Fenster und Türen geöffnet und nicht mehr wie 1989 verschlossen werden.

Lahira Sejfija, Tuzla

Ich fühle mich sehr geehrt, an diesem Kongress teilzunehmen. In gewisser Weise fühle ich mich dank meiner Gastgeber sogar wie zu Hause, und zwar aus zwei Gründen, die mein Leben beeinflusst haben. Der erste Grund bezieht sich auf das Jahr 1991, als meine Familie im bosnischen Krieg ihr Heim verlor und nach Bayern kam. Wir haben hier als Flüchtlinge gewohnt, gelebt und den Krieg überlebt. Hier wurden zwei meiner Töchter geboren. Die älteste Tochter verbrachte hier ihre Kindheit und ging vier Jahre in die Schule. Das Motto des Kongresses „Suche nach Heimat“ hat mich persönlich angesprochen: Wenn jemand zu uns in die Familie kommt, dann kann auch er diesen Satz sagen.

Der zweite Grund, warum ich mich hier wie zu Hause fühle, ist die erfolgreiche sechsjährige Zusammenarbeit zwischen Renovabis und der bosnischen Jugendorganisation IPAK seit 1996. Diese Organisation leite ich seit fast fünf Jahren. Deshalb erlauben Sie mir, zuerst IPAK ein wenig vorzustellen, auch deshalb, weil viele Teilnehmer des Kongresses mich gefragt haben, was sich dahinter verbirgt. Der Anlass der Gründung von IPAK war eines der tragischen Ereignisse im Bosnienkrieg. Durch eine einzige Granate starben an einem traurigen Abend am 25. Mai 1995 71 junge Leute, und zwar mitten in der Stadt auf einem Marktplatz, wo sich die Jugend versammelt. Das durchschnittliche Alter dieser Leute war 23 Jahre. Alle wurden auf einem gemeinsamen Friedhof begraben, obwohl sie drei verschiedenen Religionen angehört haben. Jedes Jahr am 25. Mai beten der moslemische Imam, der katholische Priester und der orthodoxe Geistliche gemeinsam für diese getöteten Jugendlichen, welche Ironie. Früher, im ehemaligen Jugoslawien, war der 25. Mai der Tag der Jugend. Dieser Platz in Tuzla trägt nun den Namen „Platz der unterbrochenen Jugend“. In Folge dieser Ergebnisse gründete eine Gruppe junger Deutscher in Mosbach eine Organisation namens „IPAK-Zukunft für Bosniens Jugend“. IPAK bedeutet auf bosnisch „trotz allem“, aber auch „Wille, Wende, Dauerhaftigkeit“. In diesem Sinne wurde auch die Mission von IPAK bestimmt zur Unterstützung der bosnischen Jugend, damit sie im Land bleibt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnimmt und die eigene Zukunft auch in die eigenen Hände nimmt.

Im vorigen Jahr wurden u. a. folgende Projekte durch IPAK realisiert: Erziehungsprojekte (in den Bereichen Menschenrechte, demokratische Ausbildung, Zivilgesellschaft), psychosoziale Hilfen und spezielle Fachausbildung. Ich selbst habe als Lehrerin für bosnische und kroatische Flüchtlingskinder in München gearbeitet, und vor einem Jahr hat IPAK ein Projekt zum Bau eines Jugendzentrums in dem Dorf Grijevice in der Republika Srpska in die Wege geleitet. Als ich mit diesem Projekt nach Grijevice kam, fand ich im benachbarten Dorf einige Kinder von meiner Schule aus Deutschland. Sie haben damals in Deutschland besser Deutsch gesprochen als Bosnisch, dann kamen sie aus einem deutschen Umfeld in ein ganz anderes Umfeld zurück, in eine traumatisierte Umgebung, wo es außerhalb renovierter Häuser gar nichts gab. Von einer Perspektive kann man da nicht reden. Es handelt sich um ein Gebiet Bosniens mit den vielleicht schwierigsten Kriegsfolgen überhaupt.

Vor sechs Jahren hat wahrscheinlich keiner der damaligen Mitgründer vermuten können, dass eine solch edle Idee der Hilfe für Jugendliche eine derart erfolgreiche Entwicklung nehmen würde. In den IPAK-Programmen nehmen Jugendliche aus allen Religionen teil. Besondere Aufmerksamkeit schenken wir außerdem der Begegnung zwischen der deutschen und bosnischen Jugend. In den letzten vier Jahren gab es über 30 solcher Treffen, wobei zahlreiche neue Freundschaften abgeschlossen wurden. Das Jugendzentrum in Grijevice wird denselben Ansatz verfolgen, natürlich für alle Religionen und ethnischen Gruppierungen. Dort soll es auch Begegnungen mit Jugendlichen aus Deutschland, der Schweiz und anderen Ländern geben.

Bosnien und Herzegowina erlebt aktuell eine entscheidende Phase in der Nachkriegszeit. Die gesamte Situation ist alles andere als zufriedenstellend, besonders im Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung. Wir haben heute noch, sieben Jahre nach Kriegsende, kollektive Zentren für die Vertriebenen, wo der Großteil dieser Leute ohne Hoffnung lebt und auch überhaupt kein Privatleben hat. Was ihre Situation besonders schwer macht, ist das Gefühl, nirgendwo und zu niemandem zu gehören. Solche Situationen erinnern an einen Warteraum, wobei aber keiner weiß, wie lange es noch dauern wird. Die Mehrheit davon sind Kinder und Jugendliche, viele ohne Eltern.



Mehr als 320 Teilnehmer besuchten den 7. Internationalen Kongress Renovabis.

Foto: Pinzer

Bosnien ist bekannt als ein Land der Begegnung von verschiedenen Kulturen, Religionen und Nationen. Wir haben schwere Kriegserfahrungen hinter uns, von denen wir uns noch immer nicht erholt haben. Gerade die Jugend braucht, damit das Land sich überhaupt entwickeln kann, Unterstützung, weniger finanzielle als moralische. Die europäische Identität, das Gefühl der Zugehörigkeit zur der europäischen Zivilisation ist für die Jugendlichen in Bosnien eine Notwendigkeit – und nach allem, was sie erlebt haben, haben sie auch verdient, Europa kennenzulernen. Bekanntschaften der verschiedenen Religionen und Kulturen sind ganz entscheidend. Interreligiöse und interkulturelle Kommunikation ist daher eine unserer wichtigsten Tätigkeiten. In europäischen Maßstäben ist da die Arbeit von IPAK vielleicht nur ein kleines Körnchen Salz. Aber wie die Philosophen sagen: Aus einem Körnchen Salz und einem Tropfen Wasser entsteht der Ozean. Der Weg von Europa in Richtung Toleranz und Zusammenarbeit ist kurvenreich, aber Europa wächst zusammen.

Ansgar Trautmann, Münster

Es scheint offensichtlich und gilt als erfolgreiches Projekt: Die wirtschaftliche und soziale Integration der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg ist geglückt. Und dennoch stimmt es nicht so ganz: Viele Vertriebene sind niemals ganz angekommen, oder zumindest nicht mit Herz und Seele. Zu diesen gehörten meine Großeltern: Wenn sie – sie taten es oft – von der Heimat, der verlorenen, sprachen, war diese immer das leuchtende Gegenüber einer gräulichen Gegenwart: in Schlesien waren nicht nur die Gänse größer und die Sommer sonniger, sondern auch die Menschen umgänglicher und nicht zuletzt die Gottesmutter scheinbar näher als in Westfalen. Wer das Marienlied „Über die Berge schallt, Glöcklein dein Klang“ kennt, und sich die dazugehörenden schlesischen Menschen im nordwestdeutschen Tiefland vorstellt, der kann die fortdauernde Sehnsucht nach Heimat nachvollziehen.

Wovon das Herz voll ist, davon quillt der Mund über, und die Schlesier – so sagt man – reden grundsätzlich gern und viel. Für meinen Bruder und mich war durch unzählige Berichte, Anekdoten, Geschichten mit ihren wiederkehrenden Orten und Gestalten – ohne jemals da gewesen zu sein – diese Heimat ganz vertraut.

Denn diese Heimat war weit weg, unerreichbar, durch einen Eisernen Vorhang abgeschnitten, nun bewohnt von „dem Polen“. Eine Figur, die im Nebel blieb. „Der Pole“ hatte keinen Vornamen, keinen Nachnamen, kaum eine Geschichte: eine gesichtslose Figur, die nun eben da war. Das galt, bis sich in den siebziger Jahren die Heimat besuchen ließ. Selbstverständlich, dass man fuhr, dass man Kinder und Enkelkinder mitnahm, die nun die Kulisse der vielen Erzählungen kennen lernen sollten. Die Städte, die Dörfer, die Wälder – alles war so, wie es beschrieben war, aber doch völlig anders. Die Enkelkinder merkten es ebenso wie die Großeltern selber: was sie einst erlebt hatten an Kontakten, an Schönheit, Geborgenheit und Sonnenschein, das gab es nicht mehr.

Ich erinnere mich noch gut daran, dass meine Großmutter beim ersten Besuch eine Dame ansprach, nach der Post fragte, und buchstäblich die

kalte Schulter gezeigt bekam. Meine Großmutter war grundsätzlich nicht bange; ihren Gehstock verhakte sie im Arm der Dame und zwang diese so, ihr zuzuhören. Mir als Kind war die Situation furchtbar peinlich. Aber es ging dann um die Schuld der einfachen Bevölkerung am Krieg bis zu Szenen aus dem ersten Nachkriegsjahr. Die Szene endete damit, dass man, bezeugt durch „tak, tak“ und „ja, ja“, auf eine gemeinsame Ebene kam und freundlich voneinander schied. Noch heute habe ich meine Zweifel, dass die beiden gegenseitig viel verstanden haben, aber das Bemühen war erkennbar, den anderen anzusprechen, verstanden zu werden, sich auszutauschen. Ein erster Hinweis darauf: es geht ja doch. Verständigung ist möglich, trotz dieser völlig gegenseitigen Ansichten, dem Misstrauen, das auf beiden Seiten einfach da ist.

Bei diesen ersten und dann oft schnell folgenden weiteren Reisen in die Heimat wurden persönliche Kontakte geknüpft. Als zu Beginn der achtziger Jahre Polen unter dem Kriegsrecht leidet, sich die Versorgungslage der Bevölkerung deutlich verschlechtert, stehen die christlich geprägten Vertriebenen in vorderster Reihe beim Senden von Paketen, bei der Organisation von Hilfstransporten. Schließlich kannte man konkrete Menschen, hatte authentische Berichte – und war als Christ in der Pflicht. Durchaus auch mit zwiespältigem Gefühl. Auf der einen Seite kannte man Jolek, Anna und andere, aber „der“ gesichtslose Pole stand noch immer dabei.

Zeitsprung: 1989, die große Wende im Osten, verbunden mit einer erkennbar werdenden Normalisierung der Verhältnisse. Für uns junge Christen mit schlesischen Wurzeln, die sich in der „Aktion Junges Schlesien“ organisiert hatten, stellt sich eine grundlegende Frage. Wie nutzen wir die neuen Möglichkeiten, um als Christen zu wirken, um das kulturelle Erbe, das den Großeltern so wichtig war, zu bewahren und zu pflegen? Grundlage dafür war der Kontakt zu jungen Menschen in Schlesien, schon in den achtzigern begonnen, nach 1990 intensiviert. Kontakt zu den Kindern der Deutschen, die in Oberschlesien geblieben waren und sich als Deutsche Minderheit organisierten. Schnell kamen junge Polen dazu, sodass wir vier verschiedene Gruppen von Interessenten hatten. Zunächst Leute wie mich, die Kinder und Enkel der Vertriebenen, dann Spätaus-

siedler, die selbst in Oberschlesien geboren waren und das Land und dessen Probleme und Chancen kannten, weiter die jungen Mitglieder der Deutschen Freundschaftskreise in Oberschlesien und schließlich – was uns zunächst erstaunte und erfreute und zunehmend normal wurde – viele schlesische Jugendliche und junge Erwachsene mit polnischem Hintergrund. Sie erschließen sich Landschaft und Geschichte Schlesiens, wenn sie sagen: „Wir sind Schlesier nicht aus familiären Erfahrungen, nicht aufgrund historischer Gegebenheiten, sondern weil wir in dieser Gegend, diesen Städten leben, weil diese Kulturlandschaft uns prägt.“

Die sichtbare Landschaft, die fassbaren Gebäude sind die eine, die Geschichte die andere Facette einer Region. Auf dieser Grundlage haben wir uns getroffen, haben Seminare durchgeführt, eine Gemeinschaft für deutsch – polnische Verständigung (gdpv) mit Menschen aus allen genannten Gruppen gegründet, haben die Erfahrung gemacht, die wohl jeder macht, der den Austausch mit Polen sucht: überwältigt von Herzlichkeit und auch vom Aufeinanderzugehen. Ähnlich, wie es für den deutsch – tschechischen Kontakt geschildert wird. Und doch wurde deutlich, dass dieser so einfache und selbstverständliche Kontakt Grenzen hat. Man steht in der Gefahr, mit (vor-)schneller Übereinkunft in „Schwamm-drüber-Vergessen-Politik“ zu machen, sich nicht mit der Zeitgeschichte auseinander zu setzen. Geschichtliche Erfahrungen prägen junge Menschen in Ostmitteleuropa nach meinen Erfahrungen stärker, als es für und in Deutschland vorstellbar ist. Dem gilt es sich zu stellen.

Das erscheint verwegen. Wir empfinden als Deutsche eine Befangenheit, mit Menschen aus den Völkern, die unter den Deutschen durch den Nationalsozialismus gelitten haben, frei zu sprechen. Wir haben es versucht, haben uns für das Gespräch gerade die Themen gewählt, die zwischen Polen und Deutschen extrem strittig waren. Das sind die Ereignisse vor und im Zweiten Weltkrieg, die Besatzung, die Vertreibung – aber auch der Deutsche Orden, die Bismarck-Zeit, die Folgen des Ersten Weltkrieges. Wir wollten für und mit Verständigung wirken, die vielleicht zu Versöhnung führen könnte. Wer sich verständigen will, muss – in christlicher Liebe – einander zuhören. Wenn man frei und offen spricht, dann ist der Konsens oder ein Kompromiss oft nicht möglich. Dann gilt es auszuhal-

ten, dass man anderer Ansicht und Meinung ist. Das ist schwierig, aber ehrlich und fruchtbar. Wir haben Zeitzeugen eingeladen, Wissenschaftler und Journalisten, die konsequent einmal eine deutsche, einmal eine polnische Sicht aufgezeigt haben, die oft gegensätzlich stehen blieben, aber nicht selten auch zur Erkenntnis führten, dass vermeintliche Gegensätze gar keine sein müssen.

Für wichtig bei der Beschäftigung mit Schlesien halten wir von der gdpv auch, dass die Auseinandersetzung mit seiner Geschichte keineswegs nur rückwärtsgewandt sein darf. Schlesien ist eine aktuelle Facette der Idee des „Europas der Regionen“. In Deutschland wie in Polen und auch in Tschechien gibt es Landschaften, die sich als Schlesien verstehen und bezeichnen, aus gemeinsamen kulturellen Wurzeln zehren und damit arbeiten. Schlesien verbindet heute als Grenzregion West- und Osteuropa, germanische und slawische Sprachen, protestantisches und katholisches Denken und Fühlen – mithin alles, was wir zu einem Zusammenwachsen Europas brauchen. Der Direktor des Angelus-Silesius-Hauses in Breslau ist Teilnehmer dieses Renovabis-Kongresses. Der große schlesische Mystiker des 17. Jahrhunderts kann über seinen Wirkungsort erschlossen werden, erinnert aber auch an die deutsche Geschichte der Reformation und Gegenreformation.

Görlitz in Deutschland, Kattowitz in Polen, Troppau in Tschechien: drei Länder bringen Schlesien nach Europa. Die aktuellen Probleme und Chancen der EU-Osterweiterung, der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt, all das lässt sich an Schlesien festmachen, ohne Vergangenheit auszuklammern. Dazu notwendig ist, Bereitschaft zu einem nicht immer ganz einfachen Weg aufzubringen, Mut zum Missverständnis zu zeigen. Wer sich als Deutscher um ein ehrliches Verhältnis zu den östlichen Nachbarn bemüht, sein Gesicht und seine Geschichte sucht und die des anderen anerkennt, der kann sich über alles austauschen, fruchtbar miteinander streiten – und gleichzeitig an einem guten neuen Europa für die Menschen mitarbeiten.

Migration auf europäischer Ebene – Anfragen an die politische und kirchliche Praxis

Teilnehmer: Gabriele Erpenbeck, Hannover
Prof. Barbara John, Berlin
Dr. Vladimir S. Malachov, Moskau
Weihbischof Dr. Pero Sudar, Sarajevo

Moderator: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz

Prof. Dr. Michael Albus:

Am heutigen Vormittag wollen wir so etwas wie eine Bilanz versuchen. Ich denke dabei im Anschluss an die Vorstellung der Teilnehmer auch an eine kurze Standortbestimmung. Zunächst möchte ich Frau John das Wort geben.

Prof. Barbara John:

Mein Name ist Barbara John, und ich war seit 1981 22 Jahre lang bis Juni dieses Jahres Ausländerbeauftragte in Berlin. Jetzt bin ich Beauftragte für Sprachförderung in Berlin. Sie sehen also, dass das Thema mich auch weiter verfolgt.

Dr. Vladimir S. Malachov:

Ich bin am Institut für Philosophie der Russischen Akademie der Wissenschaften tätig und gleichzeitig an einer Hochschule, die Moscow School of Social and Economic Sciences heißt, die gewissermaßen ein britisch-russisches „joint venture“ bildet. Das Thema Migration ist einer der Schwerpunkt meiner Forschungs- und Lehrtätigkeit.

Gabriele Erpenbeck:

Mein Name ist Gabriele Erpenbeck, ich bin Ausländerbeauftragte in Niedersachsen. Gleichzeitig bin ich Beraterin der Kommission XIV der Deutschen Bischofskonferenz, die Kommission für Migration. Als Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken Sorge ich auch dort ein wenig dafür, dass der Bereich Migration nicht ganz in den Diskussionen, die dort geführt werden, untergeht.

Weihbischof Dr. Pero Sudar:

Ich bin seit 1994 Weihbischof in Sarajevo. Vorher war ich Professor an der dortigen Theologischen Fakultät. Neben anderen Aufgaben betreue ich auch ein Projekt, das sich bemüht, Menschen wieder in ihre Heimat zurück zu helfen. Acht Jahre lang war ich außerdem der Vertreter der beiden Bischofskonferenzen von Kroatien und Bosnien und Herzegowina für die kroatischen Katholiken im Ausland. So konnte ich mit vielen Flüchtlingen im Ausland in Verbindung treten und habe in gewisser Weise selbst erfahren, was das bedeutet, ein Vertriebener zu sein. Ich verstehe also etwas von der Sache, weiß aber nicht, ob ich zu einer Lösung etwas beitragen kann.

Prof. Barbara John:

Ob es jemals zu einer europäischen Einwanderungs- und Integrationspolitik kommen wird, da bin ich mir nicht sicher. Vielleicht wäre das auch gar nicht sinnvoll. Eher bei der Einwanderungspolitik, weniger bei der Integrationspolitik. Das ist etwas sehr Lokales und etwas sehr Nationales. Da kann nicht ein Kommissar oder eine Kommission in Brüssel sitzen und einfach sagen: „Also in Berlin in der und der Straße muss jetzt ein Jugendzentrum eröffnet werden.“ Wir werden bestimmte Bereiche haben, in denen die Gemeinden viel mehr machen müssen als heute die Städte und die Nationalstaaten. Was aber den Bereich umfassender Regelung angeht, sind wir natürlich durch die Regelungen von Amsterdam und Tampere viel weiter gekommen. Sie kennen alle die Schlagworte „Schengenabkommen“ und „Dublin“, das schwirrt alles nur so im Kopf herum. Darin ging es auch um Asylregelungen. Ich denke, dass da trotz allem eine ganze Menge erreicht worden ist.

Viele schimpfen auch darüber, dass zum Beispiel die Staaten, in denen der Asylbewerber zum ersten Mal auftaucht, dann auch für den Asylpro-

zess verantwortlich sind. Im Moment ist Großbritannien das Land mit den meisten Asylbewerbern, und um dorthin zu gelangen, muss man sehr viele europäische Länder durchreisen. Die Briten fragen sich reihenweise: „Wieso müssen wir diese Leute in unser Asylverfahren aufnehmen? Da ist Deutschland, da ist Belgien, da ist Luxemburg, da sind die Niederlande – und dann kommen sie über das Wasser, sind plötzlich in Großbritannien, und wir müssen die Verfahren durchführen.“ Wir müssen einfach auch erkennen, wie beschränkt diese Art von Verfahren sind. Man muss genau hinschauen und es sich ein bisschen auf der Zunge zergehen lassen, was europäisch geregelt werden kann und was nicht. Für richtig halte ich die Festlegung von Mindeststandards. Dafür hat die Kommission schon länger Vorschläge vorgelegt, Anfang des Jahres 2000 für die Aufnahme von Asylbewerbern und für den Umgang mit Drittstaatenangehörigen. Wir können nicht zulassen, dass etwa die nach Deutschland kommenden Menschen umfangreiche, die jedoch nach Portugal gehenden Menschen erheblich weniger an Leistungen bekommen. Das führt dann nicht zu einer angemessenen Verteilung der Migranten zwischen europäischen Ländern. Genau deshalb brauchen wir Mindeststandards. Damit tut sich aber zugleich ein neues Problem auf: Es sind und bleiben eben Mindeststandards, und die Länder, die sie einführen, bleiben damit häufig unter den Standards, die wir hier inzwischen in Deutschland entwickelt haben.

Das ist also noch mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Was die Europäische Union mit Erfolg macht, sind Aktionsprogramme gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In Deutschland gibt es auch zwei Richtlinien gegen Diskriminierung, die allerdings noch nicht umgesetzt sind. Aber das Ganze ist auf dem Weg.

Prof. Dr. Michael Albus:

Woran liegt das?

Prof. Barbara John:

Der Entwurf ist noch nicht fertig, weil man innerhalb der Regierung noch streitet, wie die Regelung eigentlich genau aussehen soll. Man sieht daran, wie die einzelnen Staaten mit der Europäischen Kommission ringen. Es ist ziemlich schwierig, aber im Grundsatz auf einem guten Weg.

Prof. Dr. Michael Albus:

Vielen Dank für den nüchternen Anfang. Bleiben wir bei den Frauen – Frau Erpenbeck, wie sehen Sie die ganze Angelegenheit?

Gabriele Erpenbeck:

Migration ist ein ungeheuer vielschichtiges Phänomen. Ich glaube, dass das auch in den zwei vergangenen Tagen sehr deutlich geworden ist. Wo ich meine großen Fragezeichen habe, das ist die europäische Politik. Wir haben in Europa nicht verstanden, wie Migration historisch abgelaufen ist. Über die Jahrhunderte haben wir erleben müssen, dass man Migration von oben nur schwer steuern kann. Menschen sind sehr viel erfindungsreicher, als eine Europäische Kommission oder eine nationale Regierung es sein kann. Und seit 1989/90 ist es auch sehr viel leichter, die Grenzen physisch zu überschreiten. Innerhalb Europas hat es eigentlich nur ganz selten die Situation eines bewussten Aus- oder Einwanderungsprozesses gegeben hat. Das war zuletzt im 19. und frühen 20. Jahrhundert so, bei der Auswanderung in die USA. Die Brücken wurden damals nicht ganz, aber doch sehr stark abgebrochen. Das findet so mindestens seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr statt. Für Migranten, die hier leben, ist es einfach, sich in die Heimat zurückzudenken, alle Informationen darüber zu bekommen, denn das machen die Medien möglich, auch die einfacheren Reisewege.

Alles das ist ein langer Prozess, und niemand kann sagen, wann die Auswanderung und wann die Einwanderung stattgefunden hat. Das Gefühl für diese wieder neue und zugleich alte Situation in Europa zu bekommen – da müssen sich die Politiker viel mehr Mühe machen, aber auch wir alle. Ich sehe oft, dass es auf der Ebene der Europäischen Union sehr viel vernünftige und sinnvolle Vorstöße und auch Beschlüsse gibt, an denen Deutschland übrigens auch beteiligt ist, wie z. B. die beiden Richtlinien, die Frau John eben angesprochen hat. Dann wird aber in den Nationalstaaten manchmal so argumentiert, als ob man überhaupt nicht beteiligt gewesen sei und als ob das einfach so über einen hereingebrochen sei. Fristen werden nicht eingehalten, wichtige Abstimmungen versäumt. Hier ist in dem europäischen Prozess des Hin und Her zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und den einzelnen Staaten sicherlich noch viel zu tun. Und lassen Sie mich gleich noch einen Aspekt

nennen, der mich seit den gestrigen Diskussionen sehr bewegt: Alles, worum es hier geht, gilt natürlich auch für die Beitrittsländer. Eine ganz entscheidende Frage ist dabei die der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die darauf gerichtet ist, dass Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Union dorthin gehen können, wo es Arbeitsplätze gibt. Es gibt aber keine Verpflichtung, sich dort zu integrieren oder die Sprache zu lernen. Genau das aber wäre notwendig. Es gibt auch keine Verpflichtung, sich in die andere Kultur oder Gesellschaft hineinzubegeben – das ist vielleicht auch noch ein kleines Defizit. Ich bin gewiss kein Verfechter eines europäischen „Einheitsbreis“, trotzdem sollten, so meine ich, entsprechende Integrationsmöglichkeiten auch von europäischer Seite mehr unterstützt werden. Natürlich – und damit schließe ich mich Frau John an – muss nicht zuletzt auf lokaler Ebene sehr viel mehr geschehen, als bisher geschehen ist.

Prof. Dr. Michael Albus:

Wir müssen, wenn ich die Diskussion richtig mitverfolgt habe, lernen, dass diese Prozesse langwierig sind, dass wir nicht durch das Umlegen einiger politischer Hebel Dinge in Gang setzen können, sondern dass es Zeit braucht, weil all das eben auch mit sehr viel Geschichte behaftet ist. Herr Malachov, Sie sind wahrscheinlich ein bisschen weit entfernt von der ganzen Geschichte, schauen vielleicht auch noch eher von außen darauf und auch mit dem kühlen Blick des Analytikers. Wie sehen Sie das Problem, über das wir diskutieren?

Dr. Vladimir Malachov:

Ich habe schon an vielen Tagungen teilgenommen, die der Migration gewidmet waren, und kann nicht umhin, eine Art Wissenssoziologie durchzuführen, und zwar die Art und Weise zu vergleichen, wie man überhaupt das Thema „Migration“ behandelt. Es lassen sich verschiedene nationale Kontexte des Umgangs mit der Thematik unterscheiden. In Russland wird Migration fast ausschließlich unter dem Oberbegriff „Gefahr“ eingeordnet: eine Gefahr, die der sozialen Sicherheit, der sozialen Stabilität oder dem Arbeitsmarkt droht. Es gibt sogar Dissertationen zu diesem Thema. In Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern zeichnet sich ein anderer Trend ab: Migration wird als Chance für das Einwanderungsland verstanden. Beiden Perspektiven ist eines gemeinsam, beide sind instru-

mentell. Sie befassen sich mit dem Thema unter dem Gesichtspunkt des Nationalstaates als Zentrum – alles andere ist ein Objekt. Die Situation der Migranten, also ihre persönliche Lage oder die Frage, wie sie überhaupt Arbeit finden und was sie dabei erleben, ob sie „schwarz“ arbeiten, nicht versichert sind, keine medizinische Versorgung erhalten – das ist kaum oder gar kein Thema.

Alles das gibt es auch im Westen, vielleicht etwas anständiger, bei uns in Russland läuft es jedoch ziemlich brutal. Allein in Moskau dürften fast eine Million Menschen davon betroffen sein. Sie arbeiten 16 Stunden am Tag, ohne Feiertage, ohne jegliche Versicherung und ohne Hoffnung, dass sie überhaupt bezahlt werden. Man verspricht ihnen ziemlich viel Geld, aber sie bekommen dann nur die Hälfte oder ein Drittel davon, wenn überhaupt. Sie können einfach fortgejagt werden, und wenn sie sich beklagen, dann kommt ein Milizionär, fragt nach den Papieren – und schon ist es vorbei. Es ist nämlich unglaublich schwierig, eine so genannte Registrierung zu bekommen. Die Angst zwingt die Menschen zur Illegalität. Viele Politiker, nicht nur solche von der rechtspopulistischen Seite, sondern auch solche im konservativ-liberalen Zentrum, sagen immer wieder, dass diese Leute nur kämen, um den Einheimischen die Jobs wegzunehmen. Das stimmt aber nicht, denn es geht nur um Tätigkeiten, die die Einheimischen gar nicht machen, weil sie zu schwer sind, zu schmutzig oder zu schlecht bezahlt. Trotzdem wird es so dargestellt.

Außerdem wird noch mit der Kultur, „unserer“ Kultur, argumentiert. Man behauptet, die Migranten seien eine Gefahr für die Kultur. Die meisten Migranten in Russland sind aber Bewohner ehemaliger Sowjetrepublik, sozialisiert wie die übrige Bevölkerung. Große Integrationsbereitschaft gilt aber auch für solche aus anderen Kulturkreisen wie Vietnamesen und Kurden. Fast alle von ihnen sind hochqualifizierte Leute, ihre Sprachkompetenz ist gut. Ihre Zahl ist völlig unklar, man spricht allein von 150.000 Afghanen. Wie viele von ihnen haben aber die russische Staatsbürgerschaft bekommen? 67 Personen!

Prof. Barbara John:

Mir ist in all meinen Arbeitsjahren aufgefallen, dass die Erfahrungen, die die meisten Menschen mit Migration machen, eine Art „Kirchturmserfah-

„sind. Damit meine ich, dass sie in einem kleinen Umfeld stattfinden. Aber wie heißt es bei Manès Sperber: „Die Hand vor Augen, verdeckt die ganze Welt.“ Diese Erfahrungen sind oft so, dass man erlebt, wie die eigenen Lebensentwürfe plötzlich nicht mehr gelten, weil dann eine Familie kommt, die genau das Gegenteil macht und – bitteschön – es funktioniert auch. Die Kinder gehen eben nicht um acht Uhr ins Bett, sondern erst um elf Uhr, und morgens gehen sie trotzdem zur Schule und bleiben etwas unausgeschlafener.

Jahrhundertealte traditionelle Erfahrungen werden durch Zuwanderung in Frage gestellt. Das gilt ja etwa auch in Bayern, das sich durch Zuzug in den letzten fünfzig Jahren erheblich verändert hat. Das ist einfach so, da ist niemand schuld, da braucht man gar nicht mit dem Finger auf irgendjemanden zu zeigen. Mit diesen Erfahrungen werden dann auch die Politiker konfrontiert. Wenn dann ein Politiker in Bayern sagt „In ein bayerisches Dorf neben den Kirchturm kommt nie eine Moschee“, dann ist das Kirchturmspolitik – man merkt richtig, wie er die Ängste und die Unsicherheiten der Menschen, die die Kontrolle über ihr Lebensumfeld verlieren, aufzunehmen versucht. Jetzt frage ich: Wenn Politik so aus den menschlichen Erfahrungen gestaltet wird, dann sind das erste Zugänge dazu. Wenn diese sich dann in der Europäischen Gemeinschaft widerspiegeln sollen – wie soll das eigentlich aussehen? Das heißt, hier liegt ein so großes Spannungsverhältnis, dass wir das kaum ausgleichen können. Das ist das Entscheidende. Die Europäische Union kann diese Kirchturmserfahrungen nicht ändern und nicht verbessern, sondern das kann eigentlich nur die lokale Politik. Und deswegen ist es so außerordentlich wichtig, dass in der lokalen Politik keine Schuldzuweisungen erfolgen, dass es Integrationsprozesse gibt, dass es Arbeit und Bildung gibt und dass die einheimische Bevölkerung mitgenommen wird. Das ist ganz wichtig, nicht nur die Büros für die Migranten und die Anlaufstellen, sondern auch Hilfen für die Einheimischen, denn die müssen integrieren wollen. Wenn sie nicht integrieren wollen, dann funktioniert alles nicht.

Die Menschen in jedem Ort müssen erleben, dass Migration und Integration in ihrer Nachbarschaft Tag für Tag gelingt, dass sie Freude macht, dass wieder Kontrolle in das soziale Leben kommt. Wie soll das Ganze denn sonst für Deutschland oder für Europa als Einwanderungsland oder -raum funktionieren?

Prof. Dr. Michael Albus:

Herr Weihbischof Sudar, Sie sind der einzige Mann der Kirche auf diesem Podium. Mich würde interessieren, aus welchem kulturellen Hintergrund Sie kommen und welche Erfahrungen – auch geschichtlich – Sie mitbringen. Ich denke da vor allem an das, was Weihbischof Voß hier gesagt hat. Wo steht die Kirche in diesem Durcheinander, in diesen Ungleichzeitigkeiten, was hat sie für eine Position?

Weihbischof Dr. Pero Sudar:

In idealen Verhältnissen sollte die Kirche darauf hinzuweisen versuchen, was man nicht gern sieht oder was man nicht gern annimmt. Wenn es um das Thema „Migration“ geht, fehlt mir in diesen Tagen das Gespräch darüber, wer eigentlich Verlierer und wer Gewinner ist. Es scheint mir sehr oft, dass etwas verdreht wird. Man sagt immer, dass die Länder, in die Migranten kommen, das Opfer sind, dass sie, wie gesagt wurde, bedroht werden. Niemand spricht davon, was mit den Ländern ist, aus denen diese Migranten stammen. Wenn man z. B. Kälber aus Bosnien nach Deutschland einführen würde, müsste man dafür bezahlen. Wenn man junge Leute aus Bosnien nach Deutschland lassen kommen möchte, dann müsste für diese Menschen irgendwie bezahlt werden. Bosnien bekommt aber nichts. Und wenn man nun rechnet, was ein Mensch von der Geburt an bis zu seinem 20. Lebensjahr kostet und dann als ausgebildeter, reifer Mensch weggeht, dann kann man irgendwie ausrechnen, wer verliert – und wer gewinnt.

Was wären die EU-Länder ohne den ökonomischen und auch demographischen Elan ihrer Ausländer? Wer sind die Emigranten? Es sind immer die Menschen, die mit der Lage zu Hause nicht zufrieden sind. Sie sind unternehmungslustig. Und wer bleibt dort? Das sind die alten und kranken Menschen, die irgendwie nicht den Mut haben, etwas zu unternehmen. Ich glaube, die Kirche müsste sich ein bisschen mehr dafür einsetzen, dass diese positive Seite irgendwie nach vorne kommt. Gestern hat Weihbischof Voß das auch betont.

Außerdem würde ich gerne wissen, was eigentlich der Unterschied zwischen Integration und Assimilation ist. Das hat mir bisher niemand in der ganzen Diskussion erklären können.

Prof. Dr. Michael Albus:

Für diesen Hinweis bin ich Ihnen sehr dankbar. Wir verwenden oft in den politischen und gesellschaftlichen Debatten solche Begriffe, ohne genau den Inhalt zu klären. Ich wäre daher dankbar, wenn die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Podium bei ihren Einlassungen versuchen würden, zur Klärung dieser beiden Begriffe bzw. des Unterschieds dieser Begriffe ein wenig beizutragen.

Gabriele Erpenbeck:

In der Arbeitshilfe der beiden Kirchen zur Migration und zu den Flüchtlingen „... und der Fremdling, der in deinen Toren ist“ wurde schon etwas dazu gesagt, was Integration ist und warum man Assimilation nicht will. Gerade auch im kirchlichen Raum sollten wir immer daran denken – auch zur Verhinderung der eben erwähnten Kirchturmssicht –, was die Grundsätze und Grundlagen der Aufnahmegesellschaft sind, jetzt ganz konkret in Deutschland. Hier, in Deutschland, müssen wir uns über unser Menschenbild und über das, was Humanität bedeutet, klar sein.

Humanität ist nicht Humanitätsduselei, Gutmenschentum oder Blauäugigkeit, sondern ein Grundpfeiler unserer Verfassung. Das muss auch in unseren Kirchengemeinden klargestellt und immer wieder neu erarbeitet werden. Dann ist es eben nicht nur reine Theorie, es geht vielmehr um die konkreten Menschen, die in den Kirchengemeinden, aber auch in den kommunalen Gemeinden wohnen, zusammen leben und zusammen arbeiten müssen. Damit kommen wir zu einer weiteren Sichtweise, zu den ganz persönlichen Erlebnissen jedes Einzelnen, die ein friedliches Zusammenleben möglich machen können. Integration hat für mich zum Ziel, dass sich Menschen selbstständig in einer neuen Gesellschaft bewegen können, das heißt, sie müssen sprachlich zurecht kommen können, sie müssen die Chance haben, ihren eigenen Lebensunterhalt für sich und ihre Familie erarbeiten zu können, und nicht von sozialen Transferleistungen des Staates abhängig zu sein. Sie müssen im wirklichen Sinne des Wortes *teilnehmen* können, *partizipieren* an den Diskussionen in der Gesellschaft, *mitbestimmen* können – bis in politische Mitbestimmung hinein. Das geht alles nur schrittweise und ist nicht gleich am ersten Tag zu haben, muss aber das Ziel sein.

Assimilation wird es auch in vielen Fällen geben. Sie bedeutet für mich das völlige Aufgehen in einer neuen Gesellschaft. Das geschieht im Ein-

zelfall, wenn jemand es möchte. Warum soll man es dann ablehnen? Als politisches Ziel für alle Zuwanderer, für alle Migranten ist es jedoch nicht sinnvoll und wird auch nie geschehen. Integration ist keine Einbahnstraße, das haben wir hier ja auch schon gehört; man bewegt sich aufeinander zu, die einen mehr, die anderen weniger, und jeder gibt etwas und jeder nimmt etwas.

Prof. Barbara John:

Assimilationspolitik erfolgte beispielsweise in Preußen, als die preußische Polizei im Ruhrgebiet die Wohnungen der polnischstämmigen Bevölkerung kontrollierte, um zu hören, ob dort Deutsch gesprochen wurde. Dann haben die Einwanderer Kaninchenzüchtervereine gegründet, um endlich wieder ihre Muttersprache sprechen zu können. Das ist Assimilationspolitik – Verbot der Sprache auch als Familiensprache. Integrationspolitik ist das, was wir in Berlin und in einigen anderen Bundesländern betreiben, etwa durch Gründung einer deutsch-türkischen Europaschule. Wenn die Kinder dann zweisprachig aufwachsen können und wollen und das Zeug dazu haben, dann organisieren wir das. Das ist Integrationspolitik.

Ich glaube trotzdem, dass wir – ich meine damit die Mehrheit der Bevölkerung – dennoch Schwierigkeiten mit kulturellen Differenzen haben und uns auch nichts vormachen dürfen. Es wird künftig mehr kulturelle Differenzen geben, als es heute der Fall ist. Sie werden oft auch als störend empfunden. Ich treffe immer wieder auf Haltungen der Art „Der beste Ausländer ist eigentlich jemand, der nicht so aussieht wie ein Ausländer und den man nicht dafür halten kann“. Das ist Assimilationsdenken. Es hat uns gar nicht zu bewegen, wie jemand aussieht und wofür er gehalten wird – das bestimmt er selber. Er muss sich nur an die Gesetze halten, er muss die deutsche Sprache sprechen, wenn er erfolgreich sein will. Wenn er sie nicht spricht, dann ist er eben nicht erfolgreich, mit allen Konsequenzen. Diese kulturelle Differenz ist eine Tatsache, und wir werden uns daran gewöhnen.

Dr. Vladimir S. Malachov:

Assimilation bedeutet meines Erachtens eine totale Verschmelzung, man sieht keine Unterschiede mehr. Das ist unakzeptabel und entwürdigend. Schon Hegel hat gelehrt, dass der Mensch nur als Individuum existieren

kann. Wenn genau das dem einzelnen Menschen abgesprochen wird, kommt es zu Tragödien. Außerdem funktioniert es einfach nicht. So war beispielsweise die Politik Frankreichs bis in die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts auf Assimilation ausgerichtet. Ein Beispiel: Migranten durften keine ethnische Organisation aufbauen. Auch vergeudete der Staat viel Geld damit, um zu verhindern, dass Migranten kompakt wohnten. Das war gut gemeint, denn es sollte die Ghettoisierung verhindern, hat aber nicht funktioniert. Vor kurzem wurde diese Politik geändert, man spricht von Integration statt von Assimilation. Aber ist das wirklich viel mehr als nur Euphemismus?

Außerdem möchte ich betonen, dass ich mich Frau Erpenbeck anschließe. Es gibt nun einmal unterschiedliche Menschen mit verschiedenen Lebensstrategien. Und wenn sich das Individuum eingliedern möchte, dann soll es auch die Möglichkeit dazu haben. Aber der Betreffende muss auch das Recht haben, den Kern der Person, also etwa die konfessionelle oder ethnische Zugehörigkeit, zu erhalten. Das darf auf keinen Fall bestritten werden.

Prof. Dr. Michael Albus:

Herr Weihbischof, Sie haben wahrgenommen, dass wir fortschreitende Verstehensversuche gemacht haben, was den Unterschied zwischen den beiden Begriffen angeht. Wir kommen sicher noch einmal darauf zurück. Jetzt möchte ich Wortmeldungen aus dem Publikum aufrufen.

P. Eugen Hillengass SJ, München:

Ich möchte noch mal auf die Frage der „Integration“ zurück kommen. Frau John hat ganz deutlich gemacht, dass eine Bereitschaft in der Bevölkerung da sein muss oder müsste, um die Integration zu fördern. Es war sogar von so etwas wie „Verpflichtung zur Integration“ die Rede. Die Ängste in der Bevölkerung, etwa hier in Bayern, sind deshalb entstanden, weil Integration zwar vielleicht ertragen oder getragen, aber von bestimmten Migrantengruppen zu wenig gesucht wird. Ist das eine Unterstellung oder entspricht es den Tatsachen?

Noch eine Bemerkung: Man müsste den Willen zur lokalen Integration der Migranten haben, auch das ist gesagt worden. Aber was können wir tun, damit die Motivation für diesen Willen in der Bevölkerung wächst? Es ist sicher eine Aufgabe der Zivilgesellschaft, aber es ist sicher auch

eine kirchliche Aufgabe, weil es eine kulturelle Aufgabe ist. Tun wir da genug, sind unsere Wege richtig oder falsch?

Pfarrer Lothar Weiß, Herne:

Die permanente Wiederholung, dass Emigranten, die zu uns kommen, ein Gewinn für uns seien, macht daraus keine Wahrheit. Fragen Sie bitte einmal einen deutschen oder französischen Innenminister, was er davon hält, wenn er 200.000 Roma aus dem Kosovo „geschenkt“ bekommt und nichts dafür zu bezahlen braucht!

Weihbischof Dr. Pero Sudar:

Die Diskussion zeigt, wie theoretisch die beiden Begriffe doch sind. Wie sieht es in der Praxis aus? Ich habe diese Frage gestellt, weil es um den Zusammenhang von Verlierern und Gewinnern geht, dazu ein Beispiel: Eine halbe Million Kroaten leben in Deutschland. Die meisten sind aus Bosnien und Herzegowina. In der Heimat sind nach dem Krieg hauptsächlich die alten und ungebildeten Menschen geblieben. Wer soll unseren Staat jetzt aufbauen? Was wäre geschehen, wenn so viele Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg nach Amerika ausgewandert wären? Ich glaube, dass diese Menschen, die aus irgendwelchen Motiven ihr Land verlassen wollten oder mussten, das Recht haben, dass man sie versteht, dass man sie annimmt und ihnen die Möglichkeit gibt, in den Staaten, wo sie sich niederlassen, ihre beste Seite zu zeigen und sich als Menschen zu verwirklichen. Dabei halte ich die Rolle der Kirche für sehr wichtig.

Prof. Barbara John:

Ich teile vollkommen die Auffassung von Weihbischof Sudar, denn ich habe das erlebt, als wir Rückkehrerprogramme aufgelegt haben. Ausländerbeauftragte sollen sich nur fürs Bleiben und nicht fürs Rückkehren einsetzen. Ich kenne aber die Situation aus vielen Besuchen in Bosnien, wo die Menschen, gerade die Älteren und Schwachen, zurückgeblieben sind. Ich habe mich immer gefragt, wieso Deutschland der Nabel der Welt ist, wenn es um Migration geht. Vielmehr müssen wir uns die Länder anschauen, aus denen die Menschen kommen und in denen dann Menschen zurückbleiben, die sich nicht mehr helfen können. Wieso müssen wir in Deutschland etwa Zentren für traumatisierte Frauen aufbauen, das ist

zwar sehr gut, aber wir müssen sie vor allem da aufbauen, wo die meisten Frauen sich noch befinden! Das wird häufig in der ganzen deutschen Integrations- und Ausländerpolitik und auch in der EU-Ausländermigrationspolitik vergessen. Erst seit kurzem ist die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern überhaupt ein Punkt in der Migrationspolitik der EU. Es geht dabei um Rückkehr, das ist richtig, aber es geht auch darum, welche Verluste diese Länder erleiden, wenn man diese Menschen einfach im Aufnahmeland behält. Man kann nicht nur blauäugig sagen: Jetzt sind sie nun mal hier und bleiben hier.

Ich möchte noch etwas zur Frage der Sprachkompetenz sagen. Oft hört man: „Die wollen sich ja gar nicht integrieren, sie lernen nicht einmal unsere Sprache, warum kann man sie nicht dazu verpflichten?“ Man mogelt sich ein bisschen heraus mit dem netten Beispiel des Generaldirektors bei Siemens, der nur Englisch spricht, seine Kinder auf „The British School“ schickt, sich in seiner Freizeit auf dem Tennisplatz natürlich mit den anderen Generaldirektoren trifft und Englisch parliert – ist der denn überhaupt integriert? Schon haben wir das ganze Integrationsproblem anscheinend gelöst. Ja, meine Damen und Herren, aber so einfach kann man sich aus den Fragen nicht herausmogeln. Der Generaldirektor bezieht nun einmal sein Leben lang nicht Sozialhilfe, seine Kinder werden eine gute Ausbildung in einer Internationalen Schule genießen und später auf eigenen Beinen stehen. Hier geht es aber um ganz andere Menschen, die wir mit unseren Programmen hierher geholt oder Anreize gesetzt haben, damit sie kommen – und es sind sehr schwache soziale Schichten entstanden.

Wir haben es hier mit riesigen sozialen Problemen zu tun. Es gibt Familien, in denen die Eltern, teilweise auch die Großeltern Analphabeten waren. Sie leben in einem kulturellen Ghetto und würden sich gerne integrieren, wissen nur nicht, wie sie das machen sollen. Vor ein paar Wochen habe ich eine junge Frau türkischer Herkunft getroffen; sie war 35 Jahre alt und sagte, sie sei zum ersten Mal in einer beruflichen Tätigkeit, wo sie Deutsch spreche. Das wollte ich zunächst gar nicht glauben. Sie ist in Berlin geboren und hat mir erzählt: „Meine Eltern sind Türken und haben als Familiensprache Türkisch gesprochen. Etwas anderes können meine Eltern nicht. Und ich bin ganz froh darüber, denn sie hätten mir nur falsches Deutsch beigebracht. Dann bin ich in eine Kreuzberger Schule gekommen, dort waren 80 % türkische Kinder. Die Lehrerin wollte uns zwei-

sprachig erziehen, also haben wir natürlich in der Pause oft Türkisch gesprochen. Da habe ich zwar Deutsch gelernt, aber in der Pause und nach der Schule habe ich wieder nur Türkisch gesprochen. Dann habe ich bei einem türkischen Friseur eine Lehre gemacht – meist türkische Kunden, also habe ich wieder nur Türkisch gesprochen.“ Jetzt hat sie zum ersten Mal eine berufliche Stellung, in der sie mit verschiedenen Frauen nicht-deutscher Herkunft Projekte aufzubauen hat – und jetzt muss sie Deutsch sprechen, weil das die einzige verbindende Sprache ist, die diese Frauen aus afrikanischen und arabischen Ländern können. Das ist ein Beispiel aus dem Leben, keine Konstruktion.

Schauen Sie sich die Familien an, genau so läuft es! Es gibt nur ein Mittel: Wir müssen wirklich gute Sprachkenntnisse fordern, wenn wir einen besseren Status vergeben wollen, etwa eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder sogar eine Einbürgerung. Viele Leute in Deutschland halten das für eine Zumutung, weil die armen Ausländer die Bedingungen gar nicht erfüllen könnten. Was ist das für ein Verständnis von Integration? Wenn sie eingebürgert werden wollen, sind sie auch motiviert. Seit wir die Einbürgerung mit einem Sprachtest verbinden, sind unsere Sprachkurse alle ausgebucht und haben lange Wartelisten. Für mich ist das ein Zeichen von Motivation, und auf diesem Wege müssen wir weitermachen, was die Anforderung „Sprache“ angeht. Aber ansonsten, was die Leute essen, wie sie beten, wie sie sich kleiden – das geht uns gar nichts an. Das ist absolut ihre Sache. Dass sie sich aber an die Gesetze halten, das ist selbstverständlich und gilt für jeden.

Dr. Vladimir S. Malachov:

Ich möchte auf die Frage „sich integrieren wollen oder können“ zurückkommen. Hier wurde die Frage gestellt, ob sich die Migranten nicht integrieren, weil sie es nicht können oder weil sie es überhaupt nicht wollen. Ich bin oft mit solchen Fragen konfrontiert worden, bis ich verstanden habe, dass die Fragestellung selbst falsch ist. Es kommt nämlich sehr oft vor, dass die Menschen einfach gescheitert sind und sich in die Isolation, ins Ghetto zurückziehen. Sie fangen dann an, die bestehenden Unterschiede fundamental anthropologisch zu stilisieren und sich bewusst von der Mehrheitsbevölkerung abzusetzen. Man muss also darauf achten, dass es nicht zu solchen Entwicklungen kommt.



Kritische Anfragen zur Migrationspolitik diskutierten von (links) Weihbischof Pero Sudar aus Sarajevo, Gabriele Erpenbeck, Vladimír S. Malachov, Barbara John und Michael Albus.

Foto: Unger

Gabriele Erpenbeck:

Herrn Pfarrer Weiß' Position möchte ich direkt aufgreifen. Hier geht es im wesentlichen um Leute, die als Flüchtlinge und Asylbewerber nach Deutschland kommen. Und in Deutschland ist es Politik, dass sich Asylbewerber überhaupt nicht integrieren sollen. Man verlangt zwar von ihnen ein bestimmtes Verhalten, in der Stadt, im Aufenthaltslager oder wo immer sie auch sind, man verlangt von ihnen, dass sie sich an die Gesetze halten, aber an all den anderen Dingen, die ich unbedingt notwendig für die Integration oder als Bestandteil des Integrationsprozesses genannt habe, daran können sie nicht teilhaben. Asylsuchende bekommen keine Arbeitserlaubnis; es gibt zwar hier und da Ehrenamtliche, die versuchen, ihnen noch ein wenig Deutsch zu vermitteln, aber sie haben keinen Anspruch auf irgendwelche Förderprogramme zur Vermittlung der Sprache. Daher ist es ausgesprochen schwierig mit der Integration, und es geht auch nicht um die Frage „wollen“ oder „können“, sondern es geht darum, ob sie sich überhaupt integrieren dürfen. Wenn sie über genügend eigene Kräfte verfügen, dann können auch Asylbewerber von sich aus eine ganze Menge an Integrationschritten tun, aber das ist nicht die Leitlinie der Politik. Wir merken das bei allen öffentlich geförderten Maßnahmen, z. B. zur beruflichen Qualifizierung, die wir für Asylbewerber nicht öffnen können. Das muss man ganz klar sagen. Diese Leute werden dann auch

nicht als Bereicherung empfunden werden, egal ob sie es tatsächlich sind oder nicht.

Ein anderer Punkt, der hier indirekt angesprochen worden ist: Wir verknüpfen zu wenig das Thema „Wanderungsursachen“ mit dem Thema „Migration und Integration bei uns“. Es hat eine Zeit gegeben, etwa um 1990, als der Versuch gemacht worden ist, in Deutschland die Bekämpfung von Fluchtursachen in Verbindung mit dem Thema „Migration und Integration“ zu sehen. Das ist aber dann durch die weltgeschichtlichen Ereignisse wieder in den Hintergrund getreten, und diejenigen, die sich mit dem Thema „Bekämpfung von Fluchtursachen“ oder auch von Wanderungsursachen befassen, die gibt es heute noch. Das Ganze ist auch ein großer Teil der Arbeit von Renovabis. Vieles von dem, was Renovabis tut, führt dazu, dass Flucht und Abwanderung aus den Staaten, in denen Renovabis arbeitet, vielleicht nicht in dem Umfange geschieht, wie es sonst der Fall wäre. Ähnliches gilt – mit Blick auf andere Länder dieser Erde – für Misereor. Die großen Kirchen weisen immer wieder auf diese Zusammenhänge hin, nur wird es viel zuwenig wahrgenommen.

Natürlich kommt den Kirchen in den Aufnahmeländern auch eine große Verantwortung zu, die Menschen in ihrer Identität zu stärken. Das geschieht nicht nur durch die muttersprachlichen Missionen; Kirche hat vielmehr auch die Aufgabe, die freie Entscheidung des Einzelnen zu stärken und möglich zu machen, sich z. B. für das Angebot einer muttersprachlichen Gemeinde zu entscheiden oder aber in die Ortsgemeinden hineinzugehen und dort einzutauchen. Wir können Menschen nicht in die eine oder andere Richtung zwingen, sondern müssen – soweit es die finanziellen und die personellen Möglichkeiten zulassen – die Kirchengemeinden öffnen. Mission und Ortsgemeinden müssen zueinander finden. Man betet und man rechnet in der Muttersprache, egal, wie gut man die Sprache in seiner Umgebung auch beherrscht, die Muttersprache kommt bei diesen beiden Tätigkeiten immer wieder zum Vorschein.

Prof. Dr. Michael Albus:

Herrn Hölter möchte ich noch aufrufen. Danach sollte einmal aus der Sicht des Veranstalters zugespitzt werden, wo für Renovabis in diesem Bereich zentrale Aufgabe und Desiderate bestehen. Dazu wird dann Dr. Albert Gelegenheit zu einer Stellungnahme erhalten.

Günter Hölter, St. Peter:

Frau Erpenbeck hat meiner Meinung nach ein Problem sehr einfach und richtig geschildert, das Problem der Nachfrage. Wir haben die Nachfrage zum Überleben, wir haben die Nachfrage zum anders leben und wir haben die Nachfrage zum besser leben – entsprechend findet die Migration statt. Die hier diskutierten Fragen beziehen sich nur auf die erste Fallgruppe. Das beste Integrationsmittel bleibt die Forderung, Arbeit zu ermöglichen und die Arbeitsverbote in jeder Hinsicht aufzuheben. Wer aus der Praxis kommt, erkennt darin das beste Mittel zur Integration und zur Akzeptanz der Fremden durch die einheimische Bevölkerung.

Dr. Gerhard Albert, Freising:

Man kann die Frage in folgendem Satz zusammenfassen: Was hat Renovabis bewogen, diesen Kongress unter das Thema zu stellen, das wir hier behandeln? Es handelt sich um fünf Punkte, die ich in aller Kürze abhandeln möchte.

Erstens: Wir wollten das Augenmerk auf die Realität in Mittel- und Osteuropa lenken, eine Wahrnehmungsmöglichkeit schaffen für das, was sich dort im Bereich der Migration abspielt. Vielen Menschen ist unbekannt, dass fünf bis sieben Millionen Ukrainer ihr Land verlassen, um irgendwo in Europa Erwerbsarbeit nachzugehen, oder was es bedeutet, wenn sich allein in Moskau etwa eine Million illegale Migranten aufhalten. Wir müssen einfach dazu kommen, Deutschland hinsichtlich der Migrationsproblematik nicht für den Nabel der Welt zu halten. Das Bewusstsein für die Ursachen muss geweckt werden.

Zweitens: Wir wollten prüfen, ob es uns gelingt, mit unseren Partnern zu überlegen, wie Bedingungen geschaffen werden können, wie unmittelbar in der Not und in Extremsituationen den Menschen „auf dem Weg“ geholfen werden könne, damit Not gelindert und Beistand geleistet werden kann in Caritas und Pastoral.

Drittens: Wir wollten mit unseren Partnern aus Ost und West überlegen, was getan werden kann, damit Heimat dort wieder gefunden wird, wo sie verloren gegangen ist. Und wir wollten unsere Partner fragen, wie wir ihnen helfen können. Dabei werden sie sich in ihren Ländern für die grundlegenden Normen, für die Rechte der Flüchtlinge auf dem Weg, für die Rechte der Minderheiten, der ethnischen, kulturellen, sozialen Minder-

heiten, für die Rechte der Bevölkerungsgruppen, die quer zu allen Normen liegen wie etwa die Roma, einsetzen.

Viertens: Wir wollten bei dem Kongress hören, was wir tun müssen und tun können, damit aus der Begegnung mit den Menschen aus dem Osten unseres Kontinents, die zu uns kommen, aus der Arbeit mit ihnen, aus der Sorge für sie und der Art, wie wir sie empfangen, eine gute Saat aufgehen kann für die neue Nachbarschaft in Europa, wenn diese Menschen wieder in ihre Heimat zurückkehren, wo sie gebraucht werden, oder wenn sie bei uns auf Dauer bleiben und gewissermaßen Botschafter ihrer Kirche, ihres Landes, ihrer Kultur werden.

Fünftens: Nicht das Geringste – die Fürbitte im Gebet für die Menschen, die auf Reisen sind, die auf der Wanderschaft sind, die in Migration sind. Gestern Abend haben wir in der Vesper in der schönen Fürbittlitanei der Ostkirche für die Wandernden und die Reisenden zu Wasser, zu Lande und in der Luft gebetet. Und wenn Sie das anwenden auf das, was wir hier manchmal abstrakt durchgegangen sind, dann wissen Sie, wofür und für wen wir dabei beten: Das sollte bei einem solchen Kongress nicht das Geringste sein. Prüfen Sie selbst, ob es uns gelungen ist, messen Sie uns daran.

Prof. Dr. Michael Albus:

Leider läuft uns jetzt wieder die Zeit etwas davon. Herr Weihbischof, Sie wollten sich noch einmal zu Wort melden.

Weihbischof Dr. Pero Sudar:

Die Zukunft Europas und auch die Zukunft des Friedens in Europa hängt meines Erachtens von zwei Hauptsachen ab. Zum einen ist es die Bereitschaft zum Zusammenleben zwischen verschiedenen Völkern, Kulturen und Religionen. Zum anderen ist es die Lage der Minderheiten. Wenn diese zwei wichtigen Fragen gut gelöst werden, kann man hoffen, dass Europa so wird, wie wir es wünschen. Deswegen scheint es mir sehr wichtig, dass die Kirchen in den EU-Staaten ein gutes Vorbild darstellen – auch im Hinblick auf die Fürsorge für die Migranten.

Ich bin Renovabis dankbar, dass schon einmal ein Kongress zum Thema „Europa wächst zusammen“* veranstaltet worden ist. Ich meine, es wäre auch nötig, über die neuen Minderheiten zu sprechen, die aus der

Migration entstehen. Sie suchen nicht in erster Linie die Heimat, sondern die Seele. Man sagt ja, dass Europa alles hat – nur fehlt irgendwie die Seele. Hier haben die Kirchen und auch Renovabis eine wichtige Aufgabe in Mittel- und Osteuropa. Wenn es mehr solcher Organisationen gäbe, die den Migranten helfen, ihre Seele zu finden, ginge es ihnen und damit Europa überhaupt besser.

Prof. Dr. Michael Albus:

Mit Ihren letzten Worten haben Sie etwas Entscheidendes über den Kongress insgesamt angesprochen. Das Problem, worüber wir seit Donnerstag diskutiert haben, ist kein vorübergehendes, es ist vielmehr vorläufig und wir müssen ihm auch hinterherlaufen. Mir kam ein paar Mal in diesen Tagen ein Satz in den Sinn, den ich noch in meinem Studium gelesen habe und der mich sehr stark bewegt hat, auch wenn er von einem marxistischen Philosophen, nämlich von Ernst Bloch, stammt. In seinem dreibändigen Werk „Prinzip Hoffnung“ sagt er am Schluss, dass der suchende und schaffende Mensch immer der bleibt, der auf der Suche ist „nach etwas, was allen in die Kindheit scheint, worin aber noch niemand war: Heimat!“ Bloch ist kein Kirchenvater, ich wollte ihn aber trotzdem hier zitieren. Ich bedanke mich herzlich bei Ihnen allen, dass Sie sehr engagiert und so sachkundig in die Diskussion und das Gespräch eingestiegen sind, auch mit der entsprechenden Konkretheit, die bei dem Thema notwendig ist.

* Gemeint ist der 5. Internationale Kongress Renovabis „Europa wächst zusammen – aber wie? Kirchen und europäische Integration“ (Freising, 30. August bis 1. September 2001). Der dazugehörige Dokumentationsband ist unter dem gleichen Titel 2002 erschienen.

Foto: Pinzer



III. Berichte aus den Arbeitskreisen

Foto: Bauerdick



Arbeitskreis 1

Millionen auf dem Wege. Russland nach dem Zerfall des Sowjetimperiums

Referenten: Stefan Koch, Hannover
Dr. Vladimir Malachov, Moskau
Bischof Joseph Werth SJ, Novosibirsk

Moderation: Dr. Gerd Stricker, Zürich

Die heutige Situation in Russland ist Folge einer langen Geschichte. Durch die Angliederung immer neuer Gebiete an den Staat (Sibirien, Baltikum, mittelasiatische Länder, Kaukasus) ist ein Vielvölkerstaat mit großen kulturellen und religiösen Unterschieden entstanden. Die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion schuf fünfzehn nationale Republiken im Verband der Union. Die Verwaltung der Gebiete war russisch, das Russische war auch die Sprache der Sowjetmacht. Besonders durch die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der ursprünglich nichtrussischen Gebiete kam es zu Einwanderungen vor allem von Russen. Seit Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts setzten große Migrationen ein: Deportation von Millionen von Kulaken hinter den Ural, im Kriege dann Deportationen von Bevölkerungsteilen und ganzer „unzuverlässiger“ Völker (Litauer, Letten, Esten, Polen, Ingermanländer, Russlanddeutsche, Tschetschenen, Inguschen, Krimtataren u. a.). Eine letzte große Migration erfolgte durch die industriellen Großprojekte in Asien unter Chruschtschow. Seit den dreißiger Jahren bedeutete die Sowjetisierung der Gebiete auch deren Russifizierung. Die russische Sprache war die lingua franca und Behördensprache; umgekehrt lernten die Russen kaum die Sprache der Einheimischen. So konnten sich starke Aversionen gegen alles Russische und gegen alles Nichtnationale entwickeln. Sie entluden sich in unterschiedlicher Stärke beim Zerfall der Sowjetmacht. So kam es zum Exodus von Russen, Weißrussen und Ukrainern, aber auch von ande-

ren Nationalitäten, darunter der Russlanddeutschen, aus den asiatischen Republiken nach Erlangung der Selbstständigkeit. Zuverlässige Statistiken über diese Migrationen gibt es nicht.

Die Zahl der Flüchtlinge war nicht so groß, wie es zu erwarten gewesen wäre. Sie kamen vor allem aus Mittelasien. Kaum bekannt ist aber, dass 150.000 bis 200.000 Russen am Beginn der Unabhängigkeitsbestrebungen aus Tschetschenien vertrieben worden sind. Die „Rückwanderer“ sind in großer Zahl beruflich hoch qualifiziert, haben aber kaum Arbeitsplätze gefunden. Viele müssen ohne genehmigten Zuzug („propiska“) leben. Dieses seit den Sowjetzeiten weiterbestehende System schränkt überhaupt die Mobilität in der Gesellschaft ganz stark ein. Neben den russischen Immigranten gibt es die nach Russland gekommenen Nichtrussen aus den früheren Sowjetrepubliken. Die Schätzungen liegen zwischen 130.000 und sieben Millionen Menschen. Von ihnen arbeitet wohl nur eine geringe Zahl legal, die übrigen sind unter sklavereiähnlichen Bedingungen in der Schattenwirtschaft beschäftigt.

Mit dem Rückzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan sind etwa 100.000 Afghanen nach Russland gekommen. Von ihnen haben bisher ganze 67 die russische Staatsbürgerschaft erhalten. Gemäß dem seit 2002 gültigen Staatsbürgerschaftsgesetz ist es äußerst schwierig, die russische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Russlanddeutsche haben die Gebiete, in die sie 1941 deportiert worden sind, in großer Zahl verlassen. Es gibt zwei Landkreise (Rayons) im Gebiet Omsk und im Altai, in denen sich Deutsche auch aus den mittelasiatischen Republiken, besonders aus Kasachstan, niedergelassen haben. Etwa fünfzig deutsch-russische Begegnungszentren bestehen im ganzen Lande. Hoffnungen auf das Wiedererstehen der Wolgarepublik haben sich nicht erfüllt. Für die nicht nach Deutschland Übersiedelten bilden christliche Gemeinden eine Heimat. Im Arbeitskreis wurde der Appell laut, die deutsche Öffentlichkeit möge doch sachlich richtig über das schwierige Einleben der Spätaussiedler in Deutschland informiert werden.

Die Lage der verschiedenen Gruppen von Immigranten in Russland ist angesichts der wirtschaftlichen Lage des Landes, der rechtlichen Situa-

tion, des großen Spielraums der Behörden und der Korruption äußerst schwierig und hat je nach den mitgebrachten Voraussetzungen viele soziale, psychische und physische Folgen für die betroffenen Menschen. Besonders schwer haben es die alten Menschen.

Für die mittelasiatischen Staaten gilt, dass sie mit dem ausgerufenen Kampf gegen den Terror zu Partnern des Westens geworden sind, der USA, Frankreichs und Deutschlands. Die Präsidenten – alle mit kommunistischer Vergangenheit – haben ihre Macht stark gesichert. In einer besonderen Lage befindet sich Kasachstan, das auf Grund seines Reichtums an Bodenschätzen wirtschaftlich boomt. Es gibt dabei aber ein sehr starkes Gefälle zwischen Stadt und Land. Die Gesellschaft hat sich dort wieder der traditionellen Form der drei großen Stämme („Horden“) zugewandt. Dabei ist das gesellschaftliche Beziehungsgeflecht sehr kompliziert, leben doch ca. 100 Nationalitäten im Lande. Tadschikistan leidet weiter unter den Folgen des Bürgerkrieges. Turkmenistan erlebt eine Neuauflage des Stalinismus, es schottet sich immer mehr ab. Usbekistan ist stärker als die anderen Republiken islamisch geprägt, Kirgistan ist bestimmt von Clans. So zeigen die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ein sehr uneinheitliches Bild.

Peter Lobers, Görlitz

Wer – wie – wohin? Die Situation der Migranten auf dem Balkan

Referenten: Rossitza I. Dikova, Münster/Sofia
P. Stjepan Kušan SJ, Zagreb
Weihbischof Dr. Pero Sudar, Sarajevo

Moderation: Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster

In ihrem Eingangsstatement schilderte Rossitza Dikova (Münster/Sofia) das Problem der bulgarischen jungen Generation seit der Wende. Zwischen den Jahren 1992 und 2001 seien 418.000 Menschen aus Bulgarien ausgewandert, da sie in ihrem Heimatland keine Perspektive für sich sahen. Viele junge Bulgaren studierten an einer europäischen Universität, etliche in Deutschland. Seit der Aufhebung der Visumpflicht für bulgarische Staatsbürger zu Reisen in die Länder der Europäischen Union (maximale Aufenthaltsdauer drei Monate) würden auch Saisonarbeiter nach Deutschland kommen. Neben den legalen Formen der Migration verwies Dikova auf das Problem des Menschen- und vor allem Frauenhandels, das nicht nur bulgarische Mädchen und Frauen in besonderem Maße trifft, sondern bei dem Bulgarien auch als ein Transitland für Frauen aus anderen Ländern Ost- und Südosteuropas gilt.

Weihbischof Dr. Pero Sudar aus Sarajevo legte dar, er könne aus eigener Erfahrung sagen, dass ein Mensch, der aus seiner Heimat vertrieben worden ist, danach nicht mehr derselbe sei. Nach den kriegerischen Auseinandersetzungen in Bosnien und Herzegowina seien noch immer 2,68 Millionen Menschen entweder Vertriebene oder Flüchtlinge. Es sei kein Unterschied, ob ein Mensch als „internal displaced person“ oder als Flüchtling gelte, da beide im Grunde dieselbe Erfahrung machen müssten. Noch immer seien über 1,3 Millionen Binnenflüchtlinge allein in Bosnien zu ver-

zeichnen, und jeder für sich sei ein Opfer der kriegerischen Auseinandersetzungen. Seit dem Abkommen von Dayton 1995 bis heute seien nur etwa die Hälfte der Vertriebenen wieder zurückgekehrt, davon nur wenige in ihre eigenen Häuser und Wohnungen. Die Rückkehrer orientierten sich nach der eigenen ethnischen Zugehörigkeit. So seien viele Kroaten dorthin gezogen, wo mehrheitlich Kroaten lebten. Damit setze sich auch nach Dayton das kriegerische Motiv, ethnisch reine Gebiete zu schaffen, aus Angst vor ethnisch motivierten Übergriffen auf mehr oder weniger „voluntaristischer“ Basis fort. Brüderlichkeit sei desavouiert worden.

Pater Stjepan Kušan aus Zagreb, der ebenfalls ein Eingangsstatement zur Diskussion lieferte, betonte, dass Migration in Südosteuropa nicht nur durch kriegerische Auseinandersetzungen erfolgte, sondern bereits während des Sozialismus durch Abwanderungen vom Land in die Industriestädte seitens der Politik gezielt forciert worden sei. Auch er bestätigte, dass nach den Kriegen im ex-jugoslawischen Raum viele Flüchtlinge nicht an ihren ursprünglichen Heimatort zurückkehrten, sondern sich nach Gebieten orientierten, wo ihre Ethnie mehrheitlich lebte. Viele hätten zudem Angst davor, überhaupt zurückzukehren, und suchten ihre Zukunft im Migrationsland. In Kroatien gebe es zudem das Problem der illegalen Migranten (aus Sri Lanka, Rumänien, der Republik Moldawien, aus dem Kosovo u. a.), die nach neuer Rechtslage in Kroatien ab Januar 2004 für 90 Tage in Haft genommen werden könnten – bislang würden die illegalen Migranten bis zu zwei Jahre inhaftiert.

In der anschließenden Diskussion kamen folgende Themenkomplexe zur Sprache:

Lage in Bosnien und Herzegowina

In Bosnien und Herzegowina gliedert sich die konfessionelle Zugehörigkeit wie folgt: 30 % Orthodoxe, 15 % Katholiken und 40 % Muslime. Dem seit 1997 bestehenden Interreligiösen Rat in Bosnien und Herzegowina wurde seitens der Teilnehmer keine politisch wirksame Rolle zugeschrieben. Vermutlich möchte die Internationale Gemeinschaft seit dem Dayton-Abkommen (1995) die Religion gezielt aus dem politischen

Raum heraushalten. Ein Beispiel hierfür ist die Tatsache, dass der Hohe Repräsentant, Lord Paddy Ashdown, es abgelehnt hat, den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Franjo Komarica aus Banja Luka, überhaupt zu empfangen. Zugleich wurde seitens eines Teilnehmers bestätigt, dass der Krieg in Bosnien und Herzegowina auch ein „Religionskrieg“ gewesen sei, insofern als die Glaubenszugehörigkeit der ethnischen gleichgesetzt und für nationalistische Zwecke instrumentalisiert wurde. Religion und Nation wurden zu einer Einheit. Ausdrücklich begrüßt wurde daher, dass Renovabis Schulen mit gemischt-religiöser Ausrichtung in Sarajevo fördert. Ca. 25 % der Schüler gehören der muslimischen Glaubensrichtung an, die Mehrzahl der Schüler stammten aus ethnisch (und religiös) gemischten Familien, 5 % der Schüler seien serbisch-orthodox.

Ein ernstes Problem besteht darin, dass die junge Generation in Bosnien und Herzegowina für sich keine Zukunft sieht. Bei einer Umfrage hätten 60 % der Jugendlichen erklärt, dass sie das Land verlassen wollten. Hinzu kommt die in manchen Orten exorbitant hohe Arbeitslosigkeit. Viele Beschäftigte haben außerdem seit Monaten keinen Lohn erhalten. Das Land hängt am Tropf der internationalen Hilfe, wobei noch immer viel Geld in undurchsichtige Kanäle fließt und nie dem gedachten Zweck zugeführt wird. Scharfe Kritik richtete sich an die Internationale Gemeinschaft, die durch das Dayton-Abkommen doppelte Strukturen geschaffen habe, die enorm viel Geld allein für die Administration verschlingen würden. Es gibt weder ein gemeinsames Interesse noch eine gemeinsame und kohärente Strategie der so genannten Internationalen Gemeinschaft (wobei unklar bleibt, was unter „Internationaler Gemeinschaft“ überhaupt zu verstehen ist). Mit Dayton seien letztlich die ethnischen Säuberungen legalisiert worden. Ohne eine Revision von Dayton werde es keinen Frieden in Bosnien und Herzegowina geben. Ein Teilnehmer brachte es wie folgt auf den Punkt: „Man hat (mit Dayton) eine giftige Suppe gekocht und fragt sich jetzt, warum die Leute diese nicht essen.“

Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit

Mangelnde Demokratie-Erfahrung auf dem Balkan stellt das größte Hindernis auf dem Weg in eine stabile und friedliche Zukunft dar, sie ist eine

schwere historische Bürde. Ein wichtiger Schritt ist die Revision von Schulbüchern, wo gerade in den Fächern Geschichte, Religion und Literatur oftmals Feindbilder gezeichnet würden. Wie die Erfahrung in Bulgarien zeigt, wird in dortigen Geschichtsbüchern die 500-jährige Herrschaft des Osmanischen Reiches nun nicht mehr als „türkisches Joch“, sondern abgeschwächt als „türkische Periode“ bezeichnet. Überhaupt wurde das „bulgarische Modell“ der Toleranz gegenüber nationalen Minderheiten angeführt, da dort seit der Wende die „Bewegung für Rechte und Freiheit“, die faktisch die Partei der in Bulgarien lebenden türkischen Minderheit bildet, fest in das politische Geschehen des Landes integriert ist.

Wo Staaten – wie auf dem Balkan – schwach sind, blühen organisierte Kriminalität und Korruption, vor allem auch im Justizsystem, das noch weit davon entfernt ist, sich an den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zu orientieren. Doch, so ein Teilnehmer: Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Die Geschichte lehrt, dass demokratisch gefestigte Staaten nicht gegeneinander Krieg führten.

Andere Regionen / Grundsätzliche Überlegungen

Das „Experiment der Vereinten Nationen“ ist auch im *Kosovo* gescheitert, wie ein Teilnehmer meinte. Der Status des Kosovo sei ungeklärt, die Internationale Gemeinschaft hält an der UN-Resolution 1244 fest, ohne eine klare Vision über die Zukunft des Kosovo zu haben. Die Zusammenarbeit zwischen den Ethnien im Kosovo ist sehr schwierig, um nicht zu sagen: nahezu unmöglich. Nur wenige der aus dem Kosovo geflohenen Serben seien bisher zurückgekehrt. Die serbisch-kosovarische Bevölkerungsgruppe findet sich im Kosovo seit der NATO-Intervention in der Position einer Minderheit wieder, während die albanischen Kosovaren ihre majoritäre Position auch politisch festigten und ihren einzigen Weg in der Unabhängigkeit des Kosovo sähen. Unter den gegebenen Umständen ist eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre angestammte Heimat im Kosovo unvorstellbar. Die ungeklärte Statusfrage behindert vor allem auch die wirtschaftliche Entwicklung. In *Mazedonien* wurde durch das Ohrider-Abkommen eine – wenngleich auf internationalen Druck zurückgehende – Beilegung des Konflikts erreicht. Noch immer aber ist die Lage dort angespannt.

Minderheitenrechte waren ebenfalls ein Thema der Diskussion. Hier ging es vor allem um die Frage, ob es ein allgemein definiertes Minderheitenrecht gibt, das für alle Staaten verbindlich gelte. Die unterschiedliche Handhabung der Minderheitenrechte innerhalb der Europäischen Union selbst wurde angesprochen. Während für Aspiranten und Kandidaten für einen Beitritt in die Europäische Union nach den so genannten Kopenhagener Kriterien der Minderheitenschutz in ihren Ländern ein wichtiges Kriterium darstellten, würden „alte“ Mitgliedsstaaten diesen nicht gewähren (Beispiele: Frankreich und Griechenland). Es gebe auch keine rechtlich verbindliche Definition über nationale Minderheitenrechte. Einklagbar seien diese allein über den dem Europarat angegliederten Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.

Auch ein Umdenken gegenüber der von der internationalen Gemeinschaft forcierten Flüchtlingsrückkehr wurde in der Arbeitsgruppe angesprochen. Es wurde in den Raum gestellt: Wie lange kann der Status „Flüchtling“ noch gelten? Sind Menschen, die mittlerweile zehn Jahre von ihrem Heimatort vertrieben sind, sich an ihrem Fluchtort mittlerweile ein neues Leben aufbauen und wegen der noch immer ungeklärten rechtlichen Verhältnisse sowie auch aus Furcht vor ethnisch motivierten Übergriffen nicht mehr zurück können (und auch wollen), immer noch als Flüchtlinge zu behandeln? Sollte ihnen nicht mehr Unterstützung an ihrem neuen Ort gewährt werden? Und: Ist Vertreibung auch vererbbar, wie lange und bis in welche Generation kann von einer tatsächlichen Vertreibungs- und Fluchterfahrung gesprochen werden?

Über das abschließende Plädoyer waren sich alle Teilnehmer der spannenden und angeregten Diskussion in der Arbeitsgruppe einig: Der Balkan gehört zu Europa. Der Friede dort ist von größtem Interesse Europas selbst.

Dr. Johanna Deimel, München

Arbeitskreis 3

„Draußen vor der Tür“. Staaten an der künftigen Ostgrenze der Europäischen Union

Referenten: Botschafter Dr. Helmut Frick, Minsk
Dr. Alexander Ladissow, Minsk
Anita Prokopovych, Lviv
Andrij Waskowych, Kiev

Moderation: Dr. Iris Kempe, München

Im Mittelpunkt der lebhaften Diskussion standen die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen, die die neue Ostgrenze der Europäischen Union (EU) für die östlich angrenzenden Länder nach sich ziehen wird. Damit untrennbar verbunden ist die Frage nach möglichen Migrationsszenarien. Dr. Helmut Frick skizzierte aus der Sicht des deutschen Diplomaten die Entwicklung Weißrusslands seit der Unabhängigkeit des Staates

im Rahmen der GUS und sparte nicht mit Kritik an der innenpolitischen Entwicklung. Hinsichtlich des jetzigen und künftigen

Verhältnisses der Staatengruppe zur EU gibt es seiner Ansicht nach eine uneinheitliche Situation: Russland zeige kein Interesse an der EU, die Ukraine und Moldawien haben den Beitritt zum Ziel erklärt, Weißrussland sei in mehrfacher Hinsicht isoliert. Weißrussland ist jedoch, wie er hervorhob, kein Land der Migration nach Westen, auch nach Osten gebe es kaum Migration. Die Menschen in Weißrussland sind eher auf der



Suche nach geistiger Heimat, nach Identität. Als Beispiel nannte er den Kampf um die Anerkennung der weißrussischen Sprache.

Dr. Alexander Ladissow, der ebenfalls über Weißrussland sprach, stellte kurz die sehr heterogene religiöse und konfessionelle Situation des Landes vor (Orthodoxe, Katholiken, Lutheraner, Baptisten usw.). Weißrussland ist eine Drehscheibe der Wanderungsbewegung, man müsse mit mehr als 100.000 illegal im Lande lebenden Menschen rechnen. Als großes Problemfeld darf die Tschernobylregion nicht aus dem Blickfeld geraten.

Frau Prokopovych und Herr Waskowych beschrieben die Situation in der Ukraine, die sich vor wesentlich größere Migrationsprobleme gestellt sieht als der kleinere nördliche Nachbar. Zwischen fünf und sieben Millionen ukrainischer Bürger befinden sich jährlich zu Erwerbszwecken im Ausland – jeder Fünfte der 28 Millionen Ukrainer in erwerbsfähigem Alter. Nur ein ganz geringer Teil dieser fünf Millionen Migranten gehen im Ausland legal einer Beschäftigung nach. Es ist, wie Herr Waskowych betonte, für viele Ukrainer eine bittere Ironie, dass sie bis heute die „westliche Welt“ nur aus der Perspektive illegaler Migranten betrachten können. Offiziellen Angaben zufolge leben in der Ukraine 27 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, die heute bei 175 Hrywnia (etwa 30 Euro) im Monat liegt. Dies bedeutet, dass durchschnittlich jeder vierte Bürger der Ukraine keine ausreichenden Mittel hat, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. Als Hauptgrund für die Suche nach Arbeit im Ausland wurden die geringen Aussichten auf Verdienstmöglichkeiten in der Ukraine genannt. Weitere Gründe sind der Wunsch, ein Eigenheim zu erwerben, Arbeitslosigkeit, hohe Ausbildungskosten für die Kinder, Schulden und Gewalt in der Familie.

Für die Sicherheit Europas ist die Perspektive eines Beitritts der künftigen neuen Nachbarstaaten von herausragender Bedeutung. Voraussetzung dafür ist eine Anpassung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Staaten an EU-Standards. Zur Schaffung dieser Voraussetzungen tragen, auch wenn dies überraschend klingen mag, die heutigen Arbeitsmigranten bei, die die Lebens- und Arbeitsverhältnisse in EU-Mit-

gliedsstaaten kennen gelernt haben, umso mehr, als es sich bei ihnen um einen der aktivsten Teile der Bevölkerung handelt.

Dennoch stellt sich natürlich besonders für die Ukraine das Problem, dass sie eine starke Abwanderung verkraften muss, die die Entwicklung des Staates erheblich belastet. Die damit verbundenen Fragen hinsichtlich der Stabilität (oder Instabilität) des Staates und der laufenden Demokratisierungsprozesse wurden von mehreren Teilnehmern gestellt. Damit verbunden ergaben sich weitere Fragen:

- Wollen die Staaten jenseits des „Silbernen Vorhangs“ wirklich in die EU? Gibt es Alternativen?
- Wie stark schottet die neue EU-Außengrenze tatsächlich ab, wie undurchlässig ist sie?
- Zu Weißrussland: Hat das Land überhaupt eine EU-Perspektive? Wäre eine Union mit Russland besser – oder ein Status als Pufferzone?

Anstelle einer abschließenden Zusammenfassung sei eine Äußerung von Frau Prokopovych wiedergegeben. Sie beklagte einerseits, dass die Grenze von der Ukraine nach Westen immer dichter und die Erlangung eines Visums immer schwieriger werde, andererseits betonte sie, dass für die Ukraine (und Weißrussland) der Weg nach Europa nach Jahrhunderten des Kampfes um Unabhängigkeit der einzige Weg in die Zukunft sei.

Dr. Christof Dahm, Freising

Arbeitskreis 4

Das Schicksal der Armenier im 20. Jahrhundert als Fallbeispiel

Referenten: Dr. Tessa Hofmann, Berlin
Elvira Kiendl, Regensburg

Moderation: Priv.-Doz. Dr. Hacik Gazer, Halle

Die Armenier sind das erste Volk, das im 20. Jahrhundert Opfer einer Massenvertreibung wurde und sich seither über die ganze Welt verbreitet hat. Während des Ersten Weltkriegs und unmittelbar danach forderte der armenische Exodus aus den ursprünglichen Siedlungsgebieten im Kaukasus, Ostanatolien und Syrien zahllose Opfer. Vieles deutet darauf, dass hier – Jahrzehnte vor dem Massenmord an den europäischen Juden – ein erster Holocaust stattgefunden hat. Dr. Tessa Hofmann, Elvira Kiendl und Dr. Hacik Gazer, jeweils in unterschiedlichen Funktionen in der Bewahrung und Weitergabe armenischer Kultur und Geschichte engagiert, nutzen den Arbeitskreis zu einer intensiven Einführung in das Phänomen „Armenien“.

Als einführende Beispiele für das Selbstverständnis der Armenier dienen ein Volkslied und ein Gedicht:

Armenisches Volkslied

Ein Pfirsichreis schien ich zu sein,
das wuchs zwischen Eis und Stein.
Man grub meine Wurzeln aus
und pflanzte mich wieder ein
im fremden Beet, im üppigen Garten.
Und immerfort gibt man mir
verzuckertes Wasser hier.

Doch ich will heim,
will satt mich trinken
am geschmolzenen Schnee.

Howhannes Tumanjan, „Zur Wanderschaft“ (1913)

Zur Wanderschaft hat unser Schicksal uns bestimmt.
Wo wir ein Haus bauen, wartet einer, der's uns nimmt.
Wenn wir uns niederlassen, müssen wir bald gehen,
wir haben alle Länder dieser Welt gesehen.

Und trotzdem – Zeuge dessen ist die ganze Welt –:
Die Zeit der Drangsal hat uns nirgendwo gefällt.
Die Flamm' der Hoffnung brennt in uns an jedem Ort.
Wo ihr Armenisch hört, ist es Armeniens Wort.

Und unsre Nachfahren werden Tag und Nacht von weit
den Weg zur Heimat suchen, auch in fernster Zeit.
Sie kennen immer wieder unsre Melodien
und die Ruinen und Schwaden Rauchs, die ziehn.
(...)

Die beiden Expertinnen boten einen kurzen Überblick über die Entstehung und Geschichte der armenischen Diasporen unter dem Stichwort „Fluch – oder auch Segen?“ (Ambivalenz der Diaspora in der jüngeren armenischen Geschichte). Der Schwerpunkt lag auf der Entwicklung im 20. Jahrhundert. Zur Typologie der armenischen Diaspora ist festzuhalten:

- die größten Gemeinschaften: Russland, USA, Frankreich;
- Grenzfälle: die armenischen Gemeinschaften in Armeniens Nachbarstaaten Georgien und Aserbaidschan;
- *karut* oder *hamajnk*? – die armenischen Gemeinschaften im Iran und in der Türkei (Istanbul);
- Mittel- bzw. Nordeuropa: Geschichte (Manchester, Amsterdam) und Gegenwart.

Hinsichtlich der aktuellen Auswanderung aus der souveränen Republik Armenien sind als Auslöser soziale, wirtschaftliche und politische Probleme zu nennen. Allerdings gibt es in Armenien auch eine recht heftig geführte Debatte um mögliche Deutungen. Welches Interesse besitzt beispielsweise die armenische Regierung an der Abwanderung als „Ablauf“ für sonst im Land sich zuspitzende Probleme? Wie sieht es mit der Bevölkerungs- bzw. Abwanderungsstatistik aus, aus welchen Gründen wird manipuliert (es gibt sowohl für das Herunter- wie das Heraufspielen von Statistiken politische Gründe)?

Abschließend wurde festgehalten:

- Das heutige Armenien ist Teil des Spannungsgebietes „Kaukasus“; der bis heute nicht gelöste Konflikt um die Region Berg-Karabach belastet besonders die Beziehungen zu Aserbaidschan, darüber hinaus aber auch zum gesamten islamisch geprägten Umfeld (Türkei, Iran).
- Das Schicksal der Armenier sollte gerade die Deutschen besonders interessieren, da für die Vertreibung der Armenier aus ihrer angestammten Heimat während des Ersten Weltkriegs das damalige Deutsche Reich eine Mitverantwortung trägt. Bis heute leugnen allerdings breite Kreise der Türkei die furchtbaren Ereignisse im Zusammenhang mit dem armenischen Exodus.
- Die armenischen Erfahrungen lassen sich durchaus verallgemeinern. Parallelen gibt es zur Geschichte der Juden (Ossip Mandelstam: „Armenien – jüngere Schwester des hebräischen Landes“), aber auch zu Prozessen in katholisch geprägten Ländern wie Irland und Polen.

Dr. Christof Dahm, Freising

Arbeitskreis 5

Zur Situation der Roma in Mittel- und Osteuropa

Referenten: Pfarrer Lothar Weiß, Herne
Pfarrer József Lankó, Pécs (Ungarn)
Bischof Dr. Szilárd Keresztes, Nyiregyhaza (Ungarn)

Moderation: Markus Leimbach, Freising

Teilnehmer auf dem Podium für diesen Arbeitskreis waren der griechisch-katholische Bischof Szilárd Keresztes (Diözese Hajdudorog/Ungarn), der Diözesanzigeunerseelsorger Pfarrer József Lankó (Diözese Pécs/Ungarn), sowie der Diözesanzigeunerseelsorger des Erzbistums Paderborn, Pfarrer Lothar Weiß.

Bischof Keresztes berichtete kurz über den Weltkongress zur Zigeuner-pastoral in Budapest, der im Juli 2003 stattgefunden hat. Es gab dort vier Arbeitsbereiche: Familien, Ausbildung, Massenmedien, Rechte der Zigeuner. Auf diesem Kongress haben 170 Teilnehmer aus 32 Nationen zahlreiche Themen diskutiert und dazu folgende Vorschläge gemacht:

- Es sollte mehr in Schule und Ausbildung sowie in die Betreuung der Familien investiert werden, damit diese den Schulbesuch der Kinder akzeptieren. Vorbereitet werden sollte dies durch den Kindergartenbesuch.
- Ein weiterer wichtiger Punkt hierzu ist die Ausbildung von Lehrpersonal mit Kenntnis der Situation und der Sprache der Zigeuner.
- Grundsätzlich wurde jedoch bei dem Kongress die Priorität auf die spirituelle Hilfe für diese Gruppe gesetzt.

Wichtig erschien es den Kongressteilnehmern, die Verantwortung der Massenmedien herauszuheben. Diese sind ein wichtiges Mittel, um das

Bild der Zigeuner in der Gesellschaft zu verändern. Bisher überwiegen in der Presse einseitig gefärbte Berichte.

Die rechtliche Lage der Zigeuner ist mit großen Problemen behaftet. Es fehlt die fehlende Akzeptanz der Gesellschaft. Für die griechisch-katholische Diözese Hajdudorog wies Bischof Keresztes darauf hin, dass es seine Aufgabe ist, die Priester zu überzeugen, sich mit den Zigeunern zu beschäftigen und auf sie zu zugehen, da dies eine seelsorgliche Aufgabe sei. Gleichzeitig gab er aber zu bedenken, dass man zehn Jahre benötigt, um sich einzuleben, und weitere zehn Jahre, um Ergebnisse zu sehen.

Pfarrer József Lankó, der aus dem Südosten Ungarns stammt, gab ein differenzierteres Bild der Zigeunerseelsorge. Auch er wies darauf hin, dass der Ausbildungsbereich einer der wichtigsten Förderbereiche für die Zigeunerseelsorge sei. Man muss im Kindergarten anfangen; hier nannte er das Beispiel seines Dorfes, wo man versucht, die Kinder in ihrer Lebensumgebung zu erziehen. Angestrebt wird ein zweisprachiges Aufwachsen. Dies geschieht dadurch, dass das Kindergartenpersonal in diesem katholischen Kindergarten selber zum größten Teil aus der Gruppe der Zigeuner stammt. Wichtig ist es auch, die Familie mit einzubeziehen, damit dort eine Akzeptanz entsteht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Liebe im Umgang mit den Menschen. Für die Schule wies Pfarrer Lankó darauf hin, dass es hier nicht darum geht, die Kinder zu separieren, sondern sie zu integrieren. Begleitet werden muss die Arbeit in den Schulen durch entsprechende Internate für die Unterbringung der Zigeunerjugendlichen, wie z. B. das Modellprojekt in Manfa, wo sechzig Zigeunerjugendliche in Wohngruppen in einem Dorf zusammenwohnen, aber staatliche weiterführende Schulen besuchen. In den Dörfern sollte gerade im Grundschul- und Mittelschulbereich eine Hausaufgabenbetreuung und Betreuung durch Sozialarbeiter stattfinden. Das Ganze trägt allerdings im Moment ein wenig die Züge eines Idealbildes, wie Pfarrer Lankó zu bedenken gab. Durch die Privatisierung nach dem Kommunismus sind viele Zigeuner arbeitslos geworden und leben von der Hand in den Mund oder von der Sozialhilfe. Für die Jugendlichen bedeutet dies in vielen Fällen Hoffnungslosigkeit, da sie keine Ausbildungsplätze bekommen oder nur in solchen Berufen,

die eigentlich nicht mehr gebraucht werden. Dies führt teilweise dazu, dass es zu einer Ghettoisierung kommt. Viele Jugendliche fahren in den Westen und versuchen, dort ihr Glück zu machen. Für manches junge Mädchen bringt dies das Risiko mit sich, in die Prostitution abguleiten.

Pfarrer Lothar Weiß berichtete über seine Arbeit, die er seit Anfang der siebziger Jahre zunächst im Bereich der Sinti und dann verstärkt im Bereich der Roma durchführte. Es leben in Europa ca. 150.000 Sinti, aber etwa acht Millionen Roma. Hinzu kommen noch andere Zigeunergruppen wie etwa die Beasch und Zingari. Die ersten Roma sind im 14. Jahrhundert nach Europa gekommen. Sie waren immer eine verfolgte und verachtete Gruppe. Sie sind nun einmal da und haben gelernt, zu überleben und die Behörden gegeneinander auszuspielen. Ein großes Problem in Deutschland besteht darin, dass viele der Zigeuner nur geduldet sind und damit ständig vor der Gefahr stehen, ausgewiesen oder zwangsweise in ihre Heimatländer zurückgeführt zu werden. Es besteht Schulpflicht für die Zigeunerjugendlichen, aber ein Problem besteht darin, sie auf die Schulen zu verteilen und dort konsequent zu fördern.

In der Diskussion mit den Podiumsteilnehmern ergaben sich folgende Schwerpunkte:

- Die Seelsorge für Zigeuner sollte so gestaltet werden, dass sie ihnen gerecht wird. Man muss das Bild der Zigeuner in der Gesellschaft positiv verändern.
- Die Heimat der Zigeuner ist die Familie. Daher sollte man ihnen helfen, auf Dauer eine Existenz zu sichern, entweder in Deutschland oder in ihren Heimatländern. Wenn man Strukturen aufbauen will, muss man mit ihnen ins Gespräch kommen, um gemeinsam zu erarbeiten bzw. auch zu erfahren, auf welchen Weg sie sich einlassen würden.
- Ein wichtiger Punkt im Umgang mit den Zigeunern und in der Zigeunerpastoral ist die persönliche Nähe. Dies bedeutet jedoch auch, dass verstärkt personelle Ressourcen für diese Arbeit zur Verfügung gestellt werden müssen.

Zum Schluss wurde noch einmal betont, dass man die Familien der Zigeuner stärken muss und nicht durch Abschiebung oder Duldung in verschiedenen Städten auseinanderreißen darf. Gleichzeitig muss man die Zigeuner mit einbinden, wenn man etwas mit ihnen und für sie erreichen will. Am Ende stand das Bewusstsein, wie schwierig es ist, mit einer marginalisierten Minderheit, die einen schlechten Ruf hat, in der Gesellschaft umzugehen. Hier auf beiden Seiten Veränderungen zu bewirken, wird schwierig sein.

Markus Leimbach, Freising



Foto: Bauerdick

Arbeitskreis 6

Gelockt – verlockt. Jugend in Mittel- und Osteuropa

Referenten: Thomas Hetzer, Potsdam
Dr. Ludmila Stuchlíková, Pilsen

Moderation: Eva Feldmann-Wojtachnia M. A., München

Im Arbeitskreis „Gelockt – verlockt“ ging es um die Situation Jugendlicher in Mittel- und Osteuropa, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Heimat verlassen und sich auf den Weg nach dem vermeintlich goldenen Westen aufmachen – angelockt durch etwas, was oftmals in der Realität nach der Ankunft alles andere als golden ist. Dieser Arbeitskreis, der durch die Experten Dr. Ludmila Stuchlíková (Koordinierungsstelle für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch „Tandem“, Pilsen) und Thomas Hetzer (Deutsch-Polnisches Jugendwerk, Potsdam) fachliche Unterstützung fand, wurde von Eva Feldmann-Wojtachnia M. A. (Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung, München) moderiert. Durch Fragen und Statements der Tagungsteilnehmer, die sich aus dem Plenum zu diesem Arbeitskreis zusammengefunden hatten, wurde schnell deutlich, dass hinsichtlich der einzelnen mittel- und osteuropäischen Länder große Unterschiede festzustellen sind.

Grundsätzlich verschieden ist die Situation in den acht Ländern, die am 1. Mai 2004 der EU beitreten, von der in Ländern wie der Ukraine, Weißrussland, Rumänien, Bulgarien, Moldawien oder Ländern des ehemaligen Jugoslawien, die noch unter den Folgen des Kriegs auf dem Balkan zu leiden haben und längere Zeit nicht mit einer Aufnahme in die EU rechnen können. Die erstgenannten Länder haben wirtschaftlich ganz andere und bessere Chancen als diejenigen Länder, für die sich die Ostgrenze wieder fester verschließen wird. Abgesehen vom EU-Osterweiterungstermin fällt die räumliche Nähe bzw. Ferne zur EU, den westlichen europäi-

schen Staaten und insbesondere Deutschland ins Gewicht, sodass – wie im Arbeitskreis anhand der Beiträge der Teilnehmer zum Ausdruck kam – Polen, Tschechien und die Slowakei in den zurückliegenden zehn Jahren weitaus weiter vorangekommen sind als die anderen Beitrittskandidaten Mittel- und Osteuropas.

Im einzelnen wurde berichtet, dass gerade in *Rumänien* die Hoffnungslosigkeit der Bewohner auch nach mehr als zehn Jahre nach dem Sturz des alten Regimes dem Besucher des Landes auffällt. Immer wieder hört man von der dortigen Bevölkerung den resignierten Satz „Auch in fünfzig Jahren wird sich bei uns nichts ändern.“ Betont werden muss, dass es sogar denjenigen, die helfend von außerhalb eingreifen wollen, schwer fällt, in Rumänien zu bleiben und dem geschundenen Land nicht den Rücken zu kehren. So fällt es auf diesem Hintergrund auch den westlichen Helfern schwer, Mitstreiter vor Ort zu finden, mit denen man sich die Aufbauarbeit sinnvoll und effizient teilen könnte. Aus Sicht eines deutschen Lehrers wurde dieser Trend zur Ausreise in den Westen bestätigt: er verwies darauf, dass er gegenüber Jugendlichen immer wieder betont, dass sie vor ihrem Weggang eine Ausbildung abschließen sollten, damit sie im Ausland bessere Chancen hätten, aber auch bei einer möglichen Rückkehr nach Rumänien nicht ohne berufliche Möglichkeiten seien.

Zur Situation in *Lettland* wurde angefragt, wie man damit umgehen sollte, wenn man lediglich mit der Frage konfrontiert werde, wie man am leichtesten an Geld für Flugscheine käme, um das Land zu verlassen, aber nicht zu erkennen ist, dass die Betroffenen im *eigenen* Land Hilfe zur Selbsthilfe suchten. Der einzige Wunsch vieler Letten scheint zu sein, die Probleme im eigenen Land durch Flucht für immer hinter sich zu lassen.

Anders sieht es in der Slowakei aus, von der eine junge deutsche Journalistin berichtete: Dort haben *alle* befragten Jugendlichen betont, dass das Land aus seiner politischen Lethargie erwacht sei und deshalb ein Weggang aus der Slowakei *nicht* in Frage käme. Auch die Frage, ob sie es nicht als negativ empfänden, wenn von der Politik wenig oder nichts für sie, die junge Generation, unternommen würde, beantworteten sie durchweg negativ. Sie haben erkannt, wie sehr die Elterngeneration es hinneh-

men musste, dass von Seiten des Kommunismus alles geregelt und der einzelne gegängelt wurde. Somit wird es nun von Seiten der jungen Leute als durchweg positiv gewertet, dass eine derartige Bevormundung aus politischer Sicht nicht mehr gegeben ist und sich der Einzelne in regierungsunabhängigen Organisationen selbst einbringen und bewähren kann und muss – Ehrenamt und Eigeninitiative haben offenbar einen erfreulich hohen Stellenwert bei der slowakischen Jugend.

Diese eher positive Einstellung und Grundhaltung der Jugendlichen wurde hinsichtlich *Tschechiens* bestätigt; hierzu wurde zum Abschluss auch über ein ganz konkretes Austauschprogramm („Tandem“, Ausgangspunkte sind hier die beiden Orte Pilsen und Regensburg mit den dortigen Büros; das Projekt ist in erster Linie um Jugendaustausch dieser beiden Länder bemüht und richtet sich an Handwerker, die für zwei bis drei Wochen im Partnerland berufliche Erfahrungen sammeln wollen) zwischen Tschechien und Deutschland berichtet. Betont wurde, dass von tschechischer Seite das Bemühen zu erkennen ist, über westliche Länder Wissen zu sammeln; die jungen Menschen wollen reisen, um sich langsam mit dem Westen vertraut zu machen, kommen aber auch gerne in ihr Heimatland zurück. Gewünscht werden Multiplikatoren, die bei der Vorbereitung auf das Neue, Fremde helfen können. Gewünscht, aber auch gefordert wird beim Jugend-Austausch, dass es beim Sprachenlernen zu einer *Gegenseitigkeit* kommt, dass sich also Tschechen und Deutsche gleichermaßen um das Verstehen in der jeweiligen Fremdsprache kümmern.

Wiederum anders stellt sich die Situation in *Polen* dar, wie von einem Jesuitenpater aus Breslau berichtet wurde: Dort könne man die Jugendlichen grob in drei Gruppen einteilen. Während die erste Gruppe sehr individualistisch nur auf Karriere setzt und sich intensiv um Fremdsprachenkenntnisse bemüht, gibt es eine andere Gruppe, als Subkultur bezeichnet, für die einzig und allein das Gefühl der Zugehörigkeit zu ihrer Gruppe zähle. Die dritte Gruppe wurde kurz als „die Perspektivlosesten“ bezeichnet. In den meisten Fällen handelt es sich um die jungen Leute, die auf dem Land leben und in vielen Fällen weitaus geringere Aus- bzw. Weiterbildungschancen haben als diejenigen, die derartige Möglichkeiten in den Städten des Landes wahrnehmen könnten. Bemerkenswert ist, dass das

Angebot der Green Card von Seiten der jungen gut ausgebildeten Polen nicht in dem Umfang genutzt wurde, wie dies von deutscher Seite erwartet wurde. Oft gab es diesbezüglich die Reaktion, dass auch in Polen bereits eine gut bezahlte Stelle vorhanden, jedoch nach einem fünfjährigen Aufenthalt in Deutschland nach Ablauf der Green Card Zeit nicht unbedingt sicher sei, ob man auf diesem hohen Niveau eine Stelle in Polen werde finden können.

Neben Rumänien haben es die *ruslanddeutschen* Spätaussiedler unter den Jugendlichen am schwersten, mit ihrer Situation im fremden Deutschland fertig zu werden, denn in vielen Fällen sind sie gegen ihren eigenen Willen mit ihren Familien in den Westen, das Land ihrer Vorfahren, gekommen, mit dem sie aber nichts Wesentliches verbindet. Gerade durch mangelnde Deutschkenntnisse sind sie in bestimmten Fällen, wie eine Teilnehmerin am Beispiel Altötting berichtete, beim Übergang von der Schule zum Beruf stark benachteiligt, da die jungen Türken im Vergleich zu ihnen in der Schule weitaus bessere deutsche Sprachkenntnisse erwerben konnten. Eine junge Georgierin berichtete von ihren eigenen Studiererfahrungen und großen Schwierigkeiten in Deutschland zu Anfang ihres Studiums. Problematisch ist aus ihrer Sicht, dass oftmals von deutscher Seite keine Begleitung für ausländische Studierende geboten wird und diese mit ihren Problemen in einem ihnen noch unbekanntem Land allein gelassen werden. Nach dem Studium sehen viele in ihrem Heimatland keine berufliche Perspektive, verlieren also ihre Heimat bzw. finden nur schwer eine neue Heimat in der Fremde des Gast- und Studienlandes.

Festzuhalten bleibt, dass einige Aspekte hinsichtlich der Förderung junger Menschen in den mittel- und osteuropäischen Staaten durch deutsche Institutionen und Einzelpersonen verstärkt Beachtung finden sollten:

- Wie oben dargestellt, muss auf den Entwicklungsstand der einzelnen Länder Rücksicht genommen werden, um die Jugendlichen effizient bei ihrer Suche nach einem gangbaren individuellen Weg zu unterstützen.
- Es gibt bei der Transformation in jedem der angesprochenen Länder Gewinner und Verlierer, die mit der Schnelligkeit nach der Wende

mehr oder weniger gut zurecht kommen. Zu bedenken ist aus deutscher Sicht, dass in der Regel die besser Ausgebildeten das Land verlassen und hierher kommen, während die weniger Erfolgreichen im Heimatland verbleiben. Gerade dieser Zustand kann aber nicht dazu führen, dass sich in den Herkunftsländern zugunsten der zurückgebliebenen Bevölkerung ohne ausländische Hilfe etwas zum Besseren wendet.

- Es muss darüber nachgedacht werden, welche Konzepte und Hilfen hinsichtlich Bildung und Kirche von westlicher Seite praktikabel und erwünscht sind.
- Das Thema „Werte und Moral“ muss bedacht und von beiden Seiten ernst genommen werden. Es kann nicht angehen, dass sich alles oder doch sehr viel lediglich auf einer mehr oder weniger materialistischen Schiene abspielt.
- Wenn Jugendliche aus mittel- oder osteuropäischen Staaten in den Westen kommen, wäre es zu begrüßen, wenn sie besser als bisher in die jeweilige (Kirchen-)Gemeinde integriert werden könnten.
- *Ein* Aspekt scheint beim Thema Stipendium besonders wichtig zu sein: Der Bewerber sollte sich darüber im Klaren sein, dass ein Stipendium nicht nur ihm *persönlich* zur Verfügung steht. Stipendien sollten von den Gebern mit bestimmten Auflagen verknüpft werden. Eine Rückkehr des Stipendiaten ins Heimatland sollte dafür Bedingung sein, dass das Stipendium für das Heimatland von Nutzen ist und nicht der alleinigen persönlichen (materiellen) Verbesserung des einzelnen Studierenden dient.

Jugendliche aus mittel- und osteuropäischen Ländern sollten nicht zu einer Abwanderung in westliche Länder verlockt werden, ohne dass ihnen vorher Risiken und Chancen aufgezeigt werden. Wichtig sollte ihnen *und* den Gastgebern im westlichen Ausland sein, dass ein Aufenthalt im Ausland identitätsstiftend verlaufen kann und sollte, wie dies durch einen deutschen Teilnehmer als eigene Erfahrung aus seinem Aufenthalt im Ausland geschildert wurde – dass man lernt, im Ausland Stereotypen und Klischees zu erfahren, sich mit ihnen gewissermaßen als „Leitlinien“ für eigenes Handeln auseinanderzusetzen, sie aber auch kritisch zu hinterfragen.

Barbara Finkenstaedt, Wildsteig

Arbeitskreis 7

Frauen als Hauptbetroffene der Migration

Referenten: Gabriele Erpenbeck, Hannover
Prof. Barbara John, Berlin

Moderation: P. Hans Vöcking Afr. M., Brüssel

In den vergangenen Jahren trat im Zusammenhang mit Medienberichten über Flüchtlingsströme in aller Welt ein Phänomen ganz deutlich zu Tage: Frauen tragen die größte Last bei Flucht, Vertreibung, Kriegs- und Arbeitsmigration. Bisher ist ihre Rolle aber immer noch zu wenig bekannt und beachtet worden. Die beiden Expertinnen des Arbeitskreises ebenso wie die Teilnehmer der Runde trugen die teilweise erschreckenden Fakten zusammen und suchten nach Wegen, die Öffentlichkeit noch mehr für die Thematik zu sensibilisieren.

In der Aussprache wurden besonders folgende Problemfelder angeschnitten:

- Migration ist kein vorübergehendes Geschehen. Schon die „Gastarbeiter“ der fünfziger und sechziger Jahre zogen ihre Familien nach. In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es Migrationsströme unterschiedlichster Art, bei denen Frauen (und Kinder) oft Leidtragende – in mehrfacher Hinsicht – waren und sind.
- Auf dem Papier gilt die Gleichberechtigung der Frau; ihre Würde und auch die Forderung nach der Beseitigung vorhandener Benachteiligungen sind in den Rechtsordnungen in Europa mittlerweile verankert. Dies gilt auch für die modernen Verfassungen in Mittel- und Osteuropa. Es muss aber dafür gesorgt werden, dass sich die gesellschaftliche Wirklichkeit dieser Rechtstheorie immer mehr angleicht.

- Frauen sind nur allzu oft die „Verliererinnen der Wende“. Der Umwandlungsprozess in Mittel- und Osteuropa hat ihre Lage auf dem Arbeitsmarkt erschwert. Von Anfang an wurden mehr Frauen als Männer arbeitslos, da es ihnen schwerer fiel, die Erwartungen der neuen Arbeitgeber in Bezug auf Mobilität, Verfügbarkeit und Arbeitszeiten zu erfüllen.
- Gewalt gegen Frauen ist keine Randerscheinung, sondern bittere europäische Realität. Im Februar 2002 hat sich sogar eine Ministerinnen- und Ministerkonferenz in Santiago de Compostela damit beschäftigt – mit Gewalt gegen Frauen in ihren besonders hässlichen Facetten: zu Hause, im Erwerbsleben, in der Sexualität.
- Grausame Realität ist leider auch der Menschenhandel. Frauen aus Mittel- und Osteuropa werden als Zwangsprostituierte und billige Haushaltshilfen wie Ware gehandelt und behandelt.

Pater Hans Vöcking beschrieb die vielfältigen Initiativen von kirchlicher Seite, konkrete Abhilfe zu schaffen. Zu nennen sind besonders Vorschläge der Kommission Migration des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), die auch bei den europäischen Behörden in Brüssel Gehör finden. Sie haben der Arbeit des Europäischen Konvents in Brüssel, der im Oktober 2000 die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verabschiedet hat, wertvolle Impulse gegeben. Die Charta wird seit ihrer feierlichen Proklamation durch die europäischen Organe im Dezember 2000 in Nizza zurecht als Meilenstein bezeichnet. Sie enthält in Artikel 23 die klare Botschaft „Die Gleichheit von Männern und Frauen ist in allen Bereichen sicherzustellen.“

Der Beitrittsprozess zur EU hat, wie Pater Vöcking hervorhob, die rechtliche Stellung der Frauen in Mittel- und Osteuropa verbessert. Das EU-Recht, das die Beitrittskandidaten seit mehreren Jahren mit viel Engagement in ihr nationales Recht überführen, ist gerade in Bezug auf die Absicherung der Rechtsstellung der Frauen sehr anspruchsvoll und ehrgeizig.

Dennoch kamen die Teilnehmer der Runde zu dem Ergebnis, dass kein Grund zu verfrühtem Optimismus besteht. Auch wenn sich vielerorts die gesellschaftliche Situation von Frauen verbessert hat, werden sie etwa im

Berufsleben vielerorts weiterhin benachteiligt und sind in Führungspositionen unterdurchschnittlich vertreten. Dies hat eine große internationale Konferenz unter dem Titel „World Woman Work“ (Berlin, 2002) gezeigt, die Frauen aus Führungspositionen in Wirtschaft und Politik zusammenführte, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen und sich über Strategien zur Förderung von Frauen auszutauschen. Dies mag, verglichen mit der Lage von Frauen im Migrationsumfeld, ein zweitrangiges Problem sein, zeigt aber, wie weit auch im „entwickelten“ Westeuropa Frauen noch immer benachteiligt werden.

Dr. Christof Dahm, Freising



Foto: Bauerdick

Arbeitskreis 8

Filmvorführung „Der chinesische Markt“

Moderation: Daniela Schulz, Freising

Zur Illustration des Phänomens „Migration“ wurde in diesem Arbeitskreis der Dokumentarfilm „Der chinesische Markt“ vorgeführt (Buch und Regie: Zoran Solomun und Vladimir Blazeovski; Ungarn/Deutschland 2001). Ort der Handlung ist der Platz neben dem Güterbahnhof „Józsefvaros“ in Budapest, etwa zwanzig Minuten vom Stadtzentrum entfernt. Die dortigen Verkäufer beziehen ihre Ware von chinesischen Großhändlern (Budapest zählt heute fast 30.000 chinesische Einwohner). Am meisten gefragt sind Imitate europäischer Luxusgüter.

Fünf Menschen werden in diesem Film porträtiert, die unter oft lebensgefährlichen Umständen Waren, die sie auf dem chinesischen Markt in Budapest erstanden haben, über die verschiedenen Grenzen hinweg auf den heimischen Markt bringen und verkaufen. Sie stammen aus Rumänien, Ungarn und Bosnien, gehören unterschiedlichen Altersgruppen an und haben höchst unterschiedliche Lebensläufe. Eines ist ihnen gemeinsam: Beim Zusammenbruch des alten Systems gehörten sie zu den Verlierern und sind jetzt gezwungen, unter oft demütigenden Umständen endlose Stunden in Bussen und Zügen zu verbringen, auf dem Markt zu feilschen und die Ware dann in ihrer Heimat weiterzuverkaufen. All das ist mit vielen Risiken gebunden, wiederholt gibt es bedrohliche Situationen, doch die blanke Not zwingt die fünf Menschen dazu, immer wieder die Route nach Budapest einzuschlagen.

Der Film zeigt eine Form konkreter Migration im südosteuropäischen Raum und bietet Einblicke in den Lebensalltag einer Welt, die ihre alte Ordnung verloren hat und noch keine endgültig neue gefunden hat. Durch

die Einbeziehung biographischer Details einiger chinesischer Händler, die das Schicksal nach Europa verschlagen hat, zeigt der Film außerdem die globale Dimension von Migration auf.

Dr. Christof Dahm, Freising



Bei den Medien waren die Referentinnen und Referenten des 7. Internationalen Kongresses Renovabis begehrte Interviewpartner. Die Korrespondentin der Deutschen Welle befragt hier gerade die aus Sofia stammende Post-GraduatIn Rositsza I. Dikova, die in Münster an ihrer Dissertation arbeitet. Kommunikativ sind die Teilnehmer und Referenten der Renovabis-Kongresse seit jeher. Per Mobiltelefon bleiben sie mit der noch so entferntesten Heimat verbunden. Fotos: Bauerdick

